Stenographischer Bericht

29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 9. Mai 1989

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Abg. Buchberger, Abg. Reicher und Abg. Ussar.

1. a) Zur Tagesordnung:

Absetzung des Tagesordnungspunktes 17 (2101).

1. b) Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 729/1, der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Bacher und Kanduth, betreffend die Erstellung eines Gutachtens, inwieweit der Niedergang der verstaatlichten Industrie die Wirtschaftskraft der Steiermark geschwächt hat und inwieweit in diesem Zusammenhang ein Teil der Jugend zum Auspendeln in andere Bundesländer gezwungen wurde (2101);

Antrag, Einl.-Zahl 730/1, der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Endlagerung radioaktiver Abfälle durch das Forschungszentrum Seibersdorf in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 731/1, der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die jährliche Veröffentlichung von Trinkwasseruntersuchungen;

Antrag, Einl.-Zahl 732/1, der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend vermehrte Anstellung von Lebensmittelkontrolloren;

Antrag, Einl.-Zahl 733/1, der Abgeordneten Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 734/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Minder, Gennaro, Rainer, Reicher, Freitag und Genossen, betreffend die Vergabe eines Auftrages zur Erstellung einer Studie über zweckmäßige beziehungsweise mögliche Trassenführungen einer Eisenbahnverbindung zwischen Graz und Klagenfurt durch einen Koralpentunnel;

Antrag, Einl.-Zahl 735/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Sponer, Erhart, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Ausdehnung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung für Behinderte von den Eisenbahnlinien auf die Buslinien der Österreichischen Bundesbahnen und der Post;

Antrag, Einl.-Zahl 736/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Kohlhammer, Franz Ofner, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Änderung der Förderungsrichtlinien im Rahmen der Direktzahlungen für Höfe in extremen Grenzgemeinden und für Kleinbetriebe;

Antrag, Einl.-Zahl 737/1, der Abgeordneten Günther Ofner, Erhart, Gennaro, Reicher und Genossen, betreffend die Errichtung eines Technologieparks Murau;

Antrag, Einl.-Zahl 738/1, der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Reicher, Gennaro, Meyer und Genossen, betreffend die Errichtung einer Ausbildungsstätte für holzverarbeitende Berufe in Neuberg an der Mürz;

Antrag, Einl.-Zahl 739/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Ussar, Hammer, Kohlhammer und Genossen, betreffend die rasche Verwirklichung eines Nahverkehrsverbundes für den Großraum Graz sowie für die politischen Bezirke Voitsberg, Gerichtsbezirk Frohnleiten, Deutschlandsberg, Leibnitz, Weiz, Feldbach, Bruck an der Mur, Leoben, Mürzzuschlag und Fürstfeld;

Antrag, Einl.-Zahl 740/1, der Abgeordneten Freitag, Herrmann, Zellnig, Gottlieb, Reicher und Genossen, betreffend Überprüfung auf die Notwendigkeit der Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der A 2 zwischen Graz und Gleisdorf;

Antrag, Einl.-Zahl 741/1, der Abgeordneten Schoiswohl, Vollmann, Reicher, Gottlieb, Gennaro und Genossen, betreffend den Ausbau der L 714 zwischen Großreifling und Palfau;

Antrag, Einl.-Zahl 746/1, der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend den raschen vierspurigen Ausbau der B 96 und B 83 von St. Peter ob Judenburg bis Dürnstern.

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 445/5, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kanduth, Kollmann und Kröll, betreffend die Abschaffung jener Bestimmungen der Wohnbauförderung, wodurch bei Zweifamilienwohnhäusern nur dann ein Direktdarlehen gewährt wird, wenn ein Wohnungsabschluß geschaffen wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 472/3, zum Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Gottlieb, Dr. Lopatka und Meyer, betreffend die Verringerung der Verzinsung der im geförderten Wohnbau eingesetzten Darlehen von Kreditunternehmungen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend eine umfassende Information des Steiermärkischen Landtages über die Kosten der Gutachten, die das Land Steiermark im Zusammenhang mit der Stationierung der Draken in Auftrag gegeben hat;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 524/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Verrechtlichung der Wohnbauförderungsrichtlinien in der Steiermark;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 525/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann, Kanduth und Kröll, betreffend die Förderung der 6. Grasschweltmeisterschaft in Kindberg;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/1, Beilage Nr. 62, Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie sonstiger damit im Zusammenhang stehender Maßnahmen (Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1989);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/2, betreffend den Bericht über das Ergebnis des allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 13 des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes 1986 hinsichtlich des Gesetzesvorschlages zum Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie sonstiger damit im Zusammenhang stehender Maßnahmen (Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1989);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 750/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 221, KG. 61075 Zehndorf, Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, an die Ehegatten Willibald und Albine Strojsnik, beide wohnhaft in 8521 Wettmannstätten, Zehndorf 11;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 752/1, betreffend den Kauf der Grundstücke Nr. 589, 590 und 591 aus der EZ. 87, KG. Altneudörf, von Frau Hermine Illmeier um 3,2 Millionen Schilling (inklusive Nebengebühren);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 753/1, betreffend Grundeinlösung Brigl & Bergmeister, Papierfabrik, Ges. m. b. H., 8712 Niklasdorf, für das Bauvorhaben „Proleb-Niklasdorf II. Teil“ der L 122, Proleber Straße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 754/1, über den Abverkauf des Osttraktes des Wohnheimes Wieden, EZ. 24, KG. 61071 Wieden, Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, samt neu gebildetem Grundstück 89/6 im Gesamtausmaß von 750 Quadratmeter an die Ehegatten Ernst und Anna Lojnik, wohnhaft in 8542 Wieden 17;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/1, betreffend Veräußerung der EZ. 530, 531 und 2349, je KG. Geidorf, im Ausmaß von 2506 Quadratmeter an Franz Stoiser, 8044 Graz, Teichhof 25, zum Preis von 6 Millionen Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/1, betreffend den Erwerb der Liegenschaft EZ. 124, KG. Murau, Haus Schillerplatz 11, von der Stadtgemeinde Murau zu einem Kaufpreis von 7,349.000 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 526/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Hirschmann, Dr. Lopatka, Grillitsch, Pußwald, Prof. DDr. Steiner und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den Vergabeschlüssel der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfondsmittel;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/4, zum Gesetzesbeschluß des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988, Nr. 377, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (11. KALG-Novelle), über den Einspruch der Bundesregierung gemäß Artikel 98, Absatz 2 B-VG;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 755/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über eine Nachprüfung 1987 der Grazer Stadtwerke AG. – Verkehrsbetriebe;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 748/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Buschenschankgesetz 1979 geändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 98/5, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Sponer, Meyer, Erhart und Genossen, betreffend den Bau des Landesaltenpflegeheimes in Deutschlandsberg;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 333/6, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Gottlieb, Trampusch, Zellnig und Genossen, betreffend den Erlag einer Sicherheitsleistung durch Deponiebetreiber für Schäden;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 379/4, zum Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Herrmann, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Zdarsky und Zellnig, betreffend die Behandlung wesentlicher unerledigter SPÖ-Anträge der XI. Gesetzgebungsperiode;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 185/7, zum Antrag der Abgeordneten Pinegger, Pußwald, Purr und Schwab, betreffend die Reduzierung der Wochenstundenzahl für zehn- bis vierzehnjährige Schüler;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 226/7, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Tschernitz, Sponer, Freitag und Genossen, betreffend die Schaffung eines Schultyps mit angeschlossener Werkstätte zur Ausbildung von Tischlern und Designern in Murau;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/6, zum Antrag der Abgeordneten Reicher, Freitag, Gottlieb, Minder und Genossen, betreffend die Erstellung eines landesweiten Zehn-Jahres-Sachprogrammes für bauliche Erfordernisse im Pflichtschulbereich;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 386/4, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Freitag, Trampusch, Minder und Genossen, betreffend die Erstellung eines landesweiten Zehn-Jahres-Sachprogrammes für bauliche Erfordernisse im Pflichtschulbereich;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 572/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die zusätzliche Beistellung von Pflichtschullehrer/innen, die vom Land Steiermark besoldet werden sollen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/8, zum Beschluß Nr. 349 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Pinegger, Prof. Dr. Eichinger und Freitag, betreffend die Bewährung von Wartelisten für die Aufnahme von Lehrern;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 751/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz geändert wird (9. Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz-Novelle);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 281/6 und 415/6, zu den Anträgen der Abgeordneten Purr, Dr. Maitz, Kollmann, Grillitsch und Univ.-Prof. Dr. Schilcher, betreffend die Verbesserung der Infrastruktur des Bundesheeres in der Steiermark, Einl.-Zahl 281/1, und der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Klasnic und Pörtl, betreffend die Errichtung von Mannschaftsunterkünften, eines Wirtschaftsgebäudes und eines Betriebsgebäudes im Fliegerhorst Nittner-Thalerhof, Einl.-Zahl 415/1;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 305/7, zum Antrag der Abgeordneten Gottlieb, Meyer, Erhart, Sponer und Genossen, betreffend eine allfällige Novellierung des Entwicklungsprogrammes für das Wohnungswesen auf Grund von Lärmbelastigungen in Einflugschneisen (2103).

1. b) Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 729/1, 730/1, 731/1, 732/1, 733/1, 734/1, 735/1, 736/1, 737/1, 738/1, 739/1, 740/1, 741/1 und 746/1, der Landesregierung (2101).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 445/5, 472/3, 482/4, 524/3, 525/3, 749/1, 749/2, 750/1, 752/1, 753/1, 754/1, 756/1 und 757/1, dem Finanz-Ausschuß (2102).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 526/4 und 590/4, dem Ausschuß für Gesundheit (2103).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 755/1, dem Kontroll-Ausschuß (2103).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 748/1, dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (2103).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 98/5, dem Sozial-Ausschuß (2103).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 333/6, dem Ausschuß für Umweltschutz (2103).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 379/4, dem Verfassungen-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (2103).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 185/7, 226/7, 317/6, 386/4, 572/3, 588/8 und 751/1, dem Volksbildungsausschuß (2103).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 281/6, 415/6 und 305/7, dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß (2103).

1. d) Anträge:

Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend ein generelles Einfuhrverbot für tropische Hölzer sowie die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für österreichische Entwicklungsprojekte (2104);

Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Schaffung einer atomanlagenfreien Zone im Bereich der Alpen-Adria-Region;

Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Erhebung des finanziellen Bedarfes von bestehenden sowie künftig zu errichtenden Sozialprojekten in der Steiermark sowie die Aufnahme einer dauerhaften angemessenen finanziellen Dotierung des Budgetansatzes 429085 (Förderungsbeiträge an private Wohlfahrtsorganisationen für die Einrichtung und den Betrieb von mobilen Pflegediensten) sowie die Schaffung eines eigenen Budgetansatzes im Bereich der freien Wohlfahrt (Grundansatz 42) für die ständige Förderung von psychosozialen Zentren in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Änderung der Geschäftsverteilung der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung im Hinblick auf die Konzentrierung aller dem Gesundheitswesen zugehörigen Agenden in einem Ressort;

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber zur zeitgemäßen Direktkontrolle für Rohrleitungen und Schächte, speziell bei Abwasserkanalsystemen und Wasserversorgungen;

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Gewässerschutzgesetzes beziehungsweise ähnlicher Maßnahmen zur Unterstützung der steirischen Bauern zur Erhaltung der Landschaft und des Lebensraumes;

Antrag der Abgeordneten Kanduth, Kröll, Schwab und Dr. Maitz, betreffend Erlassung eines Nachfahrverbotes für Lkw über 7,5 Tonnen Gesamtgewicht auf Transitrouten;

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schützenhöfer, Dr. Maitz und Prof. DDr. Steiner, betreffend das Verbot der Produktion und des Verkaufes von Tierfallen sowie Tellereisen, Abzugseisen, Bisameisen und anderen Fangvorrichtungen;

Antrag der Abgeordneten Neuhold, Göber, Harmtold und Freitag, betreffend die Elektrifizierung der ÖBB-Strecke Graz–St. Gotthard;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Pinegger und Kanduth, betreffend eine Übernahme der Kosten für den an den Pflichtschulen einzuführenden Informatik- und EDV-Unterricht;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann und Kanduth, betreffend die rasche Sanierung der Landesstraße von Allerheiligen im Müürztal bis zur Einbindung in die Landesstraße Kindberg–Stanz;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Schrammel, Kröll und Pußwald, betreffend die Abhaltung von Bausprechtagen in den steirischen Gemeinden;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kanduth, Pörtl und Kröll, betreffend die Möglichkeit, dem BORG Kindberg eine spezielle Fachschule für Elektronik anzuschließen;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kollmann, Pörtl und Kanduth, betreffend die Schaffung eines Industrieparks im Bereich des Müürztales;

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Bacher, Schützenhöfer und Prof. DDr. Steiner, betreffend die Auflösung des 1. Allgemeinbildenden Jahrganges, der zur Vorbereitung für die dreijährige Krankenpflegefachausbildung an der Allgemeinen Krankenpflegeschule Graz dient;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann und Pußwald, betreffend die Öffnung des ehemaligen Kaiserschlosses Neuberg im Rahmen der Landesausstellung in Mürzzuschlag;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kanduth und Kollmann, betreffend die Möglichkeit einer Ausbildung in metallverarbeitenden beziehungsweise handwerklichen Berufen für Absolventen des Bundesrealgymnasiums Mürzzuschlag;

Antrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Kammländer, betreffend Psychologen- und Psychotherapiegesetz;

Antrag der Abgeordneten Pörtl, Dr. Lopatka, Schweighofer und Neuhold, betreffend die Erweiterung der Vergabevorschriften des Landes Steiermark, wo auch der Bezirk Hartberg in die 5-Prozent-Klausel aufgenommen wird;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzek, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Entsorgung des Klärschlammes in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Gennaro, Erhart, Dr. Ficzek, Freitag, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Einführung des Dr. med. dent.;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Erhart, Dr. Ficzek, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar und Zellnig, betreffend den sofortigen Baubeginn des Semmeringtunnels;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Meyer, Sponer, Günther Ofner, Ussar, Schrittwieser, Hammer, Vollmann und Genossen, betreffend die Aufnahme der ÖBB-Strecke St. Michael–Knittelfeld–Judenburg–Neumarkt in Richtung Villach in der Verordnung der Bundesregierung gemäß Paragraph 1 Absatz 1 Hochleistungsstreckengesetz;

Antrag der Abgeordneten Dr. Ficzek, Gennaro, Minder, Meyer, Kanape, Vollmann und Genossen, betreffend die Unterstützung der Regionalstelle Steiermark des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik;

Antrag der Abgeordneten Meyer, Minder, Kanape, Erhart, Sponer und Genossen, betreffend das Verbot des Verkaufes von Tierfallen;

Antrag der Abgeordneten Minder, Meyer, Günther Ofner, Kanape, Schrittwieser, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Betreuung der Kinder in den Kindergärten des Landessonderkrankenhauses in Graz und der Stolzalpe während der Ferienzeit;

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Hammer, Vollmann, Gottlieb, Zellnig, Kanape und Genossen, betreffend den Lawinenverbau bei der B 24 auf der Strecke Wildalpen–Palfau;

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Ussar, Sponer, Erhart, Zellnig und Genossen, betreffend die Erstellung der Gesamtplanung für den Ausbau der B 96 und der B 83 von Judenburg bis zur Landesgrenze in Dürnstein;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Hammer, Gottlieb und Genossen, betreffend die Neuerrichtung der Ortsdurchfahrt Neuberg an der Mürz im Zuge der B 23;

Antrag der Abgeordneten Freitag, Herrmann, Zellnig, Trampusch und Genossen, betreffend die Anbringung von Hinweisschildern im Bereich der Südautobahn bei der Abfahrt Gleisdorf-Ost;

Antrag der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend Wegfall der Luxussteuer beim Ankauf von Neuwagen mit Katalysator;

Antrag der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend Zugverbindung Wien–Klagenfurt durch das Murtal (2106).

Nicht ausreichend unterstützte Anträge:

Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Novellierung der Bestimmungen der Paragraphen 8 ff. des Wohnungseigentumsgesetzes, BGBl. Nr. 417/1975, in der derzeit geltenden Fassung (WEG) (2104);

Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Erlassung einer Ausführungsverordnung gemäß der Bestimmung des Paragraphen 37 Absatz 4 der Steiermärkischen Bauordnung 1968, LGBl. Nr. 149/1968, in der Fassung LGBl. Nr. 14/1989, im Hinblick auf einen obligatorischen Fernwärmeanschluß, soweit ein solcher in zumutbarer Entfernung vorhanden ist (2104).

1. e) Mitteilungen:

Beantwortung von Anfragen der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer durch die Landesräte Dr. Strenitz, Dipl.-Ing. Schaller und Tschernitz (2106).

2. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/5, zum Antrag der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Buchberger und Schrammel, betreffend die Gewährung eines Förderungsbeitrages für die Errichtung einer Pflegestation im Bezirk Feldbach.

Berichterstatter: Abg. Schrammel (2107).

Redner: siehe Tagesordnungspunkt 3.

Annahme des Antrages (2126).

3. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 476/2, zum Antrag der Abgeordneten Pußwald, Schrammel, Dr. Lopatka und Prof. DDr. Steiner, betreffend die Situationsanalyse für ältere Menschen in bezug auf Lebensgestaltung im privaten Bereich beziehungsweise die planmäßige Erfassung und Strukturierung von Landesalten- und Pflegeheimen in der Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Pußwald (2107).

Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3: Abg. Meyer (2107), Abg. Kammländer (2108), Abg. Bacher (2109), Abg. Dr. Lopatka (2111), Abg. Mag. Rader (2113), Abg. Göber (2115), Abg. Harmtodt (2117), Abg. Dr. Kalnoky (2117), Abg. Vollmann (2118), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2119), Abg. Sponer (2120), Landesrat Tschernitz (2122), Landesrat Dr. Strenitz (2124).

Annahme des Antrages (2126).

Ablehnung von Anträgen (2126).

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 715/1, über die Vermehrung von Facharztausbildungsstellen in den Landeskrankenanstalten.

Berichterstatter: Abg. Schrittwieser (2126).

Redner: Abg. Günther Ofner (2126), Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (2127), Abg. Dr. Kalnoky (2129), Landesrat Dr. Strenitz (2129), Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (2130).

Annahme des Antrages (2130).

5. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 348/4, zum Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Grillitsch, Pußwald, Kröll und Kanduth, betreffend die Einstellung des monatlichen Amtstages der Finanzämter in Murau und Liezen.

Berichterstatter: Abg. Kröll (2130).

Annahme des Antrages (2130).

6. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 533/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schützenhöfer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Kanduth und Pußwald, betreffend Maßnahmen der Bundesregierung zur Verhinderung der Evakuierung und Zerstörung von Tausenden rumänischen Dörfern und damit der Zerschlagung einer tausendjährigen europäischen Kultur und Geschichte.

Berichterstatter: Abg. Prof. DDr. Steiner (2131).

Redner: Abg. Dr. Lopatka (2131), Abg. Minder (2132), Abg. Göber (2132), Abg. Kammländer (2133), Abg. Mag. Rader (2134), Abg. Kröll (2135), Abg. Pörtl (2136).

Annahme von Anträgen (2136).

7. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Konsumentenschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 474/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Maitz und Dr. Hirschmann, betreffend die Errichtung eines Jugendgerichtshofes in Graz.

Berichterstatter: Abg. Dr. Maitz (2136).

Annahme des Antrages (2136).

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 717/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 785, KG. 66139 Leitring, Gerichtsbezirk Leibnitz, an Herrn Michael Pachernig jun., wohnhaft in 8430 Leitring, Dorfstraße 8.

Berichterstatter: Abg. Dr. Ficzo (2136).

Annahme des Antrages (2137).

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 718/1, betreffend Grund- sowie Objekts-einlösung Alois und Maria Putz, je ½, 8250 Reinberg 41, für das Bauvorhaben „Beigütl–Rohrbach“ der L 405, Vorauer Straße.

Berichterstatter: Abg. Schrammel (2137).

Annahme des Antrages (2137).

10. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 67/10, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Dr. Dorfer, Purr, Göber, Kröll, Schrammel und Kollmann, betreffend Maßnahmen gegen Großmarktvorhaben in der Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Ing. Stoisser (2137).

Redner: siehe Tagesordnungspunkt 11.

Annahme des Antrages (2179).

11. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 625/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Rupp, Purr, Prof. Dr. Eichtinger und Schwab, betreffend Liberalisierungsmaßnahmen (Deregulierung) in der Wirtschaft.

Berichterstatter: Abg. Göber (2138).

Redner zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11: Abg. Rainer (2138), Abg. Kammländer (2141), Abg. Mag. Rader (2144), Abg. Ing. Stoisser (2148), Abg. Prof. Dr. Eichtinger (2151), Abg. Dr. Dorfer (2170), Abg. Rainer (2171), Abg. Pinegger (2173), Abg. Schützenhöfer (2174), Abg. Genaro (2177).

Annahme des Antrages (2179).

12. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 123/8, zum Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Zdarsky und Zellnig, betreffend die eheste Vorlage einer Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz an den Steiermärkischen Landtag und die ehestmögliche Erlassung eines Entwicklungsprogrammes für Abfallbeseitigung durch die Steiermärkische Landesregierung.

Berichterstatter: Abg. Günther Ofner (2179).

Redner: Abg. Dr. Maitz (2179), Abg. Vollmann (2181), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2183), Abg. Kröll (2186).

Annahme des Antrages (2188).

13. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 234/6, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, Kammlander, Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Förderung von Abwasserreinigungsstufen mit künstlich geschaffenen Feuchtbiotopen (Pflanzenreinigungsstufen) speziell im dezentralen ländlichen Raum; dies zur Reinigung vorgeklärter Abwässer von gelösten chemischen Verunreinigungen und gelösten Nährstoffen als Wassergifte, wie Phosphor, Stickstoffverbindungen, sowie der krankheits-erregenden Keime.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2188).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2189).

Annahme des Antrages (2192).

14. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 403/5, zum Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend den Vorstoß der Landesregierung zur Verschärfung der Regierungsvorlage für ein „Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen“.

Berichterstatter: Abg. Kammlander (2192).

Annahme des Antrages (2192).

15. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 557/3, zum Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Einhaltung der Förderungszusagen des Landes für das Abwasserentsorgungsprojekt der Gemeinde Weinitzen im Wasserschongebiet Graz-Andritz.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2192).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2193).

Annahme des Antrages (2194).

16. Selbständiger Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 758/1, über seine Tätigkeit im Jahre 1988.

Berichterstatter: Abg. Kammlander (2194).

Redner: Abg. Kammlander (2194), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2195), Abg. Kollmann (2196).

Annahme des Antrages (2197).

17. Antrag, Einl.-Zahl 742/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dr. Pfohl und Dr. Rupp, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses für Privatisierung und Deregulierung.

Absetzung von der Tagesordnung (2101).

18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/4, zum Gesetzesbeschluß des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988, Nr. 377, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (11. KALG-Novelle), über den Einspruch der Bundesregierung gemäß Artikel 98 Absatz 2 B-VG.

Berichterstatter: Abg. Schrittwieser (2197).

Annahme des Antrages (2197).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Fuchs, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichinger, Göber, Grillitsch, Harntodt, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Piegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Dr. Rupp, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, Prof. DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Auswirkungen der Mülldeponie Halbenrain insbesondere auf die Bevölkerung des Bezirkes Radkersburg.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Fuchs (2153).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (2154).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (2156), Abg. Mag. Rader (2158), Abg. Trampusch (2161), Abg. Kammlander (2164), Abg. Fuchs (2166), Abg. Mag. Rader (2167), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (2168).

Annahme des Antrages (2170).

Ablehnung von Anträgen (2170).

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet die 29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Herren Abgeordneten Buchberger, Reicher und Ussar.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages kann auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag eines Abgeordneten der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder am Beginn der Sitzung beschließen, daß ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien vor, den Tagesordnungspunkt 17 abzusetzen.

Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Besteht sonst gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 729/1, der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Prof. DDr. Steiner, Bacher und Kanduth, betreffend die Erstellung eines Gutachtens, inwieweit der Niedergang der verstaatlichten Industrie die Wirtschaftskraft der Steiermark geschwächt hat und inwieweit in diesem Zusammenhang ein Teil der Jugend zum Auspendeln in andere Bundesländer gezwungen wurde;

den Antrag, Einl.-Zahl 730/1, der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Endlagerung radioaktiver Abfälle durch das Forschungszentrum Seibersdorf in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 731/1, der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzek, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die jährliche Veröffentlichung von Trinkwasseruntersuchungen;

den Antrag, Einl.-Zahl 732/1, der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzek, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend vermehrte Anstellung von Lebensmittelkontrolloren;

den Antrag, Einl.-Zahl 733/1, der Abgeordneten Erhart, Dr. Ficzek, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 734/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Minder, Gennaro, Rainer, Reicher, Freitag und Genossen, betreffend die Vergabe eines Auftrages zur Erstellung einer Studie über zweckmäßige beziehungsweise mögliche Trassenführungen einer Eisenbahnverbindung zwischen Graz und Klagenfurt durch einen Koralpöntunnel;

den Antrag, Einl.-Zahl 735/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Sponer, Erhart, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Ausdehnung der 50prozentigen Fahrpreismäßigung für Behinderte von den Eisenbahnlinien auf die Buslinien der Österreichischen Bundesbahnen und der Post;

den Antrag, Einl.-Zahl 736/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Kohlhammer, Franz Ofner, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Änderung der Förderungsrichtlinien im Rahmen der Direktzahlungen für Höfe in extremen Grenzgemeinden und für Kleinbetriebe;

den Antrag, Einl.-Zahl 737/1, der Abgeordneten Günther Ofner, Erhart, Gennaro, Reicher und Genossen, betreffend die Errichtung eines Technologieparks Murau;

den Antrag, Einl.-Zahl 738/1, der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Reicher, Gennaro, Meyer und Genossen, betreffend die Errichtung einer Ausbildungsstätte für holzverarbeitende Berufe in Neuberg an der Mürz;

den Antrag, Einl.-Zahl 739/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Ussar, Hammer, Kohlhammer und Genossen, betreffend die rasche Verwirklichung eines Nahverkehrsverbundes für den Großraum Graz sowie für die politischen Bezirke Voitsberg, Gerichtsbezirk Frohnleiten, Deutschlandsberg, Leibnitz, Weiz, Feldbach, Bruck an der Mur, Leoben, Mürzzuschlag und Fürstenfeld;

den Antrag, Einl.-Zahl 740/1, der Abgeordneten Freitag, Herrmann, Zellnig, Gottlieb, Reicher und Genossen, betreffend Überprüfung auf die Notwendigkeit der Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der A 2 zwischen Graz und Gleisdorf;

den Antrag, Einl.-Zahl 741/1, der Abgeordneten Schoiswohl, Vollmann, Reicher, Gottlieb, Gennaro und Genossen, betreffend den Ausbau der L 714 zwischen Großreifling und Palfau;

den Antrag, Einl.-Zahl 746/1, der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend den raschen vierspürigen Ausbau der B 96 und B 83 von St. Peter ob Judenburg bis Dürnstein.

Ich weise zu dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 445/5, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kanduth, Kollmann und Kröll, betreffend die Abschaffung jener Bestimmungen der Wohnbauförderung, wodurch bei Zweifamilienwohnhäusern nur dann ein Direktdarlehen gewährt wird, wenn ein Wohnungsabschluß geschaffen wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 472/3, zum Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Gottlieb, Dr. Lopatka und Meyer, betreffend die Verringerung der Verzinsung der im geförderten Wohnbau eingesetzten Darlehen von Kreditunternehmungen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend eine umfassende Information des Steiermärkischen Landtages über die Kosten der Gutachten, die das Land Steiermark im Zusammenhang mit der Stationierung der Draken in Auftrag gegeben hat;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 524/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Verrechtlichung der Wohnbauförderungsrichtlinien in der Steiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 525/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann, Kanduth und Kröll, betreffend die Förderung der 6. Grasschweltmeisterschaft in Kindberg;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/1, Beilage Nr. 62, Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie sonstiger damit im Zusammenhang stehender Maßnahmen (Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1989);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/2, betreffend den Bericht über das Ergebnis des allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 13 des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes 1986 hinsichtlich des Gesetzesvorschlages zum Gesetz über die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie sonstiger damit im Zusammenhang stehender Maßnahmen (Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1989);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 750/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 221, KG. 61075 Zehndorf, Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, an die Ehegatten Willibald und Albine Strojsnik, beide wohnhaft in 8521 Wettmannstätten, Zehndorf 11;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 752/1, betreffend den Kauf der Grundstücke Nr. 589, 590 und 591 aus der EZ. 87, KG. Altneudörfel, von Frau Hermine Illmeier um 3,2 Millionen Schilling (inklusive Nebengebühren);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 753/1, betreffend Grundeinlösung Brigl & Bergmeister, Papierfabrik, Ges. m. b. H., 8712 Niklasdorf, für das Bauvorhaben „Proleb-Niklasdorf II. Teil“ der L 122, Proleber Straße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 754/1, über den Abverkauf des Osttraktes des Wohnheimes Wieden, EZ. 24, KG. 61071 Wieden, Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, samt neu gebildetem Grundstück 89/6 im Gesamtausmaß von 750 Quadratmeter an die Ehegatten Ernst und Anna Lojnik, wohnhaft in 8542 Wieden 17;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/1, betreffend Veräußerung der EZ. 530, 531 und 2349, je KG. Geidorf, im Ausmaß von 2506 Quadratmeter an Franz Stoiser, 8044 Graz, Teichhof 25, zum Preis von 6 Millionen Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/1, betreffend den Erwerb der Liegenschaft EZ. 124, KG. Murau, Haus Schillerplatz 11, von der Stadtgemeinde Murau zu einem Kaufpreis von 7.349.000 Schilling.

Ich weise zu dem Ausschuß für Gesundheit:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 526/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Hirschmann, Dr. Lopatka, Grillitsch, Pußwald, Prof. DDr. Steiner und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend den Vergabeschlüssel der Krankenanstalten-zusammenarbeitsfondsmittel;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/4, zum Gesetzesbeschluß des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988, Nr. 377, mit dem das steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (11. KALG-Novelle), über den Einspruch der Bundesregierung gemäß Artikel 98, Absatz 2 B-VG.

Ich weise zu dem Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 755/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über eine Nachprüfung 1987 der Grazer Stadtwerke AG. – Verkehrsbetriebe.

Ich weise zu dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 748/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das steiermärkische Buschenschankengesetz 1979 geändert wird.

Ich weise zu dem Sozial-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 98/5, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Sponer, Meyer, Erhart und Genossen, betreffend den Bau des Landesaltenpflegeheimes in Deutschlandsberg.

Ich weise zu dem Ausschuß für Umweltschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 333/6, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Gottlieb, Trampusch, Zellnig und Genossen, betreffend den Erlag einer Sicherheitsleistung durch Deponiebetreiber für Schäden.

Ich weise zu dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 379/4, zum Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Herrmann, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Zdarsky und Zellnig, betreffend die Behandlung wesentlicher unerledigter SPÖ-Anträge der XI. Gesetzgebungsperiode.

Ich weise zu dem Volksbildungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 185/7, zum Antrag der Abgeordneten Pinegger, Pußwald, Purr und Schwab, betreffend die Reduzierung der Wochenstundenzahl für zehn- bis vierzehnjährige Schüler;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 226/7, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Tschernitz, Sponer, Freitag und Genossen, betreffend die Schaffung eines Schultyps mit angeschlossener Werkstätte zur Ausbildung von Tischlern und Designern in Murau;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/6, zum Antrag der Abgeordneten Reicher, Freitag, Gottlieb, Minder und Genossen, betreffend die Einschulung des gesamten Gemeindegebietes von Werndorf in den Polytechnischen Lehrgang Kalsdorf;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 386/4, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Freitag, Trampusch, Minder und Genossen, betreffend die Erstellung eines landesweiten Zehn-Jahres-Sachprogrammes für bauliche Erfordernisse im Pflichtschulbereich;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 572/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die zusätzliche Beistellung von Pflichtschullehrer/innen, die vom Land Steiermark besoldet werden sollen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/8, zum Beschluß Nr. 349 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Pinegger, Prof. Dr. Eichtinger und Freitag, betreffend die Bewährung von Wartelisten für die Aufnahme von Lehrern;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 751/1, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz geändert wird (9. Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz-Novelle).

Ich weise zu dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 281/6 und 415/6, zu den Anträgen der Abgeordneten Purr, Dr. Maitz, Kollmann, Grillitsch und Univ.-Prof. Dr. Schilcher, betreffend die Verbesserung der Infrastruktur des Bundesheeres in der Steiermark, Einl.-Zahl 281/1, und der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Klasnic und Pörtl, betreffend die Errichtung von Mannschaftsunterkünften, eines Wirtschaftsgebäudes und eines Betriebsgebäudes im Fliegerhorst Nittner-Thalerhof, Einl.-Zahl 415/1;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 305/7, zum Antrag der Abgeordneten Gottlieb, Meyer, Erhart, Sponer und Genossen, betreffend eine allfällige Novellierung des Entwicklungsprogrammes für das Wohnungswesen auf Grund von Lärmbelastigungen in Einflugschneisen.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, es geht jetzt um Anträge mit Unterstützungsfragen.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Novellierung der Bestimmungen der Paragraphen 8 ff. des Wohnungseigentumsgesetzes, BGBl. Nr. 417/1975, in der derzeit geltenden Fassung (WEG).

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend ein generelles Einfuhrverbot für tropische Hölzer sowie die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für österreichische Entwicklungsprojekte.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Erlassung einer Ausführungsverordnung gemäß der Bestimmung des Paragraphen 37 Absatz 4 der Steiermärkischen Bauordnung 1968, LGBl. Nr. 149/1968, in der Fassung LGBl. Nr. 14/1989, im Hinblick auf einen obligatorischen Fernwärmeanschluß, soweit ein solcher in zumutbarer Entfernung vorhanden ist.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Schaffung einer atomanlagenfreien Zone im Bereich der Alpen-Adria-Region.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Erhebung des finanziellen Bedarfes von bestehenden sowie künftig zu errichtenden Sozialprojekten in der Steiermark sowie die Aufnahme einer dauerhaften angemessenen finanziellen Dotierung des Budgetansatzes 429085 (Förderungsbeiträge an private Wohlfahrtsorganisationen für die Einrichtung und den Betrieb von mobilen Pflegediensten) sowie die Schaffung eines eigenen Budgetansatzes im Bereich der freien Wohlfahrt (Grundansatz 42) für die ständige Förderung von psychosozialen Zentren in der Steiermark.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Änderung der Geschäftsverteilung der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung im Hinblick auf die Konzentrierung aller dem Gesundheitswesen zugehörigen Agenden in einem Ressort.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber zur zeitgemäßen Direktkontrolle für Rohrleitungen und Schächte, speziell bei Abwasserkanalsystemen und Wasserversorgungen.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Gewässerschutzgesetzes beziehungsweise ähnlicher Maßnahmen zur Unterstützung der steirischen Bauern zur Erhaltung der Landschaft und des Lebensraumes.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kanduth, Kröll, Schwab und Dr. Mätz, betreffend Erlassung eines Nachfahrverbotes für Lkw über 7,5 Tonnen Gesamtgewicht auf Transitrouten.

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schützenhöfer, Dr. Maitz und Prof. DDr. Steiner, betreffend das Verbot der Produktion und des Verkaufes von Tierfallen sowie Tellereisen, Abzugseisen, Bisameisen und anderen Fangvorrichtungen;

Antrag der Abgeordneten Neuhold, Göber, Harmtold und Freitag, betreffend die Elektrifizierung der ÖBB-Strecke Graz–St. Gotthard;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Pinegger und Kanduth, betreffend eine Übernahme der Kosten für den an den Pflichtschulen einzuführenden Informatik- und EDV-Unterricht;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann und Kanduth, betreffend die rasche Sanierung der Landesstraße von Allerheiligen im Mürztal bis zur Einbindung in die Landesstraße Kindberg–Stanz;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Schrammel, Kröll und Pußwald, betreffend die Abhaltung von Bausprechtagen in den steirischen Gemeinden;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kanduth, Pörtl und Kröll, betreffend die Möglichkeit, dem BORG Kindberg eine spezielle Fachschule für Elektronik anzuschließen;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kollmann, Pörtl und Kanduth, betreffend die Schaffung eines Industrieparks im Bereich des Mürztales;

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Bacher, Schützenhöfer und Prof. DDr. Steiner, betreffend die Auflassung des 1. Allgemeinbildenden Jahrganges, der zur Vorbereitung für die dreijährige Krankenpflegefachausbildung an der Allgemeinen Krankenpflegeschule Graz dient;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann und Pußwald, betreffend die Öffnung des ehemaligen Kaiserschlosses Neuberg im Rahmen der Landesausstellung in Mürzzuschlag;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kanduth und Kollmann, betreffend die Möglichkeit einer Ausbildung in metallverarbeitenden beziehungsweise handwerklichen Berufen für Absolventen des Bundesrealgymnasiums Mürzzuschlag;

Antrag der Abgeordneten Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Kammlander, betreffend Psychologen- und Psychotherapiegesetz;

Antrag der Abgeordneten Pörtl, Dr. Lopatka, Schweighofer und Neuhold, betreffend die Erweiterung der Vergabevorschriften des Landes Steiermark, wo auch der Bezirk Hartberg in die 5-Prozent-Klausel aufgenommen wird;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Entsorgung des Klärschlammes in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Gennaro, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Einführung des Dr. med. dent.;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar und Zellnig, betreffend den sofortigen Baubeginn des Semmeringtunnels;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Meyer, Sponer, Günther Ofner, Ussar, Schrittwieser, Hammer, Vollmann und Genossen, betreffend die Aufnahme der ÖBB-Strecke St. Michael–Knittelfeld–Judenburg–Neumarkt in Richtung Villach in der Verordnung der Bundesregierung gemäß Paragraph 1 Absatz 1 Hochleistungsstreckengesetz;

Antrag der Abgeordneten Dr. Ficzkó, Gennaro, Minder, Meyer, Kanape, Vollmann und Genossen, betreffend die Unterstützung der Regionalstelle Steiermark des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik;

Antrag der Abgeordneten Meyer, Minder, Kanape, Erhart, Sponer und Genossen, betreffend das Verbot des Verkaufes von Tierfallen;

Antrag der Abgeordneten Minder, Meyer, Günther Ofner, Kanape, Schrittwieser, Schoiswohl und Genossen, betreffend die Betreuung der Kinder in den Kindergärten des Landessonderkrankenhauses in Graz und der Stolzalpe während der Ferienzeit;

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Hammer, Vollmann, Gottlieb, Zellnig, Kanape und Genossen, betreffend den Lawinenverbau bei der B 24 auf der Strecke Wildalpen–Palfau;

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Ussar, Sponer, Erhart, Zellnig und Genossen, betreffend die Erstellung der Gesamtplanung für den Ausbau der B 96 und der B 83 von Judenburg bis zur Landesgrenze in Dürnstein;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Hammer, Gottlieb und Genossen, betreffend die Neuerrichtung der Ortsdurchfahrt Neuberg an der Mürz im Zuge der B 23;

Antrag der Abgeordneten Freitag, Herrmann, Zellnig, Trampusch und Genossen, betreffend die Anbringung von Hinweisschildern im Bereich der Südauto-bahn bei der Abfahrt Gleisdorf-Ost;

Antrag der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend Wegfall der Luxussteuer beim Ankauf von Neuwagen mit Katalysator.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend Zugverbindung Wien-Klagenfurt durch das Murtal.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß Herr Landesrat Dr. Dieter Strenitz die an ihn gerichtete Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander, betreffend Versicherungsverträge des Landes Steiermark, schriftlich beantwortet hat.

Ebenso hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller die an ihn gerichteten Anfragen der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander, betreffend Einleitungen und Verschmutzungen der Geprings, sowie der Abgeordneten Kammlander, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Herstellung der verfassungsmäßigen Konformität der inhaltlichen Bestimmungen der am 22. Juni 1988 vom Verfassungsgerichtshof aufgehobenen Normen der Grazer Grünflächen- und Baumschutzverordnung (vom 10. Juni 1976) durch die Erarbeitung eines Steiermärkischen Grünflächen- und Baumschutzgesetzes, schriftlich beantwortet.

Herr Landesrat Erich Tschernitz hat die an ihn gerichtete Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander, betreffend Versicherungsverträge des Landes Steiermark, schriftlich beantwortet.

Es wurde heute ein selbständiger Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 758/1, über seine Tätigkeit im Jahre 1988 aufgelegt, der als Tagesordnungspunkt 16 auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Gemäß Paragraph 12 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat der Landtag zu beschließen, ob über einen solchen Bericht unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob er einem anderen Ausschuß oder der Landesregierung zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden soll.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, über diesen Bericht unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Ebenso ist gemäß Paragraph 31 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Abstandnahme von der 24stündigen Auflegungsfrist notwendig.

Wenn Sie diesem Vorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Eingebracht wurde die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 166/7 und 423/5, zu den Anträgen der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, Einl.-Zahl 166/1, und der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber, Einl.-Zahl 423/1, betreffend die Vorlage eines Berichtes über die Privatisierung von Landesbetrieben.

Eingebracht wurde weiters eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Fuchs, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichinger, Göber, Grillitsch, Harmtodt, Dr. Hirschmänn, Dr. Kalnoky, Kanduth, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Dr. Rupp, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, Prof. DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller, betreffend die Auswirkungen der Mülldeponie Halbenrain insbesondere auf die Bevölkerung des Bezirkes Radkersburg.

Diese dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Dem Ausschuß für Gesundheit wurde heute die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/4, zum Gesetzesbeschluß des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988, Nr. 377, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (11. KALG-Novelle), über den Einspruch der Bundesregierung gemäß Artikel 98 Absatz 2 B-VG, zugewiesen.

Infolge gegebener Dringlichkeit unterbreche ich nunmehr die Landtagssitzung auf zehn Minuten, um dem Ausschuß für Gesundheit die Möglichkeit zu geben, über das genannte Geschäftsstück zu beraten und anschließend dem Hohen Haus antragstellend berichten zu können.

Ich ersuche die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, sich in den Rittersaal zu begeben.

Die Sitzung ist unterbrochen (Unterbrechung der Sitzung um 10.24 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf (10.38 Uhr) und teile dem Hohen Haus mit, daß der Ausschuß für Gesundheit die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/4, zum Gesetzesbeschluß des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988, Nr. 377, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (11. KALG-Novelle), über den Einspruch der Bundesregierung gemäß Artikel 98 Absatz 2 B-VG, beraten hat und antragstellend dem Hohen Haus berichten kann.

Ich schlage im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese Regierungsvorlage als Tagesordnungspunkt 18 auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hierfür die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. Gleichzeitig wäre von der Einhaltung der im Paragraphen 31 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vorgesehene 24stündige Auflegungsfrist Abstand zu nehmen.

Wenn Sie meinen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3. Da bei diesen Tagesordnungspunkten ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben ist, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/5, zum Antrag der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Buchberger und Schrammel, betreffend die Gewährung eines Förderbeitrages für die Errichtung einer Pflagestation im Bezirk Feldbach,

erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Josef Schrammel, das Wort.

Abg. Schrammel (10.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zur Vorlage, die von den Abgeordneten Harmtodt und Kollegen eingebracht wurde, betreffend die Gewährung eines Förderbeitrages zur Errichtung einer Pflagestation im Bezirk Feldbach, hat sich der zuständige Sozial-Ausschuß mit dem Bericht der Landesregierung befaßt, und ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 82 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 1987 über den Antrag der Abgeordneten Harmtodt und Kollegen, betreffend die Gewährung eines Förderbeitrages für die Errichtung einer Pflagestation im Bezirk Feldbach, wird zur Kenntnis genommen. (10.41 Uhr.)

Präsident: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 476/2, zum Antrag der Abgeordneten Pußwald, Schrammel, Dr. Lopatka und Prof. DDr. Steiner, betreffend die Situationsanalyse für ältere Menschen in bezug auf Lebensgestaltung im privaten Bereich beziehungsweise die planmäßige Erfassung und Strukturierung von Landesalten- und Pflegeheimen in der Steiermark.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hermine Pußwald das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Pußwald (10.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die genannte Vorlage, Einl.-Zahl 476/2, wurde am 18. Oktober des Vorjahres der Landesregierung zugewiesen. Im Antrag sind drei Ebenen berücksichtigt, und zwar:

Erstens: Wie und unter welchen Bedingungen leben die alten Menschen gegenwärtig?

Zweitens: Welche ergänzenden Maßnahmen zur privaten Versorgung sind nötig?

Drittens: Wie ist die Verteilung und Strukturierung der Landesalten- und Pflegeheime in der Steiermark?

Es gibt auf allen diesen Ebenen keine Untersuchungen beziehungsweise keine Ist-Analyse. Jedoch wird zugesagt, daß diese Arbeit in Angriff genommen wird, wobei die Regionalbereiche besondere Berücksichtigung finden sollen. Lediglich für die Region Weststeiermark, Landesaltenpflegeheim Deutschlandsberg, ist exakt analysiert, und diese Analyse ist auch aktuell. Erhebungsarbeiten laufen weiters im Bereich Bruck/Mur und Leoben. Trotzdem sollte bis Herbst 1989 eine realitätsbezogene Aussage vorliegen. Bis Jahreswechsel beziehungsweise 1992 soll steiermarkweit ein Konzept vorliegen.

Ich bitte, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (10.42 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Präsident Meyer.

Abg. Meyer (10.43 Uhr): Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

In der gegenständlichen Vorlage, die die Antwort zum Antrag, betreffend die Situationsanalyse für ältere Menschen in bezug auf Lebensgestaltung im privaten Bereich beziehungsweise die planmäßige Erfassung und Strukturierung von Landesalten- und Pflegeheimen in der Steiermark, darstellt, wird darauf hingewiesen, daß der Sozialplan, der bereits vom Steiermärkischen Landtag beschlossen wurde, allgemeingültige Aussagen für die Sozialversorgung der Zukunft definiert.

Wenn wir uns heute mit den älteren Menschen in unserer Gesellschaft befassen, so müssen wir es als unsere Verpflichtung auffassen, den älteren Menschen genauso wie den jungen ihr Recht auf einen Platz im Mittelpunkt unserer Gesellschaft zuzugestehen.

Die Seniorenpolitik in der Steiermark hat einen guten Ruf; es gilt jedoch, die beispielhaften Sozialeinrichtungen nicht nur abzusichern, sondern sie Stück für Stück auszubauen und dabei neue Strukturen, neue Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Ich denke da vor allem auf Grund dieser Vorlage daran, daß sich in den letzten Jahrzehnten sehr viel geändert hat. Wenn nach dem Zweiten Weltkrieg die Wohnungsnot groß war und die älteren Menschen kaum das Glück hatten, in Wohnungen zu wohnen, die ihren Bedürfnissen wirklich entsprechen haben, so war es nicht verwunderlich, daß sie damals Mitte der fünfziger Jahre einen Platz in einem Altenheim als etwas Erstrebenswertes ansahen.

Diese Situation hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Auf Grund der gestiegenen Einkommen konnten sich viele, auch ältere Menschen, doch den Wohnraum schaffen, in dem sie sich wohlfühlen und geborgen sind. Und gerade in diesem Wohnraum mit den persönlichen kleinen Dingen, aber auch mit den Möbeln, die sich die heutigen Senioren oft im wahrsten Sinne des Wortes vom Munde abgespart haben, wollen sie auch bleiben, solange es nur irgendwie geht. Ich weiß aus meiner Erfahrung als langjährige Sozialreferentin der Stadt Bruck, wie schwer sich ältere Menschen von ihrem Hab und Gut trennen und wie unglücklich sie oft sind, wenn ihnen der Weg in ein Altenheim nicht erspart bleibt.

Viele Gemeinden haben diese Tendenz früh erkannt und rechtzeitig Maßnahmen gesetzt, wie etwa den

„Rollenden Essendienst“, die Heimhilfen, Wäschedienste und vieles mehr, um den älteren Menschen den Wunsch, so lange als möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können, zu erfüllen. In vielen Fällen ist es aber dann trotz dieser Hilfen auf Grund des hohen Alters und der damit zusammenhängenden Gebrechlichkeit nicht mehr möglich, daß diese Menschen in ihren Wohnungen bleiben. Es bleibt, falls sie nicht ständig pflegebedürftig sind, dann nur der Weg ins Altenheim. Und wie ich schon vorher sagte, für viele ist das eine Umstellung, die sie kaum verkraften. Vor allem deshalb, weil sie, die oft schon jahrelang allein gelebt haben, plötzlich in einem Zweibettzimmer mit jemandem, den sie vorher nicht gekannt haben, zusammenleben müssen.

Andererseits haben sie auch keine Möglichkeit, ihre Einrichtungsgegenstände, die sie sich oft so schwer erarbeitet haben und an denen ihr Herz hängt, mitzunehmen.

Konkret spreche ich da von den Bezirkspensionistenheimen in Bruck und Kapfenberg, und ich nehme an, daß es auch in anderen Bezirken nicht anders sein wird.

Als diese Bezirksaltenheime vor rund 35 Jahren ihrer Bestimmung übergeben würden, haben sie sicher damals den Anforderungen entsprochen, und sie gälten als modernst ausgestattet. Inzwischen aber haben sich die Bedürfnisse auch der älteren Generation geändert, und der Lebensstandard ist gestiegen. Heute entsprechen diese Pensionistenheime der Nachkriegszeit mit den Zweibettzimmern auf keinen Fall mehr den heutigen Ansprüchen und Bedürfnissen der älteren Menschen. Und wenn im Sozialplan angeführt wird, daß Ziele Zustände darstellen, welche erreicht werden sollen, dann sehe ich es als Ziel an, diese veralteten Heime, wie sie in Bruck und Kapfenberg bestehen, raschest umzustrukturieren und aus den bestehenden Zweibettzimmern Einbettzimmer zu machen, in denen es der älteren Generation möglich ist, ihre eigenen Möbel mitzubringen. Diese Forderung erstreckt sich aber im allgemeinen auf alle Bezirke. Damit wäre ein Schritt zum Wohnheim gemacht, und die Senioren könnten sich geborgen und wohl fühlen. Einerseits hätten sie ihre eigenen vier Wände, andererseits durch das vorhandene Personal, durch die Gemeinschaftsküche sowie Kranken- und Pflegezimmer die Gewähr, daß sie auch dann, wenn sie krank oder pflegebedürftig werden, jederzeit Hilfe in der gewohnten Umgebung haben.

Bei Neubauten wird es wohl selbstverständlich sein, daß man Wohnheime statt Altenheime baut. Im Punkt 3 des Sozialplanes - Hilfe für Senioren - ist ja angeführt, daß die verstärkte Förderung für den Ausbeziehungsweise Umbau bestehender traditioneller Altenheime für die Zukunft unumgänglich sein wird. Beginnen wir rasch damit, um jenen alten Menschen, die genötigt sind, in einem Altenheim ihr Leben abzuschließen, dieses Leben in den letzten Jahren noch so behaglich und schön wie nur möglich zu gestalten.

Unsere ältere Generation hat es sich verdient, daß wir ihr auf diese Weise unsere Solidarität beweisen. Und weil wir schon bei der Betreuung älterer Menschen sind, so sollten wir uns aus gegebenem Anlaß auch darüber einmal Gedanken machen, ob nicht für das Krankenpflegepersonal, welches bei alten Men-

schen eingesetzt wird, eine ganz spezielle Ausbildung notwendig ist beziehungsweise auch besondere Eigenschaften verlangt werden müßten, wie etwa Liebe zum alten Menschen, Verständnis für die Probleme älterer Menschen und das Eingehen auf das Verhalten der Älteren. Das wollte ich abschließend noch in den Raum stellen, damit sich auch der Steiermärkische Landtag mit der Frage der speziellen Ausbildung von Krankenpflegepersonal für ältere Menschen in Zukunft beschäftigt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 10.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (10.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Entwicklungsprogramm für Gesundheit und Soziales aus dem Jahre 1977, von der Landesregierung verordnet, heißt es unter Paragraph 5 Absatz 1, daß die nach Bedarf erforderlichen Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens, der Sozial- und Jugendhilfe entsprechend der zentralörtlichen Gliederung so auszubauen sind, daß sie der Bevölkerung in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen. Hilfeleistungen sind so einzusetzen, daß der einzelne zur Selbsthilfe geführt wird. Die Isolierung von Behinderten, Älteren und sozial Schwachen ist zu vermeiden. In den dazugehörigen Erläuterungen wird dann bemerkt, eine wirkungsvolle Altenhilfe ist vorzusehen. Sozialpolitische Maßnahmen sollen insbesondere den einzelnen zur Selbsthilfe führen und die nachbarschaftliche Hilfe fördern. Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang über den Wandel der Familienhaushalte und von einem Trend zur Individualisierung. Strukturelle Merkmale von Ehe, Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft verändern sich im Zuge der Modernisierung unserer Gesellschaft, und immer weniger Personen wohnen in einem Haushalt zusammen. Fast ein Drittel lebt inzwischen sogar allein. Auch die sinkende Heiratsbereitschaft sowie eine steigende Scheidungsquote, damit verbunden auch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, alles das deutet darauf hin, daß es immer weniger Hilfsmöglichkeiten im familiären und sozialen Netzwerk geben wird. Schon angesichts dieser Tatsache wird man um einen Ausbau medizinischer und sozialer Dienste zusammen mit einer Strukturreform des Sozial- und Gesundheitswesens nicht herumkommen. Neben der heutigen quantitativen Unterversorgung wird die qualitative Verbesserung der Hilfeleistungen zu den zentralen Zukunftsaufgaben gehören.

Eine Umfrage in der Bundesrepublik zeigt, daß 90 Prozent der alten Menschen gerne allein und unabhängig wohnen wollen. In Fällen von Pflegebedürftigkeit und Krisenfällen können dann diese betagten Menschen derzeit noch nicht zwischen Pflegeheim, Krankenhaus und Altenpflegedienst wählen. Für die Zukunft ist auch zu beachten, daß bereits jetzt ein Fünftel der Bevölkerung in der Steiermark über 60 Jahre alt ist. Von diesen alten Menschen sind derzeit rund 10 Prozent in Heimen untergebracht. Und jetzt zu diesen ghettoähnlichen zentralen Alten- und Pflegeheimen: Diese sind bestimmt durch den Verlust der sozialen Bindungen der Insassen und entsprechen

in den meisten Fällen dem weit verbreiteten Verwahrdenkens. Für viele Frauen und Männer ist die Einweisung in so ein Heim der „Point of no return“. Neben den im Alter auftretenden psychischen Syndromen werden die Heim- und Krankenhausbewohner bald in verschiedenen Graden depressiv. Wird durch verstärkte persönliche Zuwendung genug Einfluß auf die Patienten und die Bewohner genommen, dann können Medikamente und technisch aufwendige Therapien eingespart werden. Eine Analyse der schwierigen Pflegesituationen in Heimen und Krankenhäusern hat durch die Vorfälle in Lainz dazu geführt, daß auch der physischen und psychischen Belastung des Pflegepersonals mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das Pflegepersonal der Kranken- und Pflegeanstalten in der Steiermark und auch die Althelferinnen der Caritas – heute ist eine Abordnung von ihnen im Auditorium anwesend –, alle diese weisen darauf hin, daß die Situation pflegebedürftiger alter Menschen auch eng verbunden ist mit der Situation der pflegenden Helferinnen und daß für eine steirische Gesamtanalyse diese Alten- und Pflegesituation unbedingt mitzuuntersuchen ist. Das heißt, das Pflegepersonal und die Altenpflegerinnen müßten auch ihre Bedürfnisse und ihre Erkenntnisse in einer solchen Analyse darstellen können. Wieso gibt es in der Steiermark noch kein dichtes Netz mobiler, ambulanter Hauskrankenpflegedienste zur teilweisen Entlastung der Familien und zur Vermeidung von Krankenhaus- und Heimaufenthalten? In Salzburg ist zusammen mit dem Land, dem Roten Kreuz und den Sozialversicherungsträgern seit 1975 die Hauskrankenpflege organisiert, und es wurden 1985 6000 Patienten in rund 170.000 Hausbesuchen gepflegt. 100 Prozent der Wohnbevölkerung des Bundeslandes Salzburg, das heißt alle Gemeinden, sind über 27 Einsatzstellen versorgt. Der Obmann der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse, Herr Präsident Sametz, wird zwar gerne für sein vehementes Eintreten für die Interessen der Versicherten gelobt, und meine Kollegen Gennaro, Gottlieb, Reicher, Dr. Lopatka und Kollmann als Mitglieder des Vorstandes beziehungsweise des Überwachungsausschusses sollten sich das Salzburger Modell zum Vorbild nehmen und raschest zusammen mit den im Dachverband für Hauskrankenpflege vertretenen Organisationen und seitens des Landes mit dem verantwortlichen Regierungsmitglied eine flächendeckende sozialmedizinische Versorgung initiieren. Ein diesbezüglicher Konzeptvorschlag liegt seit November 1988 in der Schublade und harrt einer konkreten Beschlussfassung. Zusätzlich sind gemeinwesenorientierte Einrichtungen mit Tageszentren, Bereitschaftsdiensten in den Abendstunden und in der Nacht, die von privaten Selbsthilfegruppen angeboten werden, finanziell zu unterstützen. Es muß im Interesse einer gemeinwesenorientierten Sozialpolitik sein, daß kranke, behinderte und alte Menschen in der Nähe ihres Wohnortes versorgt werden.

Die Vorlage, die wir heute zu beschließen haben, vertröstet uns mit der Fertigstellung einer Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes bis in das Jahr 1992. Die alarmierte Öffentlichkeit wird zwar Geduld mit der Vorlage detaillierter Zahlen haben, aber das Fehlen von alten-, kranken- und behindertengerechten Versorgungseinrichtungen wird trotzdem als Versagen der verantwortlichen Landespolitiker ausgelegt werden.

Eine Kompetenzbereinigung ist zusätzlich unbedingt notwendig. Die Betreuung innerhalb der Krankenhäuser und außerhalb, die Pflegeversorgung muß endlich in einem Ressort geplant werden, und die KRAZAF-Mittel müssen dementsprechend eingesetzt werden. Einen Antrag habe ich heute in diesem Sinne eingebracht.

Am Schluß noch: Es ist eine Schande, daß in Liebenau eine sozialmedizinische Praxisgemeinschaft seitens des Landes ausgehungert wird und daß das Sozial- und Begegnungszentrum St. Leonhard in seiner Altenarbeit nur halbherzig unterstützt beziehungsweise gefördert wird. Die planlose, willkürliche Zuteilungspolitik in der Steiermark, auch bei der Verwendung der KRAZAF-Mittel, muß aufhören, und ein erster Reformschritt sollte spätestens im Herbst mit der flächendeckenden Alten- und Hauskrankenpflege gesetzt werden. Ich verlese jetzt dazu einen Beschlussantrag, der dann am Ende des Tagesordnungspunktes abgestimmt wird:

In der Begründung lautet dieser Antrag:

Im Bundesland Salzburg wurde 1974 ein Grundsatzkonzept entwickelt, das in allen Bezirken die Durchführung und Organisation von Hauskrankenpflege und anderen sozialen Diensten sicherstellen sollte. 1975 erklärten sich die Salzburger Sozialversicherungsträger bereit, die Hauskrankenpflege gemäß Paragraph 151 ASVG als freiwillige Leistung zu finanzieren. Insgesamt 27 Einsatzstellen der Hauskrankenpflege des Rot-Kreuz-Landesverbandes versorgen alle Gemeinden und damit auch 100 Prozent der Wohnbevölkerung. Da der Ausbau der Hauskrankenpflege und die Umstrukturierung im Sozial- und Gesundheitswesen in der Steiermark zur Bewältigung aktueller und kommender Probleme eine große Bedeutung haben, ist ein sorgfältiges und kooperatives Vorgehen wichtig. Die im steirischen Dachverband der Hauskrankenpflege vertretenen Organisationen müssen gemeinsam mit den verantwortlichen Landesstellen und den Sozialversicherungsträgern mit der Komplettierung des bereits im November 1988 fertiggestellten Konzeptvorschlages für einen Ausbau des sozialmedizinischen Pflegedienstes beginnen und ein Steiermärkisches Hauskrankenpflegemodell vorlegen. Mein Antrag lautet: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bis zum Beginn der Herbsttagung 1989 das endgültige Modell, betreffend den Ausbau der flächendeckenden Hauskrankenpflege in der Steiermark, dem Steiermärkischen Landtag vorzulegen. Ich danke schön. (11.02 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (11.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Nachricht um den erschütterndsten Kriminalfall in der Nachkriegszeit, den Massenmord im Wiener Gemeindespital Lainz, hat uns alle sehr getroffen. Schlagzeilen wie „Die Beichte der Mordschwestern“ oder „Mordschwester war Geheimprostituierte“ – und man könnte eine Vielzahl solcher scheußlicher Schlag-

zeilen zitieren, haben das Vertrauen in die Schwestern, in die Ärzte und überhaupt in das Krankenhaus als soziale Einrichtung unserer Gesellschaft tief erschüttert.

Plötzlich steht das ganze Gesundheitswesen in Diskussion wie nie zuvor in der Geschichte.

Rohypnol – steht für Sterbehilfe, die Schwester wird zum Herrn über Leben und Tod, und die Ethik des Arztes wird überhaupt bezweifelt.

Dazu kommen noch die seit langem aufgestauten Emotionen gegenüber der Institution Krankenhaus und dem dort arbeitenden Personal.

Denn lange genug waren die Ärzte „Götter in Weiß“, unfehlbar wie das Personal der „Schwarzwaldklinik“.

Der Patient mußte froh sein, die Gnade der Behandlung erfahren zu können. Die Geschehnisse von Lainz sind nur ein Symptom dafür, wie tief die Fundamente unserer Gesellschaft erschüttert sind. Unselige Tradition auf dem Prüfstein einer unglücklichen Gegenwart.

Meine Damen und Herren, diese Geschehnisse müssen meiner Meinung nach in zwei ganz wesentliche Gesichtspunkte getrennt werden.

Einerseits der Umgang mit dem Leben, mit dem Nächsten und mit den alten Menschen.

Dabei zeigt sich deutlich, daß die bisher geltenden Regeln anscheinend immer mehr an Wertigkeit verloren haben. Zum Beispiel werden alte und pflegebedürftige Menschen vielfach oft in Spitäler und dafür eingerichtete Institutionen abgeschoben.

Wir wissen zwar alle, daß die Lebenserwartung immer höher wird, aber wir wissen immer weniger, wie wir mit unseren älteren Menschen in Würde und Achtung umgehen sollen.

Ich glaube, es ist höchst an der Zeit, sich wieder auf die Grundwerte zu besinnen, um ein menschliches und menschenwürdiges Zusammenleben auch in Zukunft garantieren zu können.

Der zweite wesentliche Aspekt betrifft das Personal – und auf das möchte ich heute etwas näher eingehen –, das die alten und kranken Menschen betreut, ob in Spitälern oder anderen sozialen Einrichtungen.

Wir müssen das Vertrauen in das Krankenhauspersonal, das durch die Morde in Lainz aufs tiefste erschüttert wurde, wieder herstellen. Dies gehört zu unseren vordringlichsten Aufgaben im Zusammenhang mit den oben angeführten Verbrechen.

Zu dieser Problematik „Anstand und Ethik nach Lainz“ stand kürzlich in einer Wochenzeitung folgende Passage – ich zitiere wörtlich:

„Was sich in den zehn Tagen nach der Aufdeckung der Untaten von Lainz in der öffentlichen Diskussion abgespielt hat, war Sterbehilfe an der medizinischen Ethik und dem gesellschaftspolitischen Anstand.“ Diese Folgen, meine Damen und Herren, bekommen die Bediensteten aller Spitäler zu spüren. Um dieses Vertrauen kämpfen nun alle jene, die Tag für Tag aufopfernd ihren Beruf im Dienste des Patienten verrichten. Es muß den pauschalen Diffamierungen schärfstens entgegengetreten werden, und es wäre höchst an der Zeit, daß man nicht nur Beruhigungsversuche und Beruhigungspillen verabreicht, indem man feststellt, daß solche Vorfälle bei uns nicht vorkommen können.

Vielmehr sollte man der Bevölkerung sagen, unter welchen Bedingungen und nach welchen Grundsätzen Pflegekräfte ihren Dienst in einem Krankenhaus versehen.

Es war Florence Nightingale, eine englische Krankenpflegerin, geboren 1820, die den ersten Organisations- und Arbeitsplan für die militärische und zivile Krankenpflege entwarf. Sie hat für ihren Beruf gelebt und ist heute noch das Vorbild der Diplomkrankenschwestern. Sie hat den Menschen in den Mittelpunkt der Pflege gerückt, und daraus ergeben sich die wesentlichsten Aufgaben für eine Schwester:

- Erstens, Gesundheit zu fördern,
- zweitens, Krankheit zu verhindern,
- drittens, Gesundheit wieder herzustellen und
- viertens, Leid zu lindern.

Diese Aufgaben verlangen eine hohe Bereitschaft, Aufopferung und Liebe zum Beruf!

Meine Damen und Herren, dieser Idealismus wird oft ausgenützt, um den Pflegebetrieb vielfach überhaupt aufrechterhalten zu können. Die physischen und psychischen Anforderungen sind aber an ihre Grenzen gestoßen. So kommt es nicht von ungefähr, daß dieser Beruf die höchsten Scheidungsraten aufweist. Kürzlich wurde auch eine Studie vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Linz über die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen vorgelegt. In diesem Bericht wird festgehalten, daß mehr als die Hälfte der befragten Krankenschwestern und Stationsgehilfen manchmal das Gefühl hat, total abgespant zu sein, sie wollen alles hinschmeißen oder sind völlig niedergeschlagen.

Im Vergleich mit fünf westeuropäischen Ländern bildet Österreich bei der Versorgung mit Krankenschwestern das Schlußlicht.

Während in Österreich auf eine Diplomschwester 223 Einwohner kommen, sind es in der Schweiz 136 und in Schweden sogar nur 96 Einwohner.

Es wurden auch in dieser Studie die überlangen Arbeitszeiten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen kritisiert. Verstärkt werden diese langen Arbeitszeiten noch dadurch, daß ein Mangel an Pausen besteht. Mehr als ein Fünftel der Krankenschwestern hat keine Möglichkeit, während der Arbeit Pausen einzulegen.

Es wird zwar allgemein die 35-Stunden-Woche gefördert, aber im Pflegeberuf kann von einer 35-Stunden-Woche derzeit wohl nur geträumt werden. Hier ist die 50-Stunden-Woche keine Seltenheit, meist hervorgerufen durch Personalmangel. Zum Beispiel gibt es in der Steiermark auch jetzt einen akuten Schwesternmangel. Es ist nicht möglich, freiwerdende Stellen nachzubeseetzen. Die nächste Möglichkeit wird sich erst im Oktober dieses Jahres ergeben. Diese Probleme sind seit Jahren bekannt, aber leider wurde nicht darauf reagiert. So sind seit nahezu zehn Jahren die Abgänger der Krankenpflegeschulen in der Steiermark nahezu unverändert. Es sind zirka 180 bis 200 diplomierte Pflegekräfte, die jährlich in den steirischen Schwesternschulen ausgebildet werden, obwohl die Anzahl der Stationen, der Bedarf an Pflegekräften in dieser Zeit immer mehr gestiegen sind.

Allein in meinem Krankenhaus fehlen zur Zeit fünf Diplomkrankenschwestern, bis Oktober werden es

mindestens zehn Schwestern sein. Würde man die Anhaltzahlen des deutschen Krankenhausinstitutes hinzurechnen, wären es 25 bis 30 Pflegekräfte. Würde man weiters diese Zahlen umlegen auf die ganze Steiermark, würde das bedeuten, daß an die 600 Pflegekräfte zur Zeit fehlen. In Wien sind es zur Zeit 1700. Es ist daher eine wesentliche Forderung, endlich in der Steiermark zwei Abschlußtermine, und zwar im Frühjahr und im Herbst, bei den Krankenpflegeschulen einzuführen. Es ist auch höchst an der Zeit, mehr Krankenpflegeschülerinnen aufzunehmen. Laut Zeitungsberichten wird es ab heuer praktiziert. Auch die Ausbildung zur diplomierten Krankenschwester und zum Pfleger soll im zweiten Bildungsweg verstärkt in Angriff genommen werden. Diese Möglichkeit gibt es zum Beispiel in der Steiermark überhaupt nicht. Weiters wäre die Schaffung eines Colleges für die Krankenpflegeausbildung zu überlegen, um auch verstärkt Maturanten in der Krankenpflege ausbilden zu können. Und letztlich sollte die Ausbildung der Krankenpflege auf vier Jahre verlängert werden und mit einer Fachmatura abschließen. Der hohe Ausbildungsstand der Krankenpflegeschülerinnen und -schüler in der Steiermark hat auch zur Folge, daß ihnen Anstellungen sowohl in ganz Österreich als auch im Ausland immer wieder angeboten werden. Überlegenswert wäre überhaupt, Krankenpflegeschulen der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. einzugliedern, um so eine bessere Koordinierung zwischen Ausbildung und Anstellung zu ermöglichen.

Hohes Haus, wir stehen heute wieder vor dem Problem, daß wir Krankenschwestern mit Broschüren und Plakaten anwerben, wie vor Jahren, wo wir Schwestern aus den Philippinen oder Jugoslawien und anderen Ländern in unseren Spitälern beschäftigt haben, damit überhaupt der Betrieb aufrechterhalten werden konnte. Es muß aber auch der Pflegeberuf insgesamt wieder attraktiver gemacht werden, auch durch eine bessere finanzielle Abgeltung ihrer Dienste. So bekommt zum Beispiel eine Diplomkrankenschwester für einen zwölfstündigen Nachtdienst zirka 195 Schilling bezahlt. Höhere Löhne werden zwar nicht die Krise im Gesundheitssystem ändern oder beheben, aber sie werden wesentlich dazu beitragen, daß eine Verbesserung in der Personalsituation eintreten wird. Denn nur eine Personalaufstockung wird eine Verbesserung in dieser Situation bringen. Damit würden wieder die ursächlichsten Aufgaben einer Krankenschwester verstärkt wahrgenommen werden können. Diese Aufgaben sind im Krankenpflegegesetz genau ausgeführt. Aber seit Jahren muß eine Krankenschwester zu den im Gesetz vorgeschriebenen Tätigkeiten immer mehr zusätzliche Aufgaben übernehmen. Das sind einerseits Verwaltungsaufgaben, die immer mehr werden, und andererseits Aufgaben, die ausschließlich den Ärzten überlassen sein müßten. Dies passiert vielfach auch deshalb, weil in den Spitälern vielfach ein Mangel an Ärzten besteht.

Sicher wäre auch eine psychologische Betreuung des Krankenpflegepersonals notwendig, aber ich glaube, daß durch eine Reduzierung des Personalmangels und der Arbeitszeit mehr an Problemen bewältigt werden würde, wie durch eine psychologische Betreuung. Es muß einfach garantiert werden, daß dem Pflegepersonal die nötige Freizeit und damit die nötige Regene-

ration ermöglicht wird. Ich glaube, meine Damen und Herren, kein anderer Beruf bedarf solcher Regenerationsphasen, wie der Pflegeberuf. Auch sollten innerbetriebliche Fortbildungsveranstaltungen, die meiner Meinung nach verpflichtend eingeführt werden sollten, dazu beitragen, den Kontakt unter den Stationen und Abteilungen aufrechtzuerhalten, um damit auch anfallende hausspezifische Probleme beseitigen zu können.

Erst wenn es uns gelingt, diese Probleme annähernd zu lösen, und wir auf die berechtigten Forderungen des Pflegeberufes eingehen, wird es möglich sein, die Vertrauensbasis zwischen Pflegeberuf und Patient wieder herzustellen. Wir brauchen nichts so sehr wie die positive Einstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Spitälern, weil auch dies ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheit des Patienten darstellt. Es ist schon gefährlich, beim Gesundheitswesen zu sparen, aber noch viel gefährlicher ist es, beim Personal für das Gesundheitswesen zu sparen!

Meine Damen und Herren, es geht um unser Gesundheitswesen, und es geht um das Personal, welches das Gesundheitswesen aufrechterhält. Wir müssen das Vertrauen wieder gewinnen, wir müssen das Vertrauen zwischen dem Patienten und dem Personal und das Vertrauen zwischen dem Personal und seinem Dienstgeber wieder herstellen.

Abschließend möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, das Florence-Nightingale-Gelübde vortragen, welches jede Diplomschwester anlässlich ihrer Diplomierung ablegen muß:

„Ich gelobe feierlich vor Gott und in Gegenwart dieser Versammlung, daß ich ein reines Leben führe und meinen Beruf in Treue ausüben will. Ich will mich allem Verderblichen und Bösen enthalten und will wissentlich keine schädlichen Arzneien nehmen und verabreichen. Ich will alles tun, was in meiner Macht steht, um den Stand meines Berufes hochzuhalten und zu fördern, und will über alle persönlichen Dinge, die mir vertraut werden, Schweigen bewahren. Ebenso über alle Familienangelegenheiten, von denen ich in der Ausführung meines Berufes Kenntnis hatte. In Treue will ich danach streben, dem Arzt in seiner Arbeit zu helfen und mich ganz einsetzen für das Wohlergehen, die meiner Pflege anvertraut sind.“

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 11.16 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (11.17 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin sehr froh darüber, daß dieser vorliegende Antrag seitens meiner Fraktion schon im Vorjahr, also lange vor Lainz, eingebracht worden ist. Denn die grauenhaften Mordfälle im Krankenhaus Lainz haben dieses Problem jetzt kurzfristig in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Mittlerweile ist man aber, was die Frage der Versorgung unserer pflegebedürftigen und alten Menschen betrifft, zur Tagesordnung zurückgekehrt, obwohl diese Personengruppe gerade in den nächsten Jahren stark zunehmen wird. Daß wir hier neue Wege gehen müssen, ist schon

übereinstimmend von meinen Vorrednerinnen, von Frau Präsident Meyer und auch von der Frau Abgeordneten Kammlander, gesagt worden. In der Budgetdebatte hat Herr Landesrat Tschernitz eine Pflegeversicherung angekündigt. Mittlerweile konnte man erfahren, daß Herr Alois Dragaschnig, seines Zeichens Generaldirektor des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, den härtesten Widerstand für eine derartige Versicherung angekündigt hat, weil er glaubt, daß die Versicherungsträger mit neuen Aufgaben nicht mehr belastet werden können. Die politische Grundsatzfrage, die sich für uns in diesem Zusammenhang hier stellen muß, ist, was haben die für diesen Bereich zuständigen Landesräte in der Vergangenheit hier gemacht, und wie sind sie auf die zukünftigen Aufgaben vorbereitet? Ich muß sagen, daß mir leider nicht ein so positives Urteil über die Lippen kommt wie von meiner Vorrednerin, Frau Präsidentin Meyer, was unsere Sozial-Landesräte betrifft. Was haben wir in der Steiermark? Wir haben vier Landesaltenpflegeheime und geben für diese jährlich rund 160 Millionen Schilling aus.

Das heißt, daß der tatsächliche Tagsatz über 500 Schilling liegt, wir für diese Heime 15.000 Schilling pro Person und Monat ausgeben. Würden wir dazu übergehen, von den Zweibettzimmern auf Einbettzimmer umzusteigen, was sicherlich im Sinne der Senioren wäre, so kämen diese Heime natürlich noch viel teurer. Aber ich glaube, dadurch lösen wir nicht das Grundproblem. Großheime sind teuer und haben den Nachteil, daß die alten Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung herausgerissen werden und eher dort – wie schon von der Kollegin Kammlander gesagt wurde – abgelagert werden, und sie fühlen sich nicht wohl. Vielmehr bräuchten wir hier eine Neukonzeption für kranke, behinderte, pflegebedürftige und alte Menschen, die davon ausgeht, daß die mobilen Dienste Millionenbeträge zur Verfügung haben müßten und über ein Netz von Sozialstationen, die direkt vor Ort beim Patienten sind, arbeiten könnten. Hier könnten die zu betreuenden Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, und durch die Umschichtung von der stationären zur mobilen Betreuung könnte das Problem des rasch wachsenden Anteils der alten und pflegebedürftigen Menschen auch finanziell leichter bewältigt werden. In der Steiermark ist leider das Gegenteil geschehen. Wenn Sie heute die Regierungsvorlage anschauen, wird noch immer das Gegenteil verlangt. Hier ist ein Antrag auf ein weiteres Landesaltenpflegeheim in Deutschlandsberg, gestellt vom Abgeordneten Kohlhammer und Kollegen. Auch der Abgeordnete Erhart hat in der Budgetdebatte die Vergrößerung des Landesaltenpflegeheimes Knittelfeld gefordert. Wer stimmt dem zu? Ich kann dem nicht zustimmen, diesen riesengroßen Altenheimen. Ich zitiere wortwörtlich die Beantwortung des Antrages von Landesrat Tschernitz. Er meint: Lediglich die Studie für die Region Weststeiermark, welche im Zuge der Bedarfsprüfung für das Projekt Landesaltenpflegeheim Deutschlandsberg bereits exakt analysiert ist, ist aktuell. Was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt, daß abgesehen von Deutschlandsberg, der zuständige Landesrat keine Auskunft in der Beantwortung des Antrages gibt, unter welchen Umständen derzeit die alten Menschen bei uns leben. Wenn auch der Antrag für das Landesaltenpflegeheim Deutsch-

landsberg negativ seitens der Landesregierung ausgefallen ist, so muß ich sagen, daß hier schon wieder eine Tendenz zum Vorschein kommt, die ich wirklich strikt ablehne. Ich glaube, wir müssen uns von diesen Großeinrichtungen verabschieden und schauen, daß wir Geld freibekommen für kleine Einrichtungen, daß die Gemeinden motiviert sind, auf lokaler Ebene Seniorenaltenheime zu errichten, wie es der ehemalige Landesrat und Landtagsabgeordnete Heidinger zum Beispiel in Neudau bei uns im Bezirk Hartberg jetzt gemacht hat. Das ist meines Erachtens der richtige Weg. Hier muß man die Mittel freibekommen. Wir müssen also Schritt für Schritt mit Unterstützung des Landes daran gehen, flächendeckend diese sozialen Dienste aufzubauen. Ich glaube, im Sinne dieser Sozialpolitik müssen private, gemeinnützige Trägerorganisationen Vorrang vor öffentlichen Einrichtungen haben. Ich forderte auch meine sozialistischen Kollegen auf, auch hier, wie bei der Privatisierung, dieser Konzeption der Volkspartei zu folgen. Wir brauchen Hilfe zur Selbsthilfe, mehr Eigenverantwortung, um dadurch zu verhindern, daß das passiert, was leider sehr oft der Fall ist, daß sich die Betroffenen dann in das soziale Netz des Staates ohne persönliches Engagement fallen lassen und sich selbst nicht mehr verantwortlich fühlen für ihre nächste Umgebung. Der gute alte Sanitätsgedanke muß wieder mit Leben erfüllt werden. Leider hat hier – und das ist für mich der Hauptangriffspunkt – auch die Steiermärkische Gebietskrankenkasse in den letzten Jahren kläglich versagt. Wir zahlen zwar jährlich Millionen nach Wien – heuer sind es 74 Millionen Schilling – in den Ausgleichsfonds, ohne daß sich hier ein sozialistischer Gewerkschafter, die ja in der Gebietskrankenkasse das Sagen haben, darüber aufregt. Andererseits sind es genau jene Herren wieder, die meinen, wir seien das „Armenhaus Österreichs“. Meine Herren, tun Sie etwas für dieses Armenhaus, und schenken Sie nicht jenen Herren das Geld, die in der Führung der Gebietskrankenkasse versagen. (Abg. Gennaro: „Warum hast du nicht bei der Vorstandssitzung etwas gesagt? Du sitzt selbst im Vorstand! Du sitzt dort hilflos herum!“)

Herr Kollege, wissen Sie, wer das gesagt hat? Kollege Gennaro, von dir erwarte ich mir keine Hilfe. Ich möchte nur eines sagen. Nicht ich habe gesagt, daß die Führung der Gebietskrankenkasse kläglich versagt hat, das hat der Herr Generaldirektor der Wiener Gebietskrankenkasse, Othmar Pascha, über seinen Nachfolger Franz Wetzlei, der für das laufende Jahr einen Budgetabgang von 670 Millionen bekanntgegeben hat, gesagt. Wir zahlen diese 75 Millionen nach Wien und bekommen keinen Groschen zurück. (Abg. Trampusch: „Vielleicht lassen Sie sich den KRAZAF erklären!“) Ich verstehe das nicht, das müssen Sie mir erklären. Sie sagen, daß es der Steiermark so schlecht geht, und verteidigen diesen Modus, daß wir Millionenbeträge jährlich nach Wien abliefern. Dieser Konzeption kann ich nicht zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei einem 6-Milliarden-Budget, das die Steiermärkische Gebietskrankenkasse hat, war man bis zur Regierungsvereinbarung über die KRAZAF-Mittel nicht bereit, für die Hauskrankenpflege Mittel bereitzustellen; im Gegensatz zu den anderen Gebietskrankenkassen.

Kollegin Kammlander hat Salzburg zitiert. Aber es ist nicht nur Salzburg, es sind auch die anderen Landesorganisationen der Gebietskrankenkassen, die vorher bereit waren, Mittel für die Hauskrankenpflege herzugeben. Ich habe den Schriftverkehr von Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth mit dem Vorsitzenden Sametz mit. Der letzte Brief ist nicht mehr von Sametz gekommen, sondern von Gennaro, ich weiß nicht, warum, aber es wird immer darauf hingewiesen, daß das freiwillige Leistungen sind und man sich außerstande sieht, diese Leistungen zu erbringen. Es sind immer neue Forderungen aufgestellt worden. Man hat genaue Abrechnungen vorlegen müssen. Als auch das geschehen ist, ist das Geld nicht gekommen. Ich frage Sie: Warum kann die Salzburger Gebietskrankenkasse Millionenbeträge hergeben, ja auch die Wiener Gebietskrankenkasse? Warum hat das die Steiermärkische Gebietskrankenkasse nicht gekonnt? Daher glaube ich, wir sollten auch in der Steiermark umdenken, und ich schließe mich hier meiner Vorrednerin Kammlander an. Wir, die Abgeordneten in diesem Haus, sollten uns gemeinsam bemühen, in der Gebietskrankenkasse, daß nach dem Auslaufen der KRAZAF-Vereinbarung auch die Steiermärkische Gebietskrankenkasse endlich bereit ist, Geld für die Hauskrankenpflege bereitzustellen. Derzeit gibt es die KRAZAF-Vereinbarung, wo die 10 Prozent auch in die Steiermark kommen. Wir haben heute eine Regierungsvorlage bekommen, wo auch die Aufschlüsselung drinnen ist. Immerhin ist jetzt ein kleiner Ansatz für die Hauskrankenpflege gegeben. Ich bitte auch Landesrat Tschernitz, daß das Geld, das in seinem Bereich zur Verfügung gestellt wird, gerade für die Versorgung der alten und kranken Menschen im mobilen Bereich zur Verfügung gestellt wird. Der mobile Bereich muß viel stärker forciert werden, und verabschieden wir uns von den Großkonzeptionen der stationären Behandlung. Danke. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 11.27 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (11.27 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Lange unausgesprochen und auch in der Zwischenzeit schon mehrmals ausgesprochen, schwebt über dieser heutigen Debatte eine traurige Aktualität, die vor wenigen Wochen im Wiener Spital Lainz ausgebrochen ist. So gut es war, daß in der letzten Landtagssitzung, wo alle noch unter dem ganz frischen Eindruck dieser grauenhaften Geschehnisse standen, niemand versucht hat, dieses Thema da plötzlich zu einer politischen Aktualisierung zu verwenden, so vernünftig ist es nunmehr, da nun etwas mehr Klarheit eingekehrt ist, sich diese Dinge zu vergegenwärtigen. Was haben wir im Gedächtnis aus den Tagen und Wochen nach diesen grausigen Morden von Lainz? Wir haben im Gedächtnis ein nachfolgendes Schauspiel von Schuldzuweisungen und logischerweise Verteidigungen und auch ein großes Schauspiel von Schuldabwälzungen, wenn ich nur den Auftritt des Wiener Bürgermeisters im Fernsehen mir vergegenwärtige. Wir haben vor uns ein Feuerwerk von Systemkritik und logischerweise zwangsläufig darauf folgend auch

Systemverteidigung und Einbetonierung des Systems. Wir haben vor uns gesehen viel echtes und bei Gott noch viel mehr falsches Pathos in diesem Zusammenhang, und wir haben auch gesehen etwas Betroffenheit echter Natur, die zum Nachdenken anregt. So brutal das klingt, meine Damen und Herren, nützen wir diese Betroffenheit, die diese grausigen Morde von Lainz in vielen Menschen hervorgerufen haben, um das System anzudiskutieren, um nachzudenken und ohne vordergründige politische, emotionale Auseinandersetzung die Fragen anzugehen. Wenn der Herr Abgeordnete Bacher gesagt hat, seit den Vorfällen von Lainz steht plötzlich das System zur Diskussion, dann halte ich das nicht für schlecht, im Gegenteil, ich bedaure es, daß es dieser Vorfälle bedurft hat, um das System endlich zur Diskussion zu stellen. Nützen wir also diese Aktualität, aber vermeiden wir eines, das ist ja nur ein bißchen durchgedrungen heute und gerade bei der letzten Rede des Kollegen Dr. Lopatka, wir können ehrlich über diese Systemkorrektur nur reden, wenn wir keine Schuldzuweisungen machen. Und da ist es auch positiv, daß der Herr Landesrat Tschernitz, der so kurz im Amt ist, daß man ihm keine Schuld zuweisen kann und auch nicht soll und auch seinem Vorgänger nicht. Vermeiden wir aber auch, und ich würde wirklich die beiden Landesräte bitten, die da oben schon in den Startlöchern stehen, das auch heute zu vermeiden, vermeiden wir aus falsch verstandener Solidarität, jetzt plötzlich das System so zu verteidigen mit den Worten, das ist alles ausgeschlossen, wie hat das die Frau Präsident so zutreffend formuliert, es ist alles so beispielgebend, was bei uns in der Steiermark ist. Es ist alles in Ordnung. Es ist gar nichts in Ordnung, meine Damen und Herren, denn wir haben in Wahrheit genau dasselbe System wie in allen anderen Bundesländern Österreichs, genau dasselbe System, das in Wahrheit auch dafür verantwortlich ist, daß diese grauslichen Vorfälle in Lainz geschehen konnten! Meine Damen und Herren, ich sage nochmals, das darf keine Schuldzuweisung sein. Da kann niemand Schuld tragen, sondern da tragen nur diejenigen Schuld, die in der jetzigen Situation nicht den Mut aufbringen, dieses System ernsthaft anzudiskutieren.

Meine verehrten Damen und Herren, wer jemals im familiären Bereich pflegen mußte oder zuschauen mußte, teilnehmen mußte, wie gepflegt wird, und ich habe das über zwölf Jahre hinweg erlebt, der hat eine kleine Ahnung, welche Belastung ein pflegebedürftiger alter Mensch mitbringen kann. Aber sie ist noch geringer zu dem was sich in den öffentlichen Pflegeheimen abspielt, weil es sich hier meistens um eigene nahestehende Menschen handelt, für die man mehr Verständnis hat, und weil es meist eine zeitlich, wenn auch über Jahre hinweggehende, aber immerhin zeitlich begrenzte Belastung ist, die man zu tragen hat. Und stellen wir dem jenen Druck gegenüber, dem die Mitarbeiter und das Personal in den Pflegeberufen ausgesetzt sind. Sie haben nämlich nicht Nahestehende zu pflegen, nicht Menschen, die viel mehr Verständnis für einen haben und für die sie logischerweise auf Grund der familiären Naheverhältnisse mehr Verständnis haben, sie haben nicht einen einzelnen zu pflegen, sondern sehr viele, und sie haben vor allem, meine Damen und Herren, das Wissen, daß sie bis zu ihrer Pensionierung demselben Druck ewig ausgesetzt sein werden. Und da kann es schon vorkommen, daß

das herauskommt, was der Kollege Bacher, glaube ich, zitiert hat, daß 50 Prozent derer, die dort tätig sind, immer wieder den Eindruck erhalten, wir können da nicht mehr weiter, wir müssen aufhören, wir halten den Druck nicht mehr aus. Meine Damen und Herren, dieser Druck ist in der Steiermark um kein Jota geringer als anderswo in Österreich. Dieser Druck ist in den steirischen Anstalten und steirischen Heimen um kein Jota anders als in Lainz, weil das System um kein Jota anders ist als in Lainz. Meine Damen und Herren, dieser Druck läßt sich auch durch schöne öffentliche Vorschriften, die zur Beruhigung derer, die sie erlassen, dienen sollen, nicht verringern. Dieser Druck läßt sich auch durch öffentliche Erklärungen, es ist alles in bester Ordnung, es ist alles beispielgebend, nicht wegdiskutieren, und dieser Druck ist auch durch Ignorieren, meine Damen und Herren, in Wahrheit nicht verschweigbar. Aber so, wie halt für viele es ein Anliegen oder nicht ein Anliegen, sondern ein Ausweg ist, die Pflege ihrer Angehörigen anderen zuzuschieben, so sind sie daher halt geneigt, die negativen Auswirkungen, den negativen Druck, die andere dann für sie tragen, ebenso zu ignorieren, um selbst ein gutes Gewissen zu haben. Meine Damen und Herren, ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß diese Schwierigkeiten, diese Fehlentwicklungen, die es natürlich überall gibt, nicht an den Personen und nicht am Pflegepersonal liegen. Es liegt nicht daran, weil es sich nicht ändert, wenn sie sich noch so bemühen. Es liegt nicht daran, weil sich nichts ändert, wenn sie noch so fleißig und guten Willens sind, auch wenn sie mit noch so viel Idealismus an die Sache herangehen, sie stoßen irgendwo an die Grenzen des Systems, weil sie die Zeit ganz einfach nicht mehr aufbringen können und wenn sie wollen auch dürfen, um jene Pflege zukommen zu lassen, die sie auf Grund ihres Idealismus den alten Menschen zukommen lassen wollen.

Meine Damen und Herren, gibt es das aber auch in der Steiermark? Ich sage es noch einmal, ohne Schuldzuweisungen an irgend jemanden, die Steiermark ist nicht anders als überall in Österreich auch. Und wenn Sie genauso wie ich in den letzten Wochen eine Schrift in die Hand bekommen haben, von jungen idealistischen Menschen, und in dieser Schrift lesen müssen, daß auch in den steirischen Heimen, und zwar bitte nicht nur in den Landesheimen, das ist generell in allen Bereichen, wo dasselbe System gehandhabt wird, gleich zu sehen, daß auch in der Steiermark der Umgang mit alten Menschen so stattfindet, und ich greife jetzt nur die kleinen, beinahe harmlosen Dinge heraus, um jetzt keine emotionale Debatte zu erzwingen, daß in der Steiermark auch alte, wehrlose Menschen ohne ihr Einverständnis und unter Mißachtung ihrer Menschenwürde als „Schatzer!“ und „Pupper!“ angesprochen werden, geduzt werden, obwohl sie das eigentlich nicht möchten. Wenn sie auch, von mir aus, als „Opa“ und „Oma“ angeredet werden, aber nicht, weil das etwa ein positiver Begriff ist, sondern ganz einfach, um die Macht, die ausgeübt werden kann, zwangsläufig, hier auszuspielen. Wenn es auch in steirischen Heimen so ist, und jetzt unabhängig davon, ob es Landesheime oder andere sind, daß zum Mittagessen auf Grund des zeitlichen Drucks des Personals halt nur zehn Minuten zur Verfügung stehen, und wer nicht fertig ist, hat Pech gehabt, und es muß weggeräumt werden, weil das Pflegepersonal ja gar nicht

anders kann, um herumzukommen. Weil auch in der Steiermark, und das entnehme ich von veröffentlichten und bislang unwidersprochenen Schriften jener jungen Menschen, es tatsächlich stattfindet, daß man den alten Menschen die Zähne herausnimmt, weil das Breiessen ganz einfach schneller geht, dann kommt zumindest mir ein kaltes Grausen über den Rücken. Ein kaltes Grausen, das jetzt nicht eine Untersuchung nach sich ziehen soll, unter dem Motto, da ist irgend etwas Grausliches passiert, wir müssen da Polizei und sonst etwas hinhetzen, sondern das uns dazu bringen soll, meine Damen und Herren, nachzudenken, ob es nicht in Wahrheit doch am System liegt. Und das System, meine Damen und Herren, und das sage ich als leidenschaftlicher Vertreter der Marktwirtschaft, das System heißt Rechenstift. Meine verehrten Damen und Herren, dieser Landtag ist dafür verantwortlich, daß die Gelder zur Verfügung gestellt werden, und dieser Landtag ist auch dafür verantwortlich, daß den Regierungsmitgliedern möglichst wenig Geld zur Verfügung gestellt wird, gerade soviel, wie sie zu ihrer Aufgabenerfüllung gerade noch brauchen, das heißt, um sie zu zwingen, höchste Sparsamkeit in ihrer Aufgabenerfüllung anzuwenden. Aber, meine Damen und Herren, dieser Landtag ist auch dazu da, mit solchen auftauchenden Problemen sich zu beschäftigen und darüber nachzudenken, inwieweit und wo sich die Sparsamkeit mit der Problemlösung widerspricht und welcher Thematik und welcher Zielsetzung in welchem Fall der Vorrang zu geben ist.

Meine Damen und Herren, die sparsame Pflege, das habe ich gelernt in einer Aussprache mit diesen jungen Menschen, die mich sehr beeindruckt haben, die sparsamste Pflege ist bekanntlich die sogenannte störungsfreie Pflege, wobei die Störung gegenüber dem Pflegepersonal nicht stattzufinden hat, damit es möglichst schnell seine Arbeiten verrichten kann. Sparsamkeit beim Personal, meine Damen und Herren, ist aber auch die wirksamste Sparsamkeit, und da werden wir ja heute noch mit dem Kollegen Stoisser einer Meinung sein, bei einer weiteren Debatte über die Wirtschaftspolitik, leider Gottes ist es ja so, daß die Personalkosten, ohne daß die einzelnen davon im Sack etwas sehen, so teuer geworden sind, daß man, wenn man wirklich sparen will, das leider beim Personal tun muß. Auch da werden wir eine Änderung, meine Damen und Herren, herbeiführen müssen. Und daher wird, und diesen Ausdruck habe ich in dieser Aussprache gelernt, daher wird auch in der Steiermark, wie es so schrecklich heißt, ins Bett gepflegt. Das heißt, derjenige, der dort liegt, der still ist, der nicht herumrennt, der niemanden belästigt, ist der angenehmste Patient oder der angenehmste Heiminsasse. Und das ist etwas Schreckliches, meine Damen und Herren, weil das Personal gezwungen ist, wenig Zeit aufzuwenden, weil die Erhalter, auch das Land Steiermark, gezwungen sind, wenig Personal aufzuwenden, weil man dem Personal nicht zumuten will, noch mehr Nerven aufzuwenden und noch mehr Belastungen auszuhalten. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, eines solches Systems ist, wie wir leider Gottes in den letzten Wochen in der Presse nachlesen konnten, das Ergebnis von Lainz. Denken wir an uns selbst, auch wenn wir keine nahestehenden Familienmitglieder derzeit in Heimen haben. Wir könnten ja in eine solche Situation kommen, und wir könnten irgendwann auch einmal

selbst in die Situation kommen, in einem solchen Heim leben zu müssen. Daher begrüße ich es ungeheuerlich, daß eine Gruppe junger Menschen, die mit unerhörtem Elan und Idealismus darangeht, diesen Beruf zu ergreifen, die Probleme aufgegriffen hat, die den Idealismus in Reinkultur uns nahebringen möchte, die die Probleme sehen und in dieser Treitmühle einfach nicht gleichgeschliffen werden wollen, nämlich mit der sogenannten Initiative zur Verbesserung der Situation alter Menschen hier an die Öffentlichkeit getreten ist. Sie setzen, das habe ich aus diesem Gespräch gelernt, Vertrauen in die Politik und in uns Politiker.

Meine Damen und Herren, sollten wir nicht zumindest heute beginnen, den Versuch zu unternehmen, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen? Ich habe, wie gesagt, mit ihnen Mitte der letzten Woche eine Aussprache gehabt, und ich bin tief beeindruckt vom Engagement und vom Willen zu verbessern, ich bin tief beeindruckt von dieser Überzeugung der jungen Menschen, uns überzeugen zu müssen, und ich war auch nach dem Gespräch tief beeindruckt, und ich weiß, daß am selben Tag sich der Herr Landesrat Tschernitz einer Aussprache gestellt hat, von dem zwar nicht ausgesprochenen, aber von den Gesichtern ablesbaren Entsetzen über die Hilflosigkeit der Politik in dieser Frage. Wir sollten uns bemühen, gerade diesen Eindruck der Hilflosigkeit nicht im Raum stehen zu lassen. Wir sollten uns bemühen, die Probleme offen anzugehen, und ich sage noch einmal, keine billigen vordergründigen Schuldzuweisungen zu machen, aber – und das bitte ich wirklich auch die Landesräte – keine Schönfärberei zu betreiben. Davon hat niemand etwas, weder die Heiminsassen noch das Gewissen derer, die diese Schönfärberei treffen, weil wir wissen, daß es anders ist. Wir sollten aber dann, das möchte ich dem Kollegen Dr. Lopatka sagen, nicht den Eindruck erwecken, als ob diese Thematik ein politisches Kampftema für den Landtag ist und in irgendeiner Weise nur geeignet wäre, hier politische und, wenn Sie wollen, parteipolitische Auseinandersetzungen zu haben. Das soll es nicht sein. Auch ich bin der Meinung, daß im privaten Bereich vieles viel besser gehen kann als in den öffentlichen Bereichen. Aber das soll doch um Himmels willen keine ideologische Grundtendenz sein. Genauso wie bei der Privatisierung soll doch nicht ideologisch entschieden werden, zu sagen: privat hat besser zu sein, und öffentlich hat schlechter zu sein. Versuchen wird doch genauso wie bei der Privatisierung, ich bin sicher, daß das ab der nächsten Landtagssitzung möglich sein wird, auch in dieser Frage ohne ideologischen Ballast ganz einfach unter den Grenzen der Vernunft an die Fragen heranzugehen und ganz sachlich auseinanderzuhalten, was kann man wie besser machen. Was kann man besser in der öffentlichen Hand erledigen und was besser im privaten Bereich. Ich würde daher darauf verzichten, heute auch hier Thesen zu predigen, was absolut besser zu sein hat. Sondern ich schlage dem Hohen Landtag der Steiermark vor, daß wir heute ein Zeichen setzen, daß alle, aus welchen Parteien, Organisationen, Familien, Grundhaltungen her auch immer sie kommen mögen, daß wir alle bereit und entschlossen sind, gemeinsam, und zwar nicht in öffentlichen Kampfdiskussionen, sondern in ruhigen Gesprächen gemeinsam die Probleme zu bereden. Ich schlage Ihnen daher vor – und das soll kein Mißtrauen gegenüber dem Herrn Landes-

rat sein, sondern eine Hilfsangebot –, daß wir in einem Resolutionsantrag, den ich Ihnen anschließend vortragen darf, heute einen Beschluß fassen, daß in den Endphasen dieses angekündigten Konzeptes des Herrn Landesrates für die Altenpflege ein Arbeitskreis mit herangezogen wird und mitarbeitet, der aus allen Gruppierungen und aus allen Parteien dieses Hauses besteht, um signalhaft zu sagen: Wir reden da alle gemeinsam miteinander, und wir tragen die Konzeptionen auch miteinander. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, hat folgenden Wortlaut: Die Aktualisierung der Problematik der Altenversorgung durch die schrecklichen Morde von Lainz sollte den Steiermärkischen Landtag dazu veranlassen, in aller Öffentlichkeit zu signalisieren, daß alle Parteien und Gruppierungen dieses Hauses entschlossen sind, die Problematik der Altenversorgung gemeinsam ohne Schönfärberei und ohne Schuldzuweisung zu lösen, und aus diesem Grund soll das zuständige Ressort der Landesregierung aufgefordert werden, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus allen Parteien und Experten – und ich sage dazu, auch aus jenen jungen Menschen aus dieser Arbeitsgruppe, die sich jetzt öffentlich gemeldet haben –, zur Mitarbeit am Konzept heranzuziehen. Die unterfertigten Abgeordneten und diejenigen, die diesen Antrag hoffentlich auch unterstützen werden, stellen daher den Antrag: Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zu den Enderarbeiten des in der gegenständlichen Vorlage angekündigten gesamtsteirischen Konzeptes der Altenversorgung eine Arbeitsgruppe heranzuziehen, die aus Experten und Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien zusammengesetzt ist. Im übrigen ist zu versuchen, den angekündigten Termin 1992 zu unterschreiten. Meine Damen und Herren! Setzen wir in aller Öffentlichkeit ein Signal der Gemeinsamkeit, ein Signal des gemeinsamen Willens, damit die alten Menschen in unserem Land gut alt werden können, gemeinsam mit uns, die daran mitarbeiten werden. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP, SPÖ sowie von der Zuschauertribüne. – 11.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Bevor ich der Frau Abgeordneten Göber das Wort erteile, weise ich darauf hin, daß Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen von der Zuschauertribüne aus nicht erlaubt sind.

Abg. Göber (11.46 Uhr): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren!

Es wurde aber trotzdem geklatscht, und ich freue mich persönlich, daß die jungen Schülerinnen da sind, und im besonderen, daß Frau Dr. Horn ihre schwere Arbeit, aber auch ihre vielen Beispiele, die sie in der Steiermark gesetzt hat, ihren jungen Menschen weitergeben wird und ihnen nicht nur vermitteln wird, wie schwer ihr Beruf sein wird, sondern auch, wie schön er ist.

Seit Bestehen der Menschheit hat es immer Menschen gegeben, die zur Sicherung ihrer Existenz die Hilfe anderer brauchten. Dazu zählen die alten Menschen. Es war ein langer Weg bis zu einem Sozialhilfegesetz, das im Jahre 1977 in Kraft getreten ist. Wir haben kein einheitliches, wir haben neun Bundesländer und ebenso viele Gesetze. Das Steiermärkische

Sozialhilfegesetz besagt, daß durch Sozialhilfe jenen Personen die Führung eines menschenwürdigen Lebens ermöglicht werden soll, die dazu der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Das sind wiederum auch die alten Menschen. Wir haben in der Steiermark 16 Verbände und Graz extra. Sehr vieles wurde heute schon gesagt über die Pflege und über jene Menschen, die mit der Pflege von alten Menschen in der Zukunft betraut sein werden. Ich möchte mich nicht wiederholen, sondern den Vorrednern nur 100prozentig anschließen.

Ich möchte daher jetzt vielleicht die Situation der alten Menschen kurz beleuchten. Der alte Mensch lebte früher in der Familie. Aus welchen Gründen immer es heute nicht der Fall ist, dem müssen wir Rechnung tragen. Solange der Mensch in der Familie ist, fühlt er sich vielleicht geborgen, aber man muß auch heute zugeben, daß die Geborgenheit der alten Menschen nicht in allen Familien gegeben ist. Es gibt also Vorteile, wenn der alte Mensch sich zu Hause befindet, ich gebe aber zu, es gibt aber auch für den alten Menschen Nachteile, wenn er in der Familie ist. Wenn wir nun in diesem Bericht in Zukunft die Situation der alten Menschen beleuchten wollen, so würde ich schon sehr bitten, daß wir das etwas differenzieren. In diese Analysen muß meiner Meinung nach unbedingt etwas aufgenommen werden, eine sogenannte Dreiteilung. Ich rede von den älteren Menschen. Das ist nämlich eine ganz andere Altersgruppe wie vielleicht der alte Mensch, auch wieder ganz gleich, wo wir das glauben, ansetzen zu müssen, 70 oder darüber hinaus. Und die dritte Gruppe für mein Empfinden sind dann die pflegebedürftigen Alten. Da würde ich großen Wert legen, daß wir das dezidiert auseinanderhalten. Daß alte Menschen ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft sind, ich glaube, dazu muß ich keine Worte verlieren. Eines bedrückt mich immer: Wenn wir wo lesen, wie groß die Zahl der alten Menschen wird, so muß das für einen, der 50 oder 60 ist, bedrückend sein. Warum? Weil man immer Angst bekommen muß vor der enormen Überzahl der alten Menschen. Ich würde auch bitten, bei allen Betrachtungen das als Positivum einzubeziehen, aber nicht als Belastung. Die Politik trägt ganz sicher Verantwortung für die alten Menschen. Da würde ich daran denken, daß man für die sogenannte ältere Generation vielleicht doch eine gleitende Pensionszeit einführen könnte. Nicht jeder will mit 60 Jahren aufhören zu arbeiten und womöglich sich überflüssig vorkommen. Politik trägt auch Verantwortung, daß wir die Betreuung von alten Menschen nicht nur auf die obligatorischen Ausflüge beschränken. Der alte Mensch ist kein schwachsinniger Mensch. Das bitte ich auch, einmal zur Kenntnis zu nehmen. Die Politik trägt aber auch Verantwortung, daß die Wohnungen altersgerecht gebaut werden. Ich weiß nicht, ob es ganz vernünftig ist, wenn wir wieder Wohneinheiten nur für alte Leute bauen, die dann sehnsüchtig vom Fenster aus hinunterschauen können, wo jüngere oder ganz junge spielen. Ich glaube, auch hier muß uns eine Integration im Wohnbau genügen. Wie schon heute angeführt worden ist, auf jeder Ebene ist ein Ghetto für alte Menschen schlecht.

Ich möchte von unserem Bezirk, von meinem Bezirk Weiz, kurz erzählen. In meinem Bezirk haben wir drei

Alters- und Pflegeheime. Das eine in Gleisdorf mit 127 Betten, das andere in Weiz mit 121 Betten und das dritte in Birkfeld. Ich finde es einfach großartig, daß ein Bezirk drei Pensionistenheime mit Pflegestationen mehr oder minder finanziert. Diese Größen, die wir in unserem Bezirk haben, sind überschaubare Größen. Ich glaube, Frau Kammlander, ich bin sonst mit Ihrem Referat ganz einig, nur, wie Sie meinten, Pensionistenheime sind nur Ghettos, da bin ich nicht ganz Ihrer Meinung. Ich kenne alle drei in- und auswendig seit vielen Jahren und muß sagen, das sind familiäre Pensionistenheime. Im Vergleich zum Beispiel glaube ich, Lainz hat 3000. Da meine ich wohl, das sind keine Größen mehr, die zu verantworten sind. Da schiebt sicherlich einer die Verantwortung auf den anderen, und leiden muß dann der Bewohner dieser Häuser. Ich möchte aber auch, weil der Kollege Mag. Rader auch gemeint hat, Wirtschaftlichkeit spielt auch eine Rolle. Natürlich auch bei den Pensionistenheimen. Ich sage Ihnen jetzt unsere Tagsätze im Bezirk Weiz. Für ein Einbettzimmer liegen sie zwischen 195 und 200 Schilling und für ein Zweibettzimmer von 136 bis 140 Schilling.

Meine Damen und Herren, auch die Wirtschaftlichkeit spielt eine Rolle. Denn auch der Mindestrentner soll sich einen Heimplatz, so er will, leisten können. Die Landesheime, bitte, ich habe mir das herausgesucht aus dem Landesvoranschlag 1989, liegen ja wirklich in Mautern bei 440, Kindberg 390, Knittelfeld 410 Schilling. Ich sage das nicht, um andere zu diskriminieren, aber ich glaube, auch hier muß man nachdenken, warum kann ein Bezirkspensionistenheim anders geführt werden als Landesheime? Dazu sind bei uns pro drei Bewohner ein Bediensteter. Und ich habe beim Nachlesen so oft gelesen, meine Damen und Herren; der „Insasse“. Muß denn das wirklich sein, daß wir von unseren alten Menschen als „Insassen“ sprechen? Das sind, glaube ich, Bewohner unserer Heime, und pro 25 Bewohner gibt es bei uns eine diplomierte Krankenschwester. Die Nachtdienste werden nicht einsam, sondern zu zweit vollzogen. Ja, wie schaut die Kontrolle in so überschaubaren Größen aus? Bei uns müssen natürlich die Gemeinden gewaltige Summen dazubezahlen, und schon aus diesem Grund ist es ganz klar, daß die Gemeinden eine Kontrolle ausüben. Die richtige Größe ergibt auch eine Kontrolle, nicht zuletzt auch die Besucher, die ob der Kleinheit der Häuser ja alles mehr oder minder kontrollieren können. Heute möchte ich ganz besonders sagen, daß unser Bezirkshauptmann, Hofrat Dr. Schindelka, große Verdienste um unsere Heime hat. Sie sind alle drei umgebaut worden, und alle drei hat er so betrachtet, als wäre es sein eigenes Haus.

Was wollen die alten Leute für die Zukunft oder was brauchen sie? Meiner Meinung nach brauchen sie nach wie vor die Familie. Sie brauchen die Nachbarschaft, keine Frage, sie brauchen die Betreuung von jungen und gesunden Leuten zu Hause in ihren Wohnungen. Keine Frage, daß auch die Hauskrankenpflege etwas ganz Notwendiges ist. Ich spreche in beiden Fällen - Altenpflege und Hauskrankenpflege - auch von unserer Stadt Gleisdorf aus Erfahrung. Die Hauskrankenpflege funktioniert bei uns sehr gut. Nur ist es schrecklich, wenn die Hauskrankenpflegerin zu Hause in ihrem Badezimmer, wie es bis vor

kurzem war, die Instrumente auswaschen, auskochen muß, das darf kein haltbarer Zustand sein, denn dann sind Altenpfleger und Krankenpfleger wirklich überfordert. So viel Geld muß man wohl für die Hauskrankenpflege aufbringen können. Was ich nicht ganz verstehen kann, daß man immer erbringen soll, wieviel Krankenhausbetten durch die Hauskrankenpflege eingespart worden sind. Das, meine ich, ist kein einfaches Unterfangen. Ja, was wollen die alten Leute noch für die Zukunft? Ich glaube, wir brauchen trotz allem noch Pensionistenheime. Ich sehe nicht ein, daß in einem Bezirk drei sind und in manchen Bezirken überhaupt keine. Der alte Mensch soll in der Nähe seiner Freunde und seiner Familie leben können. Und auch, wenn die Krankenpflege bestens funktioniert, ist es möglich, daß irgendwann der Zeitpunkt kommt, wenn der alte Mensch zu Hause nicht mehr betreut werden kann, dann muß er doch in ein Pensionisten- oder Pflegeheim kommen. Ich stehe positiv zu den Heimen. Alle wissen wir, daß die Pensionistenheime sich gewandelt haben, daß sie heute in erster Linie Pflegestationen werden. Unser Verwalter in Gleisdorf hat gemeint, zuerst war es ungefähr acht zu zwei, acht Pensionisten zu zwei Pflegefällen. Heute ist es nahezu umgekehrt.

Ich weiß auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Bundeszuschuß zu den Pensionen von den alten Menschen hoch ist, daß er rund 60 Millionen Schilling beträgt. Verehrte Damen und Herren, auch das, glaube ich, brauchen unsere alten Menschen, daß wir ihnen nicht immer die Unsicherheit geben, wie ihre Pensionen gesichert sind, daß wir ihnen nicht immer vorrechnen, wieviel sie kosten, sondern ich glaube, dazu müssen wir aus dem politischen Leben beitragen, daß wir ein System erfinden oder ausarbeiten werden, daß sie nicht immer hören müssen, wie teuer sie uns kommen und es unter Umständen in Jahren keine Pension mehr für sie geben wird. Auch das brauchen die alten Menschen. Und sonst, würde ich meinen, gehen wir wieder zurück zu mehr Menschlichkeit. Ob es die alten Menschen sind, ob es die Behinderten sind oder die Einsamen oder die Unglücklichen. Zeigen wir wieder mehr Herz für unsere Mitmenschen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.59 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt.

Abg. Harmtodt (11.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte heute hier zum Tagesordnungspunkt 2 ganz kurz sprechen. Schon zum dritten Mal habe ich hier im Hohen Haus über unsere Pflegestation Feldbach gesprochen und auch diesbezüglich mehrere Anträge eingebracht. Seit 15 Jahren habe ich mich persönlich damit befaßt und um eine finanzielle Unterstützung gebeten. Leider war das bis heute noch nicht möglich. Wir haben erkannt, daß wir eine solche Einrichtung für unseren Grenzlandbezirk unbedingt brauchen, und haben wiederholt aufgezeigt, daß nicht das Land Steiermark solche Einrichtungen schaffen soll, weil sie zu teuer sind. Wir wissen, daß die Anschaffungskosten wesentlich höher liegen, wissen aber auch, daß die Folgekosten viel höher sind. Zum Beispiel darf ich folgendes sagen: Beim Landesbau in

Mautern waren die Kosten pro Bett 620.000 Schilling, und bei uns in Feldbach – und wir bauen ja, wie bekannt ist, in zwei Raten, und da ist die zweite Rate schon hochgerechnet – 300.000 Schilling. Also um mehr als die Hälfte billiger. Das wird ganz klar erkennbar, die Unterlagen habe ich bereits abgegeben. Außerdem fühlen sich die alten Menschen wohler, wenn sie im Bezirk bleiben können, weil sie da eher Besuche bekommen. Außerdem, das wurde heute schon mehrmals gesagt, sind kleinere Einheiten überschaubarer und menschenfreundlicher. Ich habe den Antrag der Abgeordnetenkollegen Halper und Genossen für die Errichtung einer Pflegestation in Voitsberg im Jahre 1984 ganz besonders unterstützt. Ich habe diese Vorteile aufgezeigt, allerdings habe ich damals hinzugefügt, daß wir in Feldbach die gleiche Förderung haben wollen, wie sie die Voitsberger bekommen haben. Wir sind aber auch mit einem Viertel der Kosten von Mautern zufrieden, das heißt, wir haben insgesamt 85 Betten, und wenn man das mit 150.000 berechnet, so haben wir eine Förderung, mit der wir zufrieden sind. Das, klarerweise, weil wir wissen, daß das Geld nicht vorhanden ist, aufgeteilt auf mehrere Jahre. Wir haben in unserem Bezirk die ärmsten Gemeinden und liegen mit Ausnahme der Stadt Feldbach österreichweit mit der Steuerkraftkopfquote an letzter Stelle. Viele Menschen bedauern uns, aber das hilft uns leider nichts, sondern was wir brauchen, sind Förderungsmittel. Eine Förderung, die für unsere Gemeinden notwendig ist, weil sie ja entlastet werden müssen. Ohne diese Förderung können die Gemeinden diese Einrichtungen nicht realisieren, und sie haben auch diesen Weiterbau aus Kostengründen abgelehnt. Ich habe die Unterlagen heute hier, werde sie dann auch übergeben, und ich hoffe, daß wir bald drankommen. Ich möchte noch eines hinzufügen: Wir haben ein neues Krankenhaus in Feldbach im Bau, und wir haben mehrere Besprechungen gehabt, und es wurde dort festgestellt, daß wir nicht größer werden, sondern wir haben ja weniger Betten. Voraussetzung ist aber unbedingt die Einrichtung einer Pflegestation. Ich bin daher fest überzeugt, daß unser geschätzter Landesrat Tschernitz hier seine Hände anlegen wird, und ich möchte schon jetzt für das Wollen und die Unterstützung meinen Dank aussprechen. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.04 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky.

Abg. Dr. Kalnoky (12.04 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Menschen verdrängen immer wieder Alter und Tod, und so kommen wir dann unvorbereitet in diese Situation, und es ist schade, aber auf der anderen Seite begrüßenswert, daß endlich dieses Thema durch diesen schockähnlichen Anlaß doch tiefer betrachtet wird. Wir haben jetzt sehr viel und vor allem viel Richtiges darüber gehört, wie die Situation der Pflegefälle verändert werden kann. Mir fehlt noch die Frage, warum gibt es so viele Pflegefälle. Ich glaube, wir müssen auch etwas tun, was in der Vergangenheit oft getan worden ist. Wenn die Menschen von einer Krankheit befallen worden sind, so hat es auch immer die Forderung gegeben, diese Krankheit zu verhindern. Pflege-

fälle sind sehr oft Ergebnisse von chronischen Krankheiten, und darüber haben wir oft gesprochen. Chronische Krankheiten beginnen früh, und vieles könnte verhindert werden. Pflegefälle sind auch meiner Meinung nach eine Warntafel für die Fehler unserer Zeit. Haben wir nicht auch oft ein falsches Vorurteil gegenüber dem Alter? Ist es nicht das gleiche mit anderer Interpretation, wenn ein Junger vergeblich ist, ist es ein Zeichen von Zerstretheit – wenn ein Älterer etwas vergißt, ein Zeichen von Verwirrung? Die WHO sagt für das Jahr 2000 als Ziel Nummer 1: Abbau sozialer Unterschiede. Das klingt fast für die Gesundheitspolitik als nicht themenentsprechend. Aber ich möchte behaupten, daß es einen ganz nahen Zusammenhang gibt zwischen der Proportion Alter zum Pflegefall und dem sozialen Gefälle. Letztendlich sind Pflegefälle sehr oft auch diejenigen, die nicht die Chance zu einer besseren Information gehabt haben oder auch nicht die Chance einer Anwendung von Heilung. Es gibt drei Gebiete für die Zukunft, die gleichzeitig mit der Pflege von kranken Menschen durchdacht werden müssen, wo immer die Arbeitswelt den Menschen krank macht, dort müssen wir schauen, diese krankmachenden Faktoren zu reduzieren, wo immer die Umwelt krankmachend ist, auch dort müssen wir schauen, das zu verhindern. Ganz wichtig aber kommt hinzu, daß krankmachende Lebensweisen von Menschen erkannt werden und daß dort, wo eben Zwänge in der Arbeitswelt vorläufig noch nicht aufgehoben sind, nicht solange zu warten, bis dort etwas geändert wird, sondern aus eigener Verantwortlichkeit mit der Unterstützung der öffentlichen Hand kompensatorische Tätigkeiten reagieren. Der alte Mensch darf nicht in die Isolation und damit in die Resignation kommen. Wir Abgeordnete, die Pflegeheime, Altersheime besuchen, sehen, daß dort die Menschen sich oft langsam von der Welt zurückziehen. Interesse und Begeisterung sind aber die Zündkerzen des menschlichen Motors, und wir müßten diese älteren Menschen in ihren Interessen und ihrer Begeisterung weiter unterstützen und miteinbeziehen in unser Leben. Ich glaube, das Altern ist eine Aufgabe, die nicht nur den Alten überlassen werden soll, sondern ist auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 12.08 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (12.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man heute unter diesem Tagesordnungspunkt und unter dieser Vorlage über die Situation der Landesaltenpflegeheime und der Altenheime diskutiert, so darf man nicht nur die Situation der Heime, die sich im Landesbesitz und in der Verwaltung des Landes befinden, sehen, sondern man muß auch die vielen Heime, die sich im Besitz beispielsweise von Gemeinden und Gemeindeverbänden befinden, sehen. Der Bezirk Mürzzuschlag hat frühzeitig eine große Kraftanstrengung gemacht. Über seinen Sozialhilfverband, den Zusammenschluß der Gemeinden, drei Bezirkspensionistenheime gebaut, ich sage frühzeitig, zu Anfang der fünfziger Jahre, die heute natür-

lich in ihrem Bestand zu verbessern sind. Eine große Kraftanstrengung für die Gemeinden, meine Damen und Herren, die nunmehr 14 Prozent ihres Budgets an den Sozialhilfverband als Umlage bezahlen, es ist wahrscheinlich eine der höchsten, die die Gemeinden in diesem Land leisten, und sind nunmehr natürlich auch auf die Hilfe des Landes angewiesen, und ich bin froh und dankbar, vor allem für unsere Gemeinden, daß es möglich ist, auch über die Wohnbauförderung Mittel zu erhalten, um die Umbauten, die in die Zigmillionenhöhe gehen, zu vollenden, anzugehen und auch zu betreiben. Die Frau Abgeordnete Göber hat bereits in ihrer Wortmeldung gesagt, daß die Pflegeabteilungen und die Pflegebetten in den Altenheimen groß geworden sind, daß, wenn früher auf einen Pflegling vier bis fünf andere Insassen gekommen sind, heute das Verhältnis fast umgekehrt ist. Auch unsere Bezirkspensionistenheime haben große Pflegeabteilungen, und wir wissen, daß es einfach nicht möglich ist, diese Menschen in den Landesaltenpflegeheimen unterzubringen. Aber es bedeutet für uns auch eine weitere Kraftanstrengung, weil die Personalkosten und alle anderen Folgekosten ja damit verbunden sind. Das Landesaltenpflegeheim in Kindberg ist ein sehr beehrtes Heim, ist laufend besetzt, und wir haben große Wartezeiten. Ich glaube, daß sicherlich hier in der Gesamtheit in dieser Problematik keine Vergleiche mit Lainz zu ziehen sind. Denn, meine Damen und Herren, Lainz war ein Versagen von bestimmten Personen. Und man sollte das Kind auch beim Namen nennen und nicht immer als Normalfall bezeichnen. Nicht die Allgemeinheit und das Sozialsystem haben in Lainz versagt und nicht die Schwestern, Pflegerinnen und Pfleger, sondern es waren andere, und man soll diese Verbrecher auch dorthin bringen, wo sie hingehören, denn sie haben Verbrechen begangen. Man kann hier nicht laufend alle verurteilen, die mit der Pflege verbunden sind und natürlich auch in der Frage dann in ihrer Art und Weise bezweifelt werden. Meine Damen und Herren, an jedem System gibt es sicherlich etwas zu bezweifeln, und an jedem System gibt es etwas zu kritisieren. Denken wir aber, daß wir dieses System in Österreich gemeinsam aufgebaut haben und daß dieses System nicht von heute auf morgen gewachsen ist, sondern immer ein Wollen und ein Willen aller in diesem Land Verantwortlichen war. Und wenn der Herr Dr. Lopatka heute gemeint hat, man sollte auf kleine Einheiten, überschaubare Einheiten zurückkommen, und man sollte auch in der Frage der Privatisierung einiges in diesem Bereich sehen, so darf ich nur daran erinnern, daß auch die privaten Altenheime und Pensionistenheime nicht immer ein Segen sind und daß auch in diesen privaten Heimen manches passiert und, meine Damen und Herren, viele aus dem Altwerden ein Geschäft machen. Es soll schließlich und endlich kein Geschäft sein, das man mit dem Altwerden macht, sondern es soll dazu dienen, daß älteren Menschen das Altwerden leichter gemacht wird. Es darf nicht auf dem Rücken der Bediensteten und alten Menschen die Kostenentwicklung, wie der Herr Kollege Mag. Rader gemeint hat, ausgetragen werden. Ich gebe ihm schon recht, es haben sich die Personalkosten hoch entwickelt, aber wir haben das ja im Grunde genommen gewollt, und wir haben das Beste für die älteren Menschen zu tun, daß sie auf ihre alten Tage das

bekommen, was sie sich eigentlich als Lohn für das, was sie geleistet haben, verdient haben. Meine Damen und Herren, nur Thesen zu entwickeln und immer alles zu kritisieren, ist der übliche Weg, den die FPÖ heute in diesem Land geht. 95-Prozent sind nur Kritik, aber keine Lösungsvorschläge. Und das Kritisieren ist wohl das Leichteste, das man tun kann, es ist aber leicht, jedem nach dem Mund zu reden, das bringt mehr Erfolg. Natürlich für kurze Zeit, aber auf lange Sicht wird auch das nicht von Erfolg beschieden sein.

Meine Damen und Herren, die Privatisierungen im Bereich des Gesundheitsdienstes mögen auch in diesem Bereich so zu sehen sein, daß man meint, es bringt einiges, aber ich sage Ihnen ganz offen, man hätte diese Dinge ja gerade in jenen Gemeinden, in denen die ÖVP die Mehrheit hat, in den letzten Jahren sehen können. Man hätte dort Seniorenwohnheime bauen können, wie Sie heute sagen und heute meinen, mit den Förderungen, die ja günstig sind, über gemeinnützige Träger, über Wohnbauträger, meine Damen und Herren, denn die Bedarfserhebungen haben das längst signalisiert. Wir haben nur alle miteinander auch in dieser Verantwortung immer wieder festgestellt, daß uns die nötigen Mittel fehlen. Und so meine ich, daß alle Worte, die heute gesagt worden sind, Anlaß sind, immer wieder zu versuchen, etwas zu verbessern, etwas besser zu machen, und sie sollen auch der Anlaß sein. Ich bitte Sie aber, in dieser gemeinsamen Verantwortung das Sozialsystem, das wir haben, so zu sehen, daß es für jeden funktioniert und vor allem für die Ärmsten in diesem Land, die der Hilfe bedürfen. Wünschen wir uns nicht englische Verhältnisse, wo durch Privatisierungen, vor allem auch im Gesundheitsdienst, heute verschiedene Möglichkeiten nicht mehr gegeben sind und wo auch in anderen Bereichen der Wirtschaft ein großes Versagen bestimmter Bereiche vorhanden ist. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das System ist schlecht!“) Ich hoffe, wir werden gemeinsam diesen Weg der Verantwortung in diesem Land auch in Zukunft gehen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 12.16 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (12.17 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine Situationsanalyse für ältere Menschen ist dringender notwendig denn je. Analyse ist ein Wort, das eigentlich sehr kalt und einfach wirkt, daß man hier die Problematik skizziert. Ich glaube, daß jeder ältere Mensch, der unabhängig ist und auf diese Analyse verzichten kann, reich gesegnet ist, auch in unserem sogenannten Sozialstaat. Es gibt viele Menschen, die glücklich sind und auch eine hohe Lebenserwartung haben und auch gesund bleiben, und zwar durch ein Engagement, wo sie ihren Körper und ihren Geist ständig trainieren. Wir kennen Menschen, die bis ins hohe Pensionsalter hier die Möglichkeiten ausschöpfen, ihren Eignungen nachzugehen, die sicher sich auch politisch betätigen. Wir haben in Graz leider einen Fall, wo Menschen, die zwar 90 Jahre alt sind, aber sich politisch betätigt haben, dann in Zeitungen belächelt werden. Ich kann Ihnen hier sagen, daß diese

Menschen, die sich auch politisch bis ins hohe Alter, vor allem umweltpolitisch, betätigen, mit ihrem Geist und ihrem Körper Interesse zeigen, was mit den Kindern, mit unseren Nachkommen passiert. Über diese Menschen via Medien zu lächeln, finde ich einfach eine unanständige Art und Weise, und ich möchte das hier im Landtag auch einmal feststellen.

Ich habe selbst Bezug bekommen zu Tätigkeiten auf dem sozialen Gebiet. Meine Frau war selbst als Studentin jahrelang im sozialen Hilfsring in Graz tätig und hat mir hier sehr viel berichtet, welche Probleme solchen privaten Wohlfahrtsorganisationen entgegenstehen. Ich möchte aber hier vorausschicken, daß es selbstverständlich notwendig und eine absolut hohe öffentliche Aufgabe ist, daß in Gemeinden vom Bund auch Pflegeheime kontrolliert werden. Leider hapert es, wie gesagt, an der Kontrolle und an der Öffnung dieser Pflegeanstalten. Nur möchte ich dann auch einen Vorschlag machen, wie man diese Ghettos durchbrechen kann, wie man wieder mehr Transparenz und Öffentlichkeit in öffentliche Pflegeanstalten hineinbringen kann.

Nun aber zu diesen privaten Wohlfahrtsorganisationen, Menschen, die helfen wollen, denen die Krankenpflege alter Menschen einfach am Herzen liegt, die mitleben und mitleiden mit älteren Menschen und sicher die Möglichkeit für einen älteren Menschen, nämlich die Pflege in seinem eigenen Heim hier zu forcieren, die sogenannte Hausbetreuung, die Pflege älterer Menschen in ihren eigenen vier Wänden. Nur kann man natürlich auch ohne finanzielle Mittel und ohne Mindestorganisation auch diese privaten Wohlfahrtsvereine schwer führen, obwohl, und das möchte ich bestätigen, das alles idealistische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, aber sie brauchen für Fahrten, für die Wäsche und so weiter Finanzen. Sie brauchen finanzielle Möglichkeiten, um den Menschen das zu bieten, was jeder an seinem Lebensabend, und vor allem, wenn er behindert ist, notwendig braucht. Ich möchte hier feststellen, daß dieser soziale Hilfsring in Graz mit lächerlichen Subventionen arbeitet, die nicht einmal der Rede wert sind und rückgerechnet etwa ein Zehntel eines Monatseinkommens eines Primararztes ausmachen. Überlegen Sie sich noch einmal. Daher glaube ich, daß der Antrag auch von der Seite, privatisieren, aber auch solche privaten Vereine zu subventionieren, voll gerechtfertigt ist. Ich habe einen Vorschlag gemacht, wie man wieder in diese fast geschlossenen Pflegeheime Transparenz bringen kann. Ich bin ein Vertreter und Anhänger der Gleichberechtigung, und ich glaube einfach, daß es an der Zeit ist, darüber zu sprechen, wie man jungen Menschen, vor allem jungen Mädchen, die aus der Schule kommen, die Möglichkeit bieten kann, einem Sozialdienst nachzugehen. Mein Vorschlag ist, einfach analog dem sogenannten Zivildienst beziehungsweise dem Wehrdienst bei männlichen Nachkommen in Österreich auch für die weiblichen Nachkommen einen verpflichtenden Sozialdienst auf mindestens ein halbes Jahr einzuführen. Warum? Weil wir einfach wollen, daß wieder ein Riegel gegen das Abschieben älterer Menschen vorgeschoben wird. Denn wir wissen, wenn hier junge Menschen von außen her in diese fast geschlossenen Abteilungen hineinkommen und die auch die Möglichkeit haben, draußen zu erzählen, was hier vorgeht, daß

doch gerechtere Dinge in diesen Abteilungen passieren werden. Wir reden immer von Kontrolle. Wir sagen, der Primararzt ist voll verantwortlich für das Pflegepersonal. Das stimmt nach dem Strafgesetz hundertprozentig. Aber nur hilft es nicht, jetzt über Tote zu jammern. Man muß jetzt aus der Situation heraus überlegen, wie man in Zukunft das einfach transparenter, durchlässiger auch für jede Information und Kontrolle machen kann. Ich glaube, es ist in Zeiten wie diesen keine Schande für einen jungen Menschen, der aus der Schule kommt, bei einer Altenbetreuung mitzuarbeiten, bei einer Behindertenbetreuung mit tätig zu sein und hier doch die staatliche Mindestorganisation einzusetzen und auch die nötige Subvention, damit junge Menschen auch mit den Problemen des Älterwerdens, des Krankwerdens von Menschen geschult werden. Ich sehe darin auch einen hohen pädagogischen Wert. Ich sehe auch den Wert, daß junge Menschen auch in der Behindertenbetreuung, in der Betreuung älterer Menschen geschult werden und daß man diesen Menschen, die tagtäglich mit diesen Dingen auf Grund der beruflichen Situation zu tun haben, auch die Möglichkeit gibt, daß sie auch sehen, daß sich andere Menschen in der Öffentlichkeit mit ihren ureigensten Problemen am Arbeitsplatz beschäftigen. In diesem Sinne glaube ich, daß es an der Zeit ist, diesen verpflichtenden Sozialdienst im Zuge der Gleichberechtigung einfach einmal politisch zu verlängern und sich den Kopf zu zerbrechen, inwieweit eine Öffnung dieser fast geschlossenen Pflegeanstalten durch frisches Blut von außen her, durch frische Menschen, die einfach nur helfen wollen – in jedem Menschen ist der Wille und der Wunsch zum Helfen, man muß nur die Möglichkeiten schaffen –, diese Anstalten wieder transparenter macht auf der einen Seite und daß man auf der anderen Seite private Wohlfahrtsorganisationen, wie zum Beispiel den sozialen Hilfsring von Graz, bei dem ich selbst Einblick bekommen habe durch meine Frau, die jahrelang dort tätig war, auch mit den nötigen öffentlichen Mitteln subventioniert. Danke. (12.25 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Sponer (12.25 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Nach fast zweistündiger Debatte hat fast jeder Debattenredner sich im Allgemeinen, aber auch im Speziellen mit der Problematik der älteren, der kranken und der hilfsbedürftigen Menschen befaßt. Es ist ja heute nicht die erste Diskussion, sondern erfreulicherweise hat es im heurigen Jahr schon mehrere Diskussionen in dieser Fachrichtung gegeben, und ich darf erinnern, daß seit mehr als zehn Jahren das Thema und Problem Hauskrankenpflege in diesem Hause diskutiert wurde und wird. Der Wermutstropfen dabei ist nur der, daß wir in dieser relativ langen Zeitspanne eigentlich noch nicht viel weitergekommen sind, und dafür gibt es auch bestimmte und besondere Gründe. Ich möchte noch eines heute feststellen: Man kann sagen, daß quer durch alle Bereiche Diskussionen, Vorschläge geführt und Wünsche vorgebracht wurden. Ich möchte ebenfalls feststellen, daß gute 95 Prozent der heutigen Redner es meines Erachtens sehr ehrlich gemeint und

auch sachlich zu diesem sensiblen Thema gesprochen haben. Es gibt eine einzige Ausnahme, nämlich die Wortmeldung des Kollegen Dr. Lopatka, aber dazu werde ich noch etwas sagen.

Vielleicht auch noch als Ergänzung darf ich feststellen: Es gibt eine Studie des Bundesinstitutes für das Gesundheitswesen in Österreich, und aus dieser geht hervor, daß 70 Prozent der älteren Generation in diesem Lande, der Senioren, für eine sogenannte Hauskrankenpflege plädieren und eingestellt sind. Das ist ein relativ hoher Prozentsatz. Wie schaut es aber in der Wirklichkeit aus? In Österreich gibt es 2304 Gemeinden. Von diesen bestehen in 216 Gemeinden Einsatzstellen für solche Hilfs- und Pflegedienste. Bei diesen 216 Gemeinden wiederum gibt es 943, die von diesen 216 mitbetreut werden. Unter dem Strich bleibt also über, daß 1145 Gemeinden in Österreich keine wie auch immer geartete oder notwendige Einrichtung haben. Das ist doch sehr bedenklich. Wenn wir das auf die Steiermark umlegen, so geht es uns auch in unserem Bundesland nicht viel besser. Meine Damen und Herren! Wenn der Kollege Dr. Lopatka, den ich heute zu den 5 Prozent zähle, mit dessen Äußerungen ich nicht einverstanden sein kann – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Mir hat das sehr gut gefallen!“) Das ist aber eine Geschmackssache, Kollege Dr. Eichinger, und ob das, was ich jetzt sagen werde, du auch noch für ausgezeichnet empfindest, das überlasse ich dir zu beurteilen!

Denn wenn der Kollege Dr. Lopatka von dieser Stelle aus sagt, er ist gegen den Ausbau und die Erweiterung von Landesaltenpflegeheimen, dann muß ich feststellen, daß er eigentlich sehr weit von der Realität und von den Sorgen und Problemen der Menschen in diesem Lande, die solche Einrichtungen brauchen, entfernt ist. Denn wenn er am Pulse dieser Menschen wäre, dann würde er eine solche Äußerung nicht machen. Ich weiß auch nicht, ob du jetzt noch immer sagst, es war eine ausgezeichnete Aussage, denn, meine Damen und Herren, und dazu zähle ich mich, diejenigen, die wir täglich mit der Bevölkerung in Kontakt sind, wir erleben es mindestens einmal wöchentlich, daß Verwandte, Kinder oder andere Familienangehörige bei uns vorsprechen und uns ersuchen, wir mögen ihnen behilflich sein, pflegebedürftige Angehörige in einem Heim unterzubringen. Warum ist das notwendig? Weil wir derzeit zuwenig Betten haben. Und wenn ich Knittelfeld zitieren darf, auf diesem Antrag bin ich mit Antragsteller, so darf ich dem Kollegen Lopatka sagen, daß derzeit die Wartezeit in Knittelfeld ein Jahr beträgt, daß etwa fünfzig bis sechzig alte Menschen vorgemerkt sind, und so traurig es klingt, muß ich sagen, es kann nur dann jemand berücksichtigt werden, in dieses Heim aufgenommen zu werden, wenn ein anderer ein Bett frei macht, indem er herausstirbt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Weil es keine anderen Einrichtungen gibt!“) Das sind die Probleme, mit denen wir beschäftigt sind, und daher kann ich nicht verstehen, daß, wenn auch ein junger Abgeordneter sich herstellt und sagt, er ist dagegen, und er versteht das nicht. Die gleichen Probleme haben ja auch unsere Kollegen im Bezirk Deutschlandsberg. (Abg. Dr. Lopatka: „Lesen Sie die Vorlage, das stimmt ja nicht!“) Es ist ja nicht von ungefähr, daß solche Einrichtungen gefordert wer-

den, sondern sie werden deshalb beantragt, weil es dafür eine Notwendigkeit gibt. (Abg. Dr. Lopatka: „Lesen Sie die Vorlage! Warum ist Deutschlandsberg von Ihrem Landesrat abgelehnt worden? Er wird sich wohl auskennen!“) Weil wir derzeit noch zuwenig Alternativen haben, um den Problemen zuleibe zu rücken. (Abg. Dr. Lopatka: „Von Ihrem Landesrat! Der wird sich wohl auskennen!“) Ich zitiere dich, Kollege Dr. Lopatka, was du hier gesagt hast, nämlich, daß du dagegen bist, daß solche Einrichtungen geschaffen werden. (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, gegen Großheime! Gegen anonyme Heime!“) Warum das abgelehnt worden ist, das ist wieder ein anderes Problem. Mir geht es hier um die Sache, daß sich ein Abgeordneter da herstellt und grundsätzlich erklärt, er ist dagegen, und er lehnt es ab. Das ist das, was ich kritisiere und was ich zum Vorwurf mache. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich bin gegen Großheime!“) Kollege Dr. Lopatka, und noch eines: Ich finde es, ich möchte sagen, unerhört, es ist zwar nicht der Stil von mir, solche Worte zu gebrauchen, aber ich finde es unerhört, wenn sich ein Abgeordneter hier herstellt, so wie du heute, Funktionäre von Körperschaften, im konkreten der Gebietskrankenkasse, vorwirft, sie seien nicht in der Lage, ihre Tätigkeit auszuüben. Ich muß dir eines sagen: Vielleicht nimmst du dir das zu Herzen. Es wäre zweckmäßig, bevor man sich hier herstellt, Behauptungen aufstellt, sich vorher zu informieren. Ich nehme an, das heißt, ich nehme es nicht nur an, ich bin überzeugt davon, daß du heute von Dingen gesprochen hast, wovon du keine Ahnung hast. Denn hättest du nur ein bisschen eine Ahnung von den Dingen, die du hier behauptet hast, dann hättest du das nicht so formulieren können. Es ist leicht und billig, das sage ich dir auch, hier namentlich Funktionäre zu zitieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Wen habe ich zitiert?“) Gottlieb, Gennaro, es wurde der Präsident Sametz hier zitiert, denen du Vorwürfe machst, denen du vorhältst, sie seien nicht fähig, ihre Funktionen auszuführen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das Wort Gottlieb hat er nicht gesagt!“) Hat er auch gesagt, ich habe es mir aufgeschrieben, sonst hätte ich es hier jetzt nicht wiederholt. Wenn man von Dingen keine Ahnung hat, ist es besser, entweder man spricht nicht davon, oder man informiert sich vorher! Und wenn man sich vorher informiert hätte, so wie du, dann hätte es sicher eine andere Aussage geben müssen. (Abg. Dr. Lopatka: „Herr Kollege, ganz kurz noch einen Satz: Der Antrag war vom Landesrat Tschernitz zur Vorlage. Würde das Landesaltenpflegeheim Deutschlandsberg gebaut, Tschernitz-Aussage, so müssen aus derzeitiger Sicht erhebliche Auslastungsschwierigkeiten prognostiziert werden. Die Auslastung könnte nur sichergestellt werden, wenn Pfleglinge aus der gesamten Steiermark dort eingewiesen werden. Dies würde jedoch den Grundsätzen des Sozialdienstes widersprechen!“) Ja, aber was ist denn da Schlechtes, Kollege Dr. Lopatka? Du weißt zum Beispiel nicht, daß nach Radkersburg nicht einer, sondern mehrere Patienten oder Hilfsbedürftige von der Obersteiermark eingewiesen werden, weil wir sonst nirgends einen Platz haben. Daß es nicht ideal ist, bringt der Herr Landesrat ja zum Ausdruck. Ist uns auch klar! Aber trotzdem wird eine solche Möglichkeit von denjenigen angenommen, die eine solche Unterstützung brauchen. Kollege Dr. Lopatka, eines noch, und damit beschäftige ich mich

dann schon wieder mit etwas anderem. (Abg. Dr. Lopatka: „Es muß aus derzeitiger Sicht davon ausgegangen werden, daß auch langfristig das Konzept des Ausbaues...!“) Kollege Dr. Lopatka, jetzt habe ich gerade versucht, dir das zu erklären. Der Herr Landesrat Tschernitz wird es sicher auch noch tun. Aber entweder verstehst es nicht oder willst es nicht verstehen. Das ist meine Kritik, die ich heute bei dir übe.

Ich möchte abschließend zu dir nur noch eines sagen, es ist, glaube ich, nicht gut, auch in Zukunft Äußerungen zu tätigen, wie du sie heute hier getätigt hast, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, solche Äußerungen, solche unqualifizierte Äußerungen, wie du sie heute hier geäußert hast, führen dazu, daß die Politik und letztendlich auch die Politiker in der Öffentlichkeit keinen guten Eindruck machen. Das möchte ich dir dazu sagen.

Da waren einige unqualifizierte Äußerungen. (Abg. Dr. Lopatka: „Was war unqualifiziert?“) Das Beispiel, wie du die Vorwürfe an die Funktionäre der Gebietskrankenkasse geäußert hast! (Abg. Dr. Lopatka: „Auch die sind nicht heilig!“) Es redet keiner von heilig! Aber diese Äußerungen waren unqualifiziert und entbehren an und für sich jeder Grundlage! Ich darf dir noch eines sagen, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, er ist nicht da, und er war heute auch des öfteren leider nicht hier, wo es um die Debatte des Gesundheitswesens gegangen ist. Du hast hier gesagt, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth habe keine Antwort auf seine Anfragen bei der Gebietskrankenkasse bekommen. Kollege Dr. Lopatka, meiner Information nach warten die Leute bei der Gebietskrankenkasse heute noch auf ein Antwortschreiben des Herrn Landeshauptmannstellvertreters. Und es war bei der vorletzten Sitzung, da hat der Kollege Gennaro von hier aus das gleiche gesagt wie ich jetzt. (Abg. Dr. Lopatka: „Er hat geantwortet für Sametz!“) Du bist anscheinend schlecht informiert, der Herr Landeshauptmannstellvertreter ist leider nicht da, sonst könnte er dazu Stellung nehmen. Aber das gleiche hat der Kollege Gennaro bereits heuer hier gesagt, und es hat sich noch nichts geändert. Ich gebe dir noch einmal den guten Rat, bevor du Behauptungen aufstellst, informiere dich, damit solche Dinge nicht passieren! Aber, meine Damen und Herren, wieder zurück zum Thema. Der Begriff Hauskrankenpflege ist leider im Gesetz, auch im Bundesgesetz, nicht deutlich umschrieben. Ich glaube, auf Grund dieses Umstandes passiert es uns auch immer wieder, und das konnten wir auch heute in der Debatte wieder feststellen, daß viele Dinge verwechselt werden. Und auf Grund dieser Verwechslungen oder nicht definierbaren Aussagen war es einfach nicht möglich, in dieser ganzen Problematik weiterzukommen. Ich möchte folgendes versuchen hier, vielleicht hilft uns das auch in der weiteren Arbeit. Der Begriff Hauskrankenpflege ist an und für sich sehr umfassend, aber irreführend. Die Dinge, die wir meinen, sind in zwei Richtungen zu teilen, zum einen in die sogenannte Hauskrankenbehandlung, das wäre der medizinische Teil, der gesundheitliche Teil. Hier darf ich dazu sagen, wenn behauptet wurde, daß die Gebietskrankenkasse zum Beispiel dafür überhaupt nichts zahlt, möchte ich euch wieder von einem Irrtum befreien: das stimmt nicht, und zwar jeder Arztbesuch oder jeder Hausbesuch

eines Arztes und jedes Medikament werden selbstverständlich von der Gebietskrankenkasse bezahlt. Der zweite Begriff, die sogenannte Hauspflege, das betrifft ja wieder einen ganz anderen Teil, dafür ist natürlich der Krankenversicherungsträger nicht zuständig. Es ist zum Beispiel in den Erläuterungen des KRAZAF geklärt, auch in einem Bundesgesetz, daß die sogenannte Pflege nicht Angelegenheit des Sozialversicherungsträgers, sondern Landessache ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum zahlen die Salzburger?“) Daher, glaube ich, wäre es notwendig zu unterscheiden. Vor allen Dingen deshalb, damit wir wissen, wovon wir sprechen und was wir wollen. Wenn es uns nicht gelingt, diese zwei Begriffsbestimmungen auseinanderzuhalten, dann werden wir uns auch in Zukunft hart tun. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Warum geht es in anderen Bundesländern?“)

Erstens es gibt nur ein Modell, und das ist Salzburg. (Abg. Dr. Lopatka: „Oberösterreich, Niederösterreich!“) Die Salzburger Gebietskrankenkasse zahlt auch nicht für das Einkaufengehen, für das Fensterputzen, das Einheizen und, und, sondern die bezahlen nur das, was den medizinischen Teil betrifft, und nichts anderes ist bei uns in der Steiermark auch der Fall. Diese Dinge werden vom Krankenversicherungsträger bezahlt. Was nicht bezahlt wird, das sind die sogenannten Pflege- und Hilfsdienste, und das ist auch im ASV. Wer es nicht kennt, kann bitte dort nachlesen, es ist ganz klar umschrieben. Es ist sinnlos, darüber zu diskutieren, die Fakten stehen ja fest. Viel wichtiger ist es, daß wir einen Schritt weiterkommen, und vor allem, daß wir letztendlich wissen, wofür wir zuständig sind und was wir machen sollen. Das Ziel der Hauskrankenbehandlung sollte und müßte sein, daß der Patient, so er nicht eine so schwere Krankheit hat, daß er stationär eingewiesen werden muß, sondern in seiner häuslichen Umgebung bleiben kann, und der zweite Zielpunkt ist der, daß dadurch die Krankenanstalten entlastet werden. Daß das in der Wirklichkeit anders gespielt wird, das wissen wir, darüber haben wir schon gesprochen. Das wird auch ein Punkt sein, wo wir gemeinsam einen Weg finden müssen, um aus dieser Schlinge herauszukommen. Das Ziel der Hauspflege kann eigentlich nur das sein, daß ebenfalls der Patient, der noch nicht so schwer behindert und pflegebedürftig ist, daß er in ein Heim eingewiesen werden muß, ebenfalls zu Hause die nötige Pflege und Behandlung erfahren kann, was auch wieder bedeutet, daß unsere bestehenden Altenpflegeheime auch entlastet werden. Die Voraussetzungen, um nur einige zu nennen, um diese Ziele überhaupt zu erreichen, sind in erster Linie das Vorhandensein von Fachpersonal. Wir wissen, das wurde heute schon gesagt, daß wir auf dem Gebiet des Fachpersonals zu wenig haben. Eine zweite Notwendigkeit ist, daß auch die Inanspruchnahme in organisatorischer und finanzieller Hinsicht gegeben und gewährleistet sein muß. Zum Dritten, das ist eine ganz wichtige Aussage, die sogenannte Qualitätssicherung muß in beiden Bereichen gewährleistet sein. Wenn wir mit allen Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt wurden, arbeiten, so glaube ich, müssen wir zu einem Schluß kommen: Es muß die Zusammenarbeit geben zwischen den Ärzten, den diplomierten Pflegeschwestern, Krankenschwestern, den Heimhilfen, den Altenhilfen, den Aktionen „Essen auf Rädern“ und anderen mehr. Es wäre nicht sinnvoll, wenn es jetzt eine Unzahl

von Organisationen auch auf freiwilliger Basis gäbe, die sich um diese Problematik annehmen. Denn es müssen gewisse Voraussetzungen gegeben sein und geschaffen werden, und das kann meiner Meinung nach nur sein: In erster Linie durch die Mithilfe der Gemeinden, was die Organisation betrifft, dann noch die Caritas, die Volkshilfe, das Österreichische Rote Kreuz. Das sind meines Erachtens Einrichtungen, die auch in der Lage sind – um das schlechte Wort „flächendeckend“ zu gebrauchen, mir fällt aber kein anderes ein –, für die Steiermark in diesem Sinne wirksam zu werden. Eine zweite ganz wichtige Frage ist, wie das in Zukunft, vor allem von der finanziellen Seite her, bewältigt werden kann. Ich möchte sagen – und da komme ich noch auf die Anregung des Kollegen Mag. Rader, die er zum Schluß gemacht hat, als er meinte, daß eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden müßte –, für all das, was mit der Pflege zu tun hat und sich mit der Pflege beschäftigt in diesem Rahmen, haben wir eine Einrichtung, und diese ist der Sozialausschuß. Ich bin überzeugt, daß es in der Zukunft notwendig sein wird, daß sich der Sozialausschuß in unserem Lande wirklich öfters und intensiver mit diesen Fragen beschäftigt. Wenn das geschieht und wenn alle mittun und mitarbeiten, dann bin ich überzeugt, daß wir doch in absehbarer Zeit einige Schritte in dieser Problematik weiterkommen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.46 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Landesrat Tschernitz (12.46 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht vorweg eine Feststellung, daß eigentlich der Steiermärkische Landtag mit dem Beschluß des Sozialplanes ein ganz klares Bekenntnis abgelegt hat zur mobilen vor der stationären Behandlung der Menschen in unserem Lande. Ich habe diese Aufgabe übernommen, um die gute Sozialpolitik, die in diesem Lande gemacht wurde, fortzusetzen und natürlich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Ich glaube, wir haben gute Einrichtungen, und wir werden ohne diese Einrichtungen auch in Zukunft nicht auskommen, und vielleicht gerade die Frage des Abgeordneten Harmtodd beweist, daß natürlich auch in diesem Bereich ein Bedarf vorhanden ist. Ich danke ihm für die Unterlagen. Es haben ja vor einiger Zeit schon die Abgeordneten Freitag und Neuhold bei mir vorgesprochen. Nun sind die Unterlagen da, und ich darf sagen, daß ich diese Sache unterstützen werde. Wir werden selbstverständlich, und das habe ich vom Beginn weg gesagt, den Weg der Dezentralisierung gehen, dort wo es möglich ist, und wir werden versuchen, jene kleinen Einheiten zu schaffen, die die älteren Menschen in ihrer Umgebung wünschen, um damit ihren Lebensabend vielleicht noch lebenswerter zu gestalten. Natürlich wird man die Wirtschaftlichkeit immer mitbetrachten müssen. Nur glaube ich, daß Sozialpolitik nicht immer nach der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit betrachtet werden kann, sondern es wird gewisse Fakten geben, wo man sehr wohl das Maß wird anlegen müssen, aber ohne Subventionen in diesen Bereichen nicht auskommen wird. Wenn auch die Frau

Abgeordnete Kammländer in einer Presseaussendung vor kurzem gemeint hat, auch der Dritte im Bunde, der Landesrat Tschernitz, wie es so steirisch steht, „schert“ sich nicht um die Kranken und nicht um die Alten, dann ist das kein Vorwurf, Frau Abgeordnete, sondern wir wollen es Ihnen beweisen in Zukunft, daß wir sehr wohl für die Jugendwohlfahrt, für die Behindertenhilfe und auch für die Pflege der älteren Menschen eine positive Arbeit in diesem Lande leisten werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte wirklich allen Damen und Herren, die sich heute sehr ausführlich gerade mit der Pflege der älteren Menschen und mit dem Thema der Situationsanalyse auseinandergesetzt haben, ein herzliches Danke für ihre Ausführungen zum Ausdruck bringen. Ich kann eigentlich fast allen Ausführungen beipflichten und möchte dazu ergänzen, daß wir den Bereich der Betreuung und Pflege älterer Menschen nur mit einem eigenen Gesetz zufriedenstellend und sicherlich auch zukunftsweisend lösen werden können.

Ich meine dazu folgende Schwerpunkte, die in diesem Gesetz verankert sein müßten:

Erstens müßte ein Rechtsanspruch auf Kostenübernahme für mobile, aber auch für stationäre Betreuung bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit vorhanden sein. Es muß also diese Möglichkeit der mobilen und der stationären Frage dort mit einem Rechtsanspruch abgedeckt werden.

Zweitens glaube ich, daß wir die Festlegung des notwendigen Standards von Pflegeeinrichtungen im Hinblick auf personelle und auch bauliche Ausstattung fixieren werden müssen.

Drittens bin ich überzeugt, daß die Bewilligungspflicht und auch das Aufsichtsrecht für alle Altenbetreuungseinrichtungen durch die zuständige Rechtsabteilung 9 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, wie es bereits bei der Behindertenhilfe ist, durchgeführt werden muß.

Wir wissen, meine Damen und Herren, daß auf Bundesebene auch eine solche Diskussion über die Einrichtung einer Pflegeversicherung derzeit läuft. Es gibt derzeit eingerichtete Arbeitskreise, ich befürchte allerdings nur, und diese Befürchtung teilen sogar mehrere mit mir, da bin ich sicher nicht allein, daß eine bundesgesetzliche Regelung zur Verankerung der Pflege als Pflichtleistung in der Sozialversicherung in absehbarer Zeit nicht realisierbar sein wird. Auf Landesebene ist es jedoch auch meiner Meinung nach nicht vertretbar, die Lösung des derzeit unbefriedigenden Zustandes, keine ausreichende Absicherung zu haben bei Eintritt einer Pflegebedürftigkeit, zu verzögern, was wir uns vorstellen. Wir können das einfach nicht hinausschieben, und ich werde daher, und in meiner Rede zum Budget 1989 habe ich das angekündigt, bis Ende dieses Jahres den Entwurf eines steirischen Pflegehilfsgesetzes vorlegen.

Bereits heute darf ich Sie, meine Damen und Herren, dafür um Ihre Unterstützung ersuchen, nämlich insbesondere, weil es um die Aufbringung der Mittel gehen wird. Wir wissen, daß die Gemeinden heute an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt sind, wir wissen, daß wir auch im Land Steiermark eine gewisse Grenze der Belastbarkeit erreichen, und darum, glaube ich, müssen wir andere Wege finden, um diese

Mittel sicherzustellen. Ich glaube, wir müssen auch das gesamte Problem mehr in das Bewußtsein der Menschen bringen. Es haben sich auch alle Landessozialreferenten mit der Dringlichkeit und der Wichtigkeit dieser Sache im Sinne einer Regelung sehr eingehend befaßt, und in der letzten Sozialreferentenkonferenz im April dieses Jahres wurde auch darüber sehr ausführlich diskutiert und unter anderem auch folgender Beschluß gefaßt: Soweit eine gesetzliche Verankerung der Pflege als Pflichtleistung in der Sozialversicherung nicht erfolgt, sorgen die Sozialreferenten, als mögliche und vielleicht wirksame Maßnahme den Ausbau der Betreuungs- und Pflegedienste im Rahmen der Sozialhilfe zu beschleunigen, die gesamten Mittel, die wir dafür haben können - die Zuteilung zu meinem Ressort dieser KRAZAF-Mittel war ja verhältnismäßig gering -, müssen, wie es auch in anderen Bundesländern ist, verstärkt für diese Entwicklung eingesetzt werden. Es müssen kleine Einheiten gefördert werden und Gemeinden und kleine Institutionen unterstützt, um diese dezentralen Einrichtungen schaffen zu können.

Zur Frage der Verbesserung und Vereinheitlichung der Ausbildung von Altenpflege- und Betreuungspersonal darf ich vielleicht folgendes sagen: Meiner Meinung nach muß auch in das geplante Pflegehilfsgesetz eine entsprechende Regelung über die Ausbildungsvoraussetzung aufgenommen werden. Es wurden auch Gespräche geführt mit den Vertretern der Schulungsträger für die Ausbildung von Alten- und Pflegediensten.

Ich möchte nur abschließend zu dieser Frage auch mitteilen, daß die Sozialreferentenkonferenz der Bundesländer im April dieses Jahres ihre Beschlüsse, die sie schon im Jahre 1986 und 1987 erneuert hat, womit das Bundeskanzleramt beauftragt werden soll, besser gesagt nachdrücklich gefordert wird, die Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern als vierte Sparte des Krankenpflegepersonals endlich mitaufzunehmen. Ich glaube, das ist unbedingt notwendig und das muß unbedingt geschehen. Ich freue mich eigentlich darüber, daß sich so viele Damen und Herren des Hohen Hauses mit dieser so entscheidenden Frage der Pflege älterer Menschen und mit allen Zusammenhängen der Sozialpolitik auseinandergesetzt haben. Ich meine, daß es eine schwierige, aber sicherlich eine schöne Aufgabe für jeden einzelnen sein muß und daß es uns sicherlich gelingen wird, in Zusammenarbeit mit allen privaten Einrichtungen in unserer steirischen Heimat auch diese große Aufgabe, die vor uns steht, positiv bewältigen zu können. Ich darf Sie wirklich einladen, versuchen wir gemeinsam und verstärkt auch in das Bewußtsein der Menschen draußen diese so entscheidende Frage hineinzutragen, um wirklich auch in Zukunft jene Voraussetzungen zu schaffen, die wir auch in der nächsten Zeit brauchen werden. Ich möchte mich aber auch sehr herzlich natürlicherweise bei all jenen bedanken, die diese schwierige Aufgabe ausüben, ob es Pflegerinnen oder Pfleger sind, weil ich glaube, daß das wirklich eine große Leistung ist, die diese Menschen dort erbringen. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, einladen, mit uns gemeinsam zu versuchen, diese Aufgaben zu lösen, und ich ersuche Sie auch, daß wir gemeinsam versuchen sollten, jene Mittel und jene Voraussetzungen zu schaffen, die wir

brauchen werden, um in Zukunft diese großen Aufgaben zu bewältigen. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 12.57 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Strenitz (12.57 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Problem der alten Menschen reicht natürlich auch sehr weit in den Bereich der Spitäler hinein. Das ist nicht erst durch die schrecklichen Vorkommnisse in Lainz aktualisiert worden. Wir wissen, daß kaum 20 Prozent unserer Bevölkerung über 60 Jahre alt sind, aber in manchen Bereichen über 50 Prozent der Spitalsbetten von Sechzigjährigen belegt sind, weil der ältere Mensch natürlich vermehrt krankheitsanfällig ist. Nun ist im Zusammenhang mit den entsetzlichen Vorfällen in Lainz an mich die Frage herangetragen worden, ob das entsetzliche Ausmaß krimineller Personen waren oder ob vielleicht doch da oder dort im System unseres Spitalswesens mit die Ursache lag, und ich dehne diese Frage auf das System des steirischen Spitalswesens aus, denn das ist ja das, was Sie alle interessiert. Ich habe mich in den vergangenen Tagen und Wochen bemüht, Vertrauen zu festigen und dort, wo es verlorengegangen ist, wieder zu gewinnen. Und zwar Vertrauen unter allen Menschen, unter den Patienten, den Bediensteten, gleichgültig, ob Ärzte, Schwestern oder Sanitätshilfsdienst, den Vertretern der Medien. Ich habe nicht versucht, vordergründige Imagepflege zu betreiben und Probleme wegzudiskutieren, wo es diese Probleme gibt, sondern ich habe versucht, Fakten auf den Tisch zu legen und da und dort, und das sage ich jetzt auch zum Kollegen Mag. Rader hin, Unterschiede zwischen dem System der steirischen Spitäler und anderen Spitälern aufzuzeigen, wobei ich das gar nicht besserwissend und uns selbst immer wieder auf die Schulter klopfend tue, sondern durchaus auch selbstkritisch.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit etwas beginnen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, und es ist im Hause schon gesagt worden, und auch der Krankenanstaltenreferent sagt es mit voller Überzeugung: In unseren 21 Spitälern sind über 10.000 Frauen und Männer beschäftigt. Genaugenommen sind es 10.241 Bedienstete, Ärzte, Krankenschwestern, Sanitätshilfspersonal, Verwaltungsbedienstete. Der weitaus überwiegende Teil tut seine Arbeit korrekt, gut, brav, fleißig, aufopferungsvoll, und man sollte diesen Menschen den Dank aussprechen und Gerechtigkeit oder zumindest Fairness zuteil werden lassen. (Allgemeiner Beifall.) Jetzt, meine Damen und Herren, komme ich zum System. Und ich stelle gleich am Beginn die Frage: Haben wir zu wenig Personal in unseren Häusern? Als Krankenanstaltenreferent könnte und müßte ich sagen: Man kann in diesem so arbeits- und dienstleistungsintensiven Betrieb nie genug Personal haben. Aber ich füge hinzu, daß Sie und die Gesellschaft sich dessen bewußt sein müssen, was es kostet. Denn immerhin sind von den 6,5 Milliarden Schilling, die unsere Häuser in diesem Jahr verschlingen, 70 Prozent Personalkosten. Das ist kein Vorwurf. Diese 70 Prozent sind gut angelegt. Die absoluten Zahlen werden Ihnen wenig sagen. Es sind

1052 Ärzte, 3197 Krankenschwestern. Aber jetzt komme ich zu den Unterschieden zu anderen Bundesländern. Während in anderen Bundesländern zum Beispiel das Verhältnis zwischen diplomiertem Krankenpflegepersonal und Sanitätshilfsdienst 50 zu 50 ist und internationale Regeln 60 zu 40 vorschreiben, sind es in der Steiermark 67 Prozent diplomierter, ausgebildeter Krankenpflegefachdienst und 33 Prozent Sanitätshilfsdienst. Das bedeutet aber in der Praxis, daß jede Station in jedem unserer Häuser zu jeder Tages- und Nachtzeit zumindest von einer diplomierten Krankenschwester betreut ist. Die Belastung der Schwestern ist groß, das ist keine Frage. Aber unser System ist schwesternfreundlicher als etwa in Wien. Warum? Wien hat die 48-Stunden-Woche. Die steirischen Schwestern arbeiten 40 Stunden. Sie haben in Wien den „Radldienst“, diesen so ungeliebten, kräftezehrenden, familienfeindlichen Radldienst. Wir haben in der Steiermark eine Dienstenteilung ohne diesen Radldienst. Keine unserer Schwestern macht eine bezahlte Überstunde. Wenn es die Dienstenteilung erfordert, daß sie in einer Woche mehr als 40 Stunden arbeitet, so macht sie in der nächsten Woche weniger. Es gibt keine bezahlte Überstunde. Das ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber anderen Systemen. Dennoch stehe ich nicht an zu sagen, daß der Beruf unserer Schwestern schwer, aufopferungsvoll und großartig ist. Wir wissen, daß wir mit dem Schwesternnachwuchs Probleme haben. Das hat verschiedene Gründe. Einmal hängt das damit zusammen, daß unsere jungen Leute weniger werden. Wir haben vor 25 Jahren – ich habe es schon einmal im Zusammenhang mit der Diskussion um das Geburtshilfekonzert gesagt – in der Steiermark 26.000 Geburten gehabt. Im vergangenen Jahr sind es 13.000 gewesen. Das ist auch mit ein Grund, warum es immer weniger Menschen gibt, die diesen Beruf erlernen. Vielleicht ist es auch der Imageverlust, der jetzt durch manche Pressemeldungen eingetreten ist. Wir werden Schwestern auch für zusätzliche Dienste brauchen, für ambulante Dienste und für die Hauskrankenpflege. Weil Gutes immer noch verbessert werden kann – wir haben hervorragende Krankenpflegesschulen, die, nebstbei gesagt, in diesem Jahr 95 Millionen Schilling kosten –, habe ich die Weisung gegeben, diese Schulen mit jungen Schwestern bis an die Grenze des Möglichen vollzustopfen, bis an die Grenze der räumlichen und personellen Gegebenheiten, auch was das Lehrpersonal betrifft. Dazu nenne ich Ihnen die Vergleichszahlen. Im vergangenen Jahr haben wir in den ersten Jahrgängen der Schwesternschulen insgesamt 440 Schülerinnen gehabt. Ich habe vor wenigen Tagen die Weisung gegeben, die heurigen ersten Jahrgänge mit 530 Schülerinnen zu besetzen, das sind 90 in absoluten Zahlen oder fast 20 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Ich möchte Ihnen noch eine erfreuliche Mitteilung machen, weil ich genau weiß, welchen Mangel wir bei den paramedizinischen Berufen, bei den Schwestern, bei den Physiotherapeuten haben. Deshalb habe ich die Weisung gegeben, daß der physiotherapeutische Lehrgang heuer gegenüber dem letzten Jahr verdoppelt wird. Wir haben im vergangenen Jahr 25 junge Physiotherapeutinnen eingestellt, und wir werden heuer etwa 50 in diesen Kurs aufnehmen.

Weil hier zu Recht von der großen psychischen Belastung der Schwestern gesprochen wurde, vor

allem in jenen Bereichen und Abteilungen, wo Menschen liegen, die am Ende ihres Weges angelangt sind, und weil nun der Ruf nach Supervision aufgetreten ist – das ist ein Fachausdruck aus der Psychotherapie, auch dazu ein Wort: Wir haben, meine Damen und Herren, in unseren steirischen Häusern Ansätze einer solchen psychologischen Beratung unseres Personals. Es gibt im Landeskrankenhaus schon seit längerer Zeit vom Prof. Pieringer ein solches psychologisches College, das bislang auf freiwilliger Basis besucht wird. Wir haben am vergangenen Samstag in einer Sitzung des Gesellschafterausschusses den Herren Geschäftsführern die Weisung gegeben, alles zu unternehmen und vorzubereiten, daß wir eine solche psychologische Beratung und Betreuung für die Schwestern mindestens einmal im Monat an jeder Station unserer Häuser durchführen können. An notwendigen Dienstposten dürfte es nicht scheitern.

Darf ich schließlich auch noch ein paar Sätze zur Ärzteproblematik sagen und Ihre Aufmerksamkeit auf die Vorlage Nummer 3 lenken, mit der wir heute 30 zusätzliche Facharztbildungsstellen für dieses Land beschließen. Sie alle, die Sie draußen am Land arbeiten, kennen die Sorgen und Nöte, Sie kennen die Mangelfächer: Augen, HNO, Derma, Gyn und vieles andere mehr. Einer der Gründe dafür ist auch der Mangel an Ausbildungsstellen. 30 zusätzliche Dienstposten sind eine gewaltige Anstrengung des Landes, und ich glaube, das sollte man auch unterstreichen, denn 30 Ausbildungsstellen auf sechs Jahre, zu 15 Millionen Schilling im Jahr, kosten insgesamt 90 Millionen Schilling, die zu tragen sich das Land Steiermark zusätzlich bereit erklärt, um diesem Ärztemangel zumindest teilweise Herr zu werden. Wenn ich ergänze, daß wir am vergangenen Samstag beschlossen haben, Herr Kollege Dipl.-Ing. Hasiba sitzt hier, auch zusätzlich zehn Ausbildungsstellen für Radiologen und Anästhesisten zu schaffen und zu besetzen, dann sind es immerhin rund 40 Fachärztedienstposten mehr, deren Schaffung wir, ich sage es ohne Selbstgerechtigkeit, vor Lainz in Angriff genommen und in die Wege geleitet haben.

Darf ich auch zu den Ärztediensten, Ärztenachtdiensten, Ärztewochenenddiensten einiges sagen, weil das vor allem in der Presse eine große Rolle gespielt hat. Über dieses Thema gibt es eine sehr interessante theoretische Diskussion. Manche sagen, die Ärzte sollen im Radl arbeiten. Die Mehrheit der Fachleute sagt allerdings, das würde der Kontinuität und auch der Qualität der Patientenversorgung nicht sehr gut tun. Denn das hieße ja, daß jeder Patient dreimal am Tag einen anderen Arzt bekommt. Wir bleiben also bei dem System. Aber wir haben auch das im Gesellschafterausschuß gesagt und festgelegt, Kollege Dipl.-Ing. Hasiba wird das bestätigen, daß jedes Dienstsystem seine Grenze an der physischen und psychischen Belastbarkeit des Arztes hat, selbst wenn jemand kommt und sagt, ich mache es freiwillig. Aus diesem Grund haben wir die Herren Geschäftsführer angewiesen, in Hinkunft die Dienstpläne derart zu kontrollieren, daß solche gehäuften Dienste und damit möglichen Überlastungen von Ärzten ganz einfach nicht mehr vorkommen dürfen.

Darf ich, zum Vorletzten kommend, sagen: Es ist nach Lainz immer wieder behauptet worden, jetzt

werdet ihr wach und munter, und jetzt redet ihr über die Reorganisation des Gesundheitssystems. Wir haben – auch ohne Selbstgerechtigkeit – schon lange vor Lainz auch in diesem Haus über die Reform unseres Gesundheitssystems geredet; ausgehend von der Tatsache, daß es immer mehr ältere Menschen gibt, ausgehend von der Kostenbelastung, die heute 60 Milliarden in Österreich pro Jahr ausmacht, und ausgehend von der Notwendigkeit, Akutbetten in Langzeitbetten und in Pflegebetten umzuwandeln, Modelle von Gesundheits- und Sozialsprengeln zu überdenken, die Hauskrankenpflege zu intensivieren, und zwar aus Kostengründen und aus Gründen der Menschlichkeit. Ich erinnere daran, daß dem Referat des Kollegen Prof. Jungwirth, er ist leider jetzt nicht hier, in den Parteiengesprächen 100 Millionen Schilling für den Ausbau dieser Dienste zugestanden wurden.

Ganz zum Schluß, meine Damen und Herren, und ich hoffe, ich habe Ihre Geduld nicht zu lange strapaziert, eine Grundsatzfrage, die eigentlich an die Gesellschaft gerichtet ist und die hinterfragen will, warum so viele Menschen in unseren Spitälern liegen, die eigentlich nicht dort liegen müßten. Simone Bovo hat ein hervorragendes Buch über das Alter geschrieben. Es ist ein zu Herzen gehendes, es ist ein lesenswertes Buch. Sie schreibt darin, eine Gesellschaft kann sich noch so sehr verstellen, sie ist daran zu erkennen, wie sie ihre alten und kranken Menschen behandelt. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind eine Gesellschaft, die allzusehr einem Jugendkult huldigt. Was jung ist, was kräftig ist, das lebt in unserer Gesellschaft, was alt ist, was krank ist, wird ausgegrenzt, wird abgeschoben. Das sind keine Schuldzuweisungen, das hängt mit der Kleinfamilie zusammen und mit der Kleinwohnung, mit den Problemen hygienischer Betreuung in kleinen Wohnungen, mit der Tatsache, daß viele Frauen heute ihre Erfüllung im Beruf finden, vielleicht auch ein bißchen mit unserem Egoismus; wir können es zu Weihnachten und zur Urlaubszeit an den Aufnahmezahlen unserer Häuser ablesen. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Gesellschaft gegenüber dem Alter und der Krankheit nach wie vor hilflos ist und daß wir alles dem Staat, den Krankenhäusern, den Altenpflegeheimen, jetzt auch der Hauskrankenpflege, die ja dann doch wieder nur von den Schwestern getragen werden soll, überantworten wollen, meine Damen und Herren. Es gibt viel Menschlichkeit in unseren Häusern, und es ist kein Gegensatz zwischen moderner Apparatemedizin und Menschlichkeit. Wir brauchen den Apparat, aber es ist kein Gegensatz zum freundlichen Wort im Spital, zum Anhören, zum Ernstnehmen. Sich zuzuwenden den Schwerkranken und den Sterbenden, das ist keine leichte Aufgabe. Und ich sage Ihnen eines, weil wir auch darüber diskutiert haben, ob es sinnvoll wäre, diese Dinge vorzuschreiben. Herzengüte und Menschlichkeit, meine Damen und Herren, können Sie auch mit einem Dekret nicht herbeizwingen, aber ich bin überzeugt, daß 99,9 Prozent unserer Bediensteten in unseren Häusern ein solches Dekret auch nicht brauchen würden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 13.11 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Ich gehe daher zur Abstimmung über. Es liegen mir auch zwei Beschlüßanträge vor.

Beschlüßanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Der Beschlüßantrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend den flächendeckenden Ausbau der sozialmedizinischen Pflegedienste, Hauskrankenpflege, ist nicht von vier Mitgliedern unterschrieben. Ich stelle daher gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Der Beschlüßantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Mitarbeit an einem gesamtsteirischen Konzept zur Altenversorgung, ist ebenfalls nicht von vier Mitgliedern unterschrieben. Ich stelle daher gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ich lasse zuerst über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/5, abstimmen, danach über den Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 476/2, sodann lasse ich über den Beschlüßantrag der Frau Abgeordneten Kammlander und dann über den Beschlüßantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter abstimmen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/5, ist somit mit Mehrheit angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 476/2, die Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 476/2, ist somit mit Mehrheit angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlüßantrag der Frau Abgeordneten Kammlander ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben.

Der Beschlüßantrag der Frau Abgeordneten Kammlander hat die erforderliche Mehrheit nicht gefunden.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Beschlüßantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlüßantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter hat die erforderliche Mehrheit nicht gefunden.

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 715/1, über die Vermehrung von Facharztausbildungsstellen in den Landeskrankenanstalten.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Schrittwieser, dem ich das Wort erteile.

Abg. Schrittwieser (13.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es handelt sich hier um die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 715/1, über die Vermehrung von Facharztausbildungsstellen in den Landeskrankenanstalten. Die Vorlage zeigt uns auf, daß österreichweit nach wie vor außerhalb der großen Städte ein empfindlicher Mangel an Fachärzten besteht. In der Steiermark allein sind derzeit 50 sogenannte Kassenplanstellen für Fachärzte unbesetzt. Die Steiermark ist in Österreich im Vergleich ungünstig daran. So hat das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen das Ergebnis einer Untersuchung der ärztlichen Versorgung in Österreich veröffentlicht. Aus diesem Bericht geht unter anderem hervor, daß die Arztdichte in Österreich zwar insgesamt im oberen Drittel der europäischen Staaten und damit nicht ungünstig liegt, jedoch stimmt die äußerst ungleiche Verteilung der Fachärzte auf die einzelnen Bundesländer, und vor allem zwischen den Stadtregionen und den Landregionen, bedenklich. Um nun einen Überblick über den Zusatzbedarf an Fachärzten zu bekommen, wurde von Bund und Ländern einvernehmlich beschlossen, in jedem Bundesland eine Erhebung über die Zahl der notwendigen Facharztausbildungsstellen in den nächsten zehn Jahren durchführen zu lassen. Als Mangelfächer ergeben sich daher besonders Augenheilkunde, Dermatologie, Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, Gynäkologie, Innere Medizin, Chirurgie, Orthopädie, Kinderheilkunde, Labormedizin und physikalische Medizin. Die Steiermärkische Landesregierung hat daher in ihrer Sitzung vom 13. März 1989 der Schaffung von zusätzlich 30 Facharztausbildungsstellen zugestimmt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher auf Grund des angeführten Beschlusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der vorstehende Bericht über die Facharztsituation in den Landeskrankenanstalten und in der freien Praxis sowie über die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen ärztlichen Versorgung in den Krankenanstalten und zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der medizinischen Versorgung der steirischen Bevölkerung durch niedergelassene Fachärzte beabsichtigte Einrichtung von zusätzlich 30 Facharztausbildungsstellen in den Mangelfächern und die Bereitstellung von Mitteln dafür durch das Land wird genehmigend zur Kenntnis genommen. (13.19 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

Abg. Günther Ofner (13.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Trotzdem über das Gesundheitswesen im besonderen Landesrat Dr. Strenitz schon sehr eingehend gesprochen hat, möchte ich zur gegenständlichen Vorlage Stellung nehmen, weil sich sehr deutlich zeigt, daß sich das Problem der ärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich besonders bemerkbar macht. Aus der gegenständlichen Vorlage geht sehr eindeutig hervor, daß die ärztliche, im besonderen die fachärztliche Versorgung in der Steiermark im Österreichvergleich sehr ungünstig liegt und in manchen Bezirken sogar katastrophal ist. 50 Kassenplanstellen für die

Fachärzte sind unbesetzt, und auch bei verstärkter Ausbildung wird sich die Situation in Zukunft wahrscheinlich kaum verbessern. Der Prognosetrend ist derzeit durch das zahlenmäßige Schrumpfen der jüngeren Altersgruppen geprägt, was auf eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung in der Steiermark hinweist. Diese Umschichtungen in der Bevölkerungsstruktur werden sich schon in naher Zukunft auf zwei Bereiche, auf das Gesundheits- und Sozialsystem, auswirken, da der zahlenmäßige Anstieg von älteren sowie hochbetagten Menschen in nächster Zeit noch beträchtlich zunehmen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Leistungsangebot der Gesundheitssysteme ist laufend gestiegen und wird noch weiter steigen. Mit dem Vertrauen zur Leistungsfähigkeit der Medizin werden immer mehr und im speziellen Beschwerden, wie zum Beispiel Alters-, seelische beziehungsweise soziale Beeinträchtigung, an die Medizin herangetragen. Auch das hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß ein Trend zur Spezialisierung und damit auch in die Richtung der Krankenhausversorgung abzeichnet, das heißt, ein hoher medizinischer Standard im städtischen Versorgungsbereich gegenüber einem Versorgungsdefizit im ländlichen Raum. Die Versorgungsbenachteiligung und die enormen Spitalerhaltungskosten werden sicherlich ein grundsätzliches Umdenken erfordern. Es müßte daher unser Ziel sein, meine Damen und Herren, eine Entlastung der Spitäler anzustreben und gleichzeitig den Ausbau der ambulanten Grundversorgung zu fördern. Wenn der Gesamtärztestand von 1954 bis 1988 auch um 28 Prozent gestiegen ist, bei den Fachärzten sogar um 91 Prozent und bei den Zahnärzten um 42 Prozent, so kann man in ländlichen Bereichen nicht viel verspüren, meine Damen und Herren, denn die größte Dichte von Fachärzten ist natürlich im städtischen Bereich, und ganz besonders in der Stadt Graz. Kommt in der Steiermark auf 1497 Personen ein Facharzt, so hat im Bezirk Murau ein Facharzt schon 4053 Personen und in Radkersburg, der der schlechtestversorgte Bezirk ist, 8557 Personen zu betreuen. Noch viel schlechter ist die Situation bei den Zahnärzten. Kommen auf einen niedergelassenen Zahnarzt in der Stadt Graz 1856 Personen, so sind es im Bezirk Murau 10.809 und im Bezirk Radkersburg 25.671 Personen. Bundesweit wird eine Zahl von 3000 empfohlen. Daß die Bevölkerung über diese Situation verzweifelt ist, versteht sich von selbst. Ich bin daher sehr froh, daß endlich die Wartezeit der Promoventen verkürzt und der Bettenschlüssel für die Ausbildungsstellen für Turnusärzte vermehrt wird. Daß zusätzlich – und das freut mich ganz besonders, Herr Landesrat – jetzt 40 Facharztausbildungsstellen eingerichtet werden. Ich glaube nur, daß man mit dieser Maßnahme auch den eklatanten Facharztmangel bei weitem nicht entschärfen wird können. Man sollte daher verstärkt darauf achten, daß Fachärzte sich in ländlichen Gebieten niederlassen. Die Gebietskrankenkasse – glaube ich – hat ja hier den richtigen Weg eingeschlagen; wie zuerst gesagt, der ländliche Bereich und dann erst wieder Planstellen für den städtischen Bereich. Es klingt, meine Damen und Herren, wie ein Hohn, wenn von der Ärztekammer von einer Medizinerschwemme gesprochen wird und auf der einen Seite ganze Bezirke keine Fachärzte, zum Beispiel Kinderfacharzt oder Augenfacharzt,

haben. Auch was die Schwesternausbildung betrifft, wurde heute schon sehr deutlich gesprochen. Auch hier müssen wir Sorge tragen, daß möglichst viele ausgebildet und auch dann von den Spitälern eingestellt werden. Ich möchte daher unserem Landesrat Dr. Strenitz sehr herzlich danken, daß er sich dieses Problems der Schwesternausbildung, aber auch der ärztlichen Versorgung ganz besonders annimmt. Die primärärztliche Versorgung in der Steiermark muß in nächster Zeit das ganze Augenmerk aller Verantwortlichen auf sich ziehen und einen besonderen Stellenwert erhalten. Auf die Vorbeugung, Vor- und Nachsorge sowie Gesundheitserziehung ist besonderes Augenmerk zu legen. Nur mit beiden Systemen werden wir die extreme Situation in Zukunft bewältigen können. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 13.26 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (13.26 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Ofner hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß wir eine schlimme Situation in der fachärztlichen Betreuung am Land haben. Das ist der eine Befund. Sie brauchen ja nur Ihre Kolleginnen und Kollegen zu fragen, wann und wo sie einmal einen Zahnarzt antreffen, einen Gynäkologen oder sonst einen Facharzt, zum Beispiel in Radkersburg. Dort ist es siebzehnmal schwieriger als in Graz. Sie haben auch Murau erwähnt, dort ist es achtmal schwieriger. (Abg. Günther Ofner: „Murau ist der vorletzte Bezirk!“) Also, es ist hier eine Aufteilung, die sehr ungerecht ist. Der zweite Trend, der hier sichtbar ist, ist der, daß es zwischen Österreich und der Steiermark auch einen Unterschied gibt. Auch in Österreich ist die fachärztliche Versorgung im Level besser als in der Steiermark. Das muß man einmal klarstellen. Das sind die zwei Ausgangsdaten, vor denen wir stehen, und jetzt muß man sich einmal fragen, warum das so ist. Da würde ich bei Ihnen fortsetzen, wieso es überhaupt dazu gekommen ist. Ich glaube, einmal ist der Grund der, daß wir in der Steiermark einen sehr hohen Anteil an Spitalsärzten haben. Wenn Sie etwa vergleichen die 1500 niedergelassenen mit etwa 1000 Spitalsärzten, so ist das ein Verhältnis, das in Niederösterreich oder Oberösterreich fast umgekehrt ist. Also, dort ist ein weit stärkerer Anteil der niedergelassenen und ein weit schwächerer der Spitalsärzte. Das heißt, wir haben in der Ärzteausbildung natürlich die Spitäler im Vordergrund, und dort bleiben bei uns so viele, weil es ihnen so gut gefällt oder was immer, und die niedergelassenen Ärzte haben sich sehr rasch angewöhnt, vor allem die praktischen, fast alles sofort und schnell in die Spitäler zu bringen. Das ist ein Grund, warum wir hier in der Steiermark eine etwas andere Situation haben. Ein zweiter Grund bitte ist von mir eine Vermutung; ich glaube, es ist europäisch ein Unikum, daß bei uns über die Stellen der niedergelassenen Ärzte ausschließlich die Interessensvertretungen entscheiden, Ärztekammer, Gebietskrankenkasse, während zuständige Gesundheits- oder Spitalsreferenten überhaupt keinen Einfluß nehmen können. Ich halte das für falsch. Hier wäre es dringend notwendig, daß wir die

entsprechenden Bestimmungen des ASVG novellieren. Es ist, glaube ich, schon seit einiger Zeit auf Anregung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth ein entsprechender Antrag nach Wien gegangen, damit ein Zustand hergestellt wird, wie er sonst in Europa üblich ist, daß nämlich der, der die Verantwortung trägt für die Gesundheitspolitik, auch einen Einfluß hat, wohin die Ärzte gehen, ins Spital oder sich niederlassen, wie viele Posten da sind und so weiter. Ich halte das für wirklich unumgänglich notwendig, daß wir in diese Richtung etwas unternehmen. Ein Zweites, oder Drittes schon. Die Frage der Ausbildungsstellen. Es ist richtig, daß das Land nunmehr eine ungeheure finanzielle Anstrengung übernimmt, rund insgesamt 40 neue Ausbildungsstellen zu schaffen. Allein die 30, die in dieser Vorlage zur Diskussion stehen, kosten, wie Dr. Strenitz schon gesagt hat, 90 Millionen Schilling für das Land. Die Frage, wieso haben wir den Bund hier so lange aus seiner Verpflichtung entlassen: Das muß ich wirklich fragen. Wenn Sie vergleichen etwa die Zahlen von Innsbruck und Graz, beides annähernd gleiche Kliniken, obwohl Innsbruck noch immer um 250 bis 300 weniger Studenten hat, um fast 500 weniger Betten an den Kliniken, hat Innsbruck um 70 Ärzteausbildungsstellen mehr als Graz. Um 70 Stellen mehr! Multiplizieren Sie das mit einem normalen Schlüssel von 500.000 Schilling, so sind das 35 Millionen Schilling, die wir weniger bekommen jährlich als Innsbruck. Wenn Sie außerdem wissen, daß der klinische Mehraufwand in Innsbruck mit 325 Millionen Schilling bestückt ist, der in der Steiermark mit 256 etwa, bedeutet das, wir haben einen Unterschied von 100 Millionen Schilling insgesamt zu Innsbruck. Da ersuche ich den Herrn Spitalslandesrat, daß er hier mit aller Vehemenz in Wien auftritt, damit dieser unhaltbare Zustand, daß wir allein die Last zu tragen haben, um aus dieser Situation herauszukommen, daß der endlich beendet wird. Ich glaube, es ist notwendig, daß man den Bund erinnert, daß es eben nicht nur Innsbruck gibt oder Salzburg, in dem Fall Wien stärker, sondern bitte auch die Steiermark und daß wir ganz dringend darauf drängen müssen, diese Ungerechtigkeit, 70 Dienstposten im ärztlichen Bereich weniger als Innsbruck, zu beseitigen. Nur nebenbei möchte ich sagen, es ist ja hanebüchen geradezu, wenn man sich das Bundesprinzip anschaut, wie hier der klinische Mehraufwand zum Beispiel auch für Arztstellen behandelt wird. Je kostengünstiger ein Spital, desto weniger Mittel bekommt man für die klinische Forschung, desto weniger Mittel bekommt man für solche Ausbildungsstellen. Warum? Weil man sagt, das wird nur im Ausmaß der Kosten, die anfallen, refundiert. Wer also ganz besonders verschwenderisch umgeht mit öffentlichen Mitteln, bekommt noch mehr vom klinischen Mehraufwand. Das ist geradezu pervers, und es wird höchst an der Zeit sein, das zu ändern. Graz hat die günstigsten klinischen Betten von ganz Österreich, das günstigste Bett, daher bekommt es am wenigsten zusätzliche Mittel von Wien. Das ist für jeden Normalverbraucher vollkommen unverständlich und gehört einmal sofort geändert. Ich glaube, daß in dem Zusammenhang es wichtig wäre, daß wir gemeinsam aufstehen und sagen, so können wir uns künftig nicht mehr behandeln lassen, ob vor Lainz oder nach Lainz, das hat damit gar nichts zu tun. Das hat mit einer normalen ärztlichen Versorgung zu tun.

Noch eines, die Vorlage sagt sehr richtig, man muß bei diesen 30 Dienstposten eine gewisse Bindung vorsehen. Wenn jemand sich jetzt ausbilden läßt, soll er gebunden werden, in der Steiermark sich niederzulassen. Ich glaube, daß das im Grundansatz richtig ist und einer Idee folgt, die in Niederösterreich schon ganz erfolgreich durchgeführt wurde, aber es ist zuwenig. Warum? Schauen Sie sich doch das Verhältnis Graz zu den übrigen Bezirken an. Wenn der sich auch in Graz niederlassen kann, bin ich der Meinung, ist der Sinn und Zweck dieser Vorlage verfehlt. Das heißt, man muß ihm sagen, bitte draußen in den Bezirken, und nicht in Graz. Also man müßte das Wort Steiermark präzisieren, ganz im Sinne Ihrer Ausführungen. (Abg. Günther Ofner: „Ich muß eines sagen: Die Ärztekammer verhindert in der Regel, daß ein Facharzt auf das Land hinausgeht. Die Gebietskrankenkasse hat Gott sei Dank eine andere Einstellung!“) Herr Kollege, das wäre einer der ganz seltenen Fälle, wo die sich nicht sehr einig sind in diesen Dingen. Würde mich wundern! Ihr Wort irgendwohin, in welches Ohr auch immer, aber es würde mich wundern, wenn es so wäre. Mir wäre es wichtig, daß sie sich nicht in Graz niederlassen, da haben wir eine ordentliche Dichte, sondern außerhalb. Und dann entsteht natürlich ganz schlicht die Frage nach der Sanktion. Wenn wir das da hineinschreiben, sie verpflichten sich, und dann geht er halt woanders hin, ja bitte, was geschieht dann? Ich würde schon bitten, daß man sich den Kopf darüber zerbricht, was dann passiert, wenn der entgegen seiner Verpflichtung ganz woanders hinzieht. Er kostet etwa 3 Millionen Schilling Ausbildung. Soll er da irgendwelche Kosten zurückzahlen, soll es sonst finanzielle Sanktionen geben oder schauen wir zu und winken beleidigt nach, wenn er wegzieht? Irgend etwas müssen wir uns einfallen lassen, weil sonst ist die ganze schöne Verpflichtung ein Stück Papier. Also, meine Bitte wäre, die Vorlage zu präzisieren in Richtung nicht Steiermark schlechthin, sondern Bezirke der Steiermark, und sich etwas einfallen lassen als Sanktion, weil sonst die ganze Bindung wirkungslos ist.

Darf ich noch etwas Letztes anfügen: Ich habe unlängst zufällig eine Ausgabe der „Neuen Zürcher“ in der Hand gehabt. Hier wird in der ETH Zürich ein Institut für Ethik errichtet. Ich habe ein Institut für Ethik schon vor vielen Jahren in Amerika gesehen, in Houston, dort ist es das größte Institut im Klinikverband. Warum? Dort setzen sie sich zusammen und beraten über den Sinn von medizinischen Behandlungen, über die Folgen von medizinischer Behandlung, dort werden die Schwestern geschult, auch menschlich umzugehen und so weiter, dort wird also versucht, Qualität in die Ausbildung zu bekommen. Ich würde vorschlagen, nicht nur die Quantität zu sehen, die wir heute hier ganz verdienstvoll beschleunigen, indem wir 30. Posten mit großem finanziellem Aufwand machen, sondern auch die Qualität zu verbessern. Ich glaube, es würde einer medizinischen Fakultät, einer Klinik gut anstehen, sich den Kopf zu zerbrechen, ob man nicht auch so etwas Ähnliches wie ein Institut für Ethik mit all den Auswirkungen für die Ausbildung nicht nur der Ärzte, sondern in der nächsten Folge auch der Schwestern und des SHD installieren sollte. Dann hätten wir nämlich sowohl die Quantität verbessert, als auch die Qualität verbessert. Das scheint vor allem im Lichte der jüngsten Diskussionen das fast

noch viel Notwendigere. Denn richtig ist, was auch Dr. Strenitz gesagt hat, ich kann durch mehr und mehr Dienstposten, durch mehr Gesetze, mehr Verordnungen ja nicht erreichen, daß die Geschichte menschlicher wird, besser wird. Weder im Spital noch außerhalb des Spitals. Aber ich könnte mir vorstellen, daß man durch eine solche Maßnahme, wie sie, wie gesagt, sogar im Bereich von Technischen Universitäten überlegt wird, daß man durch eine solche Maßnahme eine Qualitätsverbesserung erzielt. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 13.37 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Präsidentin Dr. Kalnoky.

Abg. Dr. Kalnoky (13.37 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Es gehört zum Fortschritt der Medizin, fachliche Qualifizierung zu fördern. Ich möchte am Beispiel der 28 freien Planstellen für Zahnärzte doch wieder darauf aufmerksam machen, daß hier sehr wohl die Frühförderung eine deutliche Erleichterung ergäbe. Wir wissen inzwischen, daß in der Steiermark 73 Prozent der sechsjährigen Kinder schon Karies haben mit einem deutlichen Stadt-Land-Gefälle. Das hat nicht nur damit zu tun, daß auf dem Land weniger Fachärzte sind, sondern ganz einfach müssen früh Aktionen unternommen werden, damit nicht auf dem Land die Kinder bis zu 100 Prozent Karies haben, wogegen hier in der Stadt auch mit Hilfe des Schulzahnambulatoriums letztendlich in ganzen Stadtteilen die Kinder nur zu 36 Prozent Karies haben. Ich möchte Sie alle auffordern, bei den Programmen in den Kindergärten oder der guten neuen Aktion „Milch – Zahnpaß“, die in Frohnleiten angefangen hat, diese Aktivitäten zu unterstützen. Wir wissen auch durch die Aktivitäten in den gesunden Gemeinden, daß ab dem Alter von 30 Jahren die Menschen bis zu 40 Prozent Prothesen haben. Auch das gehört später zur Altersbelastung, daß diese Menschen sich einfach schlechter und falsch ernähren müssen. In Schweden, in Skandinavien überhaupt, ist Zahnarzt zu werden schon lange kein Wunschtraum mehr, weil dort die Menschen so gute Zähne haben, daß die Zahnärzte zum Teil aus arabischen Ländern einreisen. Den schönen Spruch „Morgenstund hat Gold im Mund“ könnte man so abwandeln, daß die Frühförderung eben dieses Gold im Mund nicht mehr notwendig macht. Ich fordere Sie alle auf, mitzutun! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.40 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Strenitz (13.40 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hatte an sich nicht die Absicht, mich nochmals zum Wort zu melden, nachdem ich das Facharztproblem vorhin im wesentlichen schon gestreift habe. Nun gibt es fast eine neue Diskussion, und vielleicht kann ich noch ein paar Details hinzufügen. Es gibt Ungleichheiten in der Ärzteproblematik. Das beginnt einmal mit dem Unterschied praktische Ärzte – Fachärzte. Meine Damen und Herren, wir sind heute in der Steiermark, was die praktischen Ärzte betrifft, fast auf dem Stand,

der notwendig ist. Das hat verschiedene Gründe. Wir haben jetzt vor allem auch mit einem neuen Betten-Ärzte-Schlüssel von 20 zu eins auf 15 zu eins im Turnus die Zahl der Ausbildungsstellen für Praktiker erhöht. Es gibt die Möglichkeit der Absolvierung von Lehrpraktiken draußen bei den niedergelassenen Praktikern, und das bedeutet insgesamt, daß das Durchschnittsalter der Praktiker, der niedergelassenen praktischen Ärzte in der Steiermark, heute bei 45 Jahren liegt, also durchaus erfreulich niedrig. Der große Unterschied besteht dann zu den Fachärzten. Wir haben österreichweit einen Mangel an Fachärzten, das ist schon gesagt worden, und die Steiermark ist besonders schlecht daran. Zur Untermauerung zwei Zahlen: Während in Österreich auf 10.000 Einwohner im Durchschnitt zehn Fachärzte entfallen, sind es in der Steiermark lediglich 8,5. Nach dem letzten Stand der Gebietskrankenkasse, und ich habe vor wenigen Tagen mit Präsident Sametz gesprochen, sind mit 1. April 1989 derzeit 77 Kassenplanstellen unbesetzt, davon „nur“ 14 Praktikerstellen, die übrigen insgesamt 63 sind Facharztstellen. Eine besondere Ungleichheit und Ungewichtigkeit ergibt sich auch im Verhältnis zwischen dem Land und der Stadt. Von allen Fachärzten, die in der Steiermark niedergelassen sind, haben 56 Prozent ihren Sitz in Graz. Eine weitere Zahl: 70 Prozent aller österreichischen Fachärzte sind in nur acht Städten, das heißt in den Landeshauptstädten, niedergelassen. Wenn wir jetzt versuchen, diesem Problem Herr zu werden, dann tun wir es in zweifacher Weise. Zum einen, daß wir die Ausbildungsmöglichkeiten erhöhen, das sind diese 40 Dienstposten, von denen heute gesprochen wurde. Zum zweiten durch den Versuch, die Ärzte an das Land zu binden. Ich habe mit vielen Ärzten auf der Klinik gesprochen. In den letzten fünf Jahren wurden zum Beispiel auf der Dermatologie fünf Dermatologen fertig. Alle fünf sind schnurstracks nach Wien gegangen, weil sie in Wien andere Bedingungen, sagen wir es heraus, lebensfähigere Praxen, um das so zu umschreiben, vorfinden. Es ist ein Versuch, diese nun zusätzlich auszubildenden Fachärzte an das Land zu binden, wie wir es schon zum Beispiel bei den Zahnärzten tun, wo wir nämlich Zahnarztbildungsstellen an jene vergeben, die sich verpflichtet, in unterversorgten Gebieten zu arbeiten.

Ein Letztes: Ich bin d'accord mit dem Kollegen Dr. Schilcher, wenn er sagt, erinnern wir den Bund an seine Verpflichtungen, was den klinischen Mehraufwand betrifft. Das Problem liegt in der Frage: Was ist die Grazer Klinik? Wir haben im Landeskrankenhaus in der Summe 2899 Betten systemisiert und vorgehalten. In Gesprächen mit dem seinerzeitigen Wissenschaftsminister Tuppy haben wir noch fixiert, daß die Grazer Klinik 2146 Betten umfassen würde, und alles andere wäre landschaftlicher Bereich – Innsbruck hat 1650. Aus dem Grund sind unsere klinischen Betten so relativ kostengünstig, weil sie nicht nur medizinische Spitzenversorgung anbieten, sondern auch Standardversorgung, die eher in den landschaftlichen Bereich fallen würde. Es würde uns hier einen großen Schritt weiterbringen, wenn sich das Land Steiermark entschließen würde, ein neues Standardkrankenhaus Graz-Süd zu errichten, um den klinischen Betrieb von den Standardfällen zu erleichtern und um uns die Diskussion mit dem Bund zu erleichtern. Ich habe schon vorhin gesagt, wir haben zwei oder drei Jahre

mit Tuppy verhandelt, wir sind in manchen Dingen weitergekommen, zum Beispiel was die Installierung vier neuer Ordinariate betrifft. Wir sind nicht weitergekommen, was den klinischen Mehraufwand betrifft, und ich bin durchaus bereit, mit Kollegen Dr. Schilcher gemeinsam nach Wien zum neuen Wissenschaftsminister Busek und auch zum Finanzminister Lacina zu fahren, um dort die steirischen Anliegen diesbezüglich zu vertreten. (Beifall bei der SPÖ. - 13.48 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (13.48 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte auf einen Punkt in der Diskussion zurückkommen, der meines Erachtens etwas untergegangen ist, nämlich auf einen Teil der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Schilcher. Es gibt in dieser ganzen Problematik einen Aspekt, der nicht übersehen werden darf. Wir haben sicherlich auf der einen Seite Facharztstellen, die unbesetzt sind in der Steiermark, so wie in anderen Bundesländern, und es wird auf der anderen Seite sehr bald immer mehr Ärzte geben, die fertig sind, die aber keine Stelle bekommen. Hier liegt nun also ein ganz besonderes Problem vor, nämlich, daß in Österreich auf Grund unserer Gesetzeslage Planstellen für Ärzte nur auf privatrechtlicher Basis abgehandelt und geschaffen werden zwischen den Sozialversicherungen, zwischen den Krankenkassen und der Ärztekammer. Diese beiden Einrichtungen sind laut ASVG, laut der gesetzlichen Situation die beiden Partner, die darüber zu bestimmen haben, wie viele Planstellen in einem Land sind und wo sie eingerichtet werden. Das heißt, die Gebietskörperschaft, die öffentliche Hand, vom Gesundheitsminister angefangen bis zu Landesregierungen, haben von der gesetzlichen Situation her keinerlei Recht, hier tätig zu werden. Der Hohe Landtag kann Pläne beschließen, er kann sich darüber äußern, daß dort und dort in jenem und diesem Bezirk mehr Fachärzte, mehr Planstellen notwendig wären. Von der gesetzlichen Situation her hat er keinerlei Einfluß darauf. Das ist eine Lage, die meines Erachtens, und das hat Dr. Schilcher gemeint, und ich möchte es unterstrichen haben, die einfach nicht mehr tragbar ist, und hier erhebt sich die dringende Notwendigkeit, auf der Ebene des Bundes, und das kann nur im Parlament in Wien geregelt werden, zu einer neuen Situation zu kommen. Es haben sich die Gesundheits- und Spitalsreferenten in der letzten Konferenz mit dieser Frage wiederum beschäftigt, und es gibt auch diesbezügliche Eingaben und Appelle an Ministerien und Parlament. Es hat auch kürzlich eine Konferenz in Wien stattgefunden, in der das Gesundheitsministerium, die Bundesländer und Ärztekammer und Krankenversicherung, der Hauptverband vertreten gewesen sind, und es haben sich hier natürlich Ärztekammer und Hauptverband im Gleichschritt gegen jede Änderung gewehrt, weil sie aus leicht verständlichen Gründen gegen eine solche Veränderung sind und gegen eine Mitsprache des Ministeriums oder der Länder. Der Stand der Verhandlungen ist der, daß man auf informeller Basis bereit ist, die Mitsprache

der Länder und des Ministeriums anzuerkennen, und nicht mehr. Das heißt mit anderen Worten: Es liegt der Hebel in diesem Fall am Parlament. Wenn sich die Parteien im Parlament dazu durchringen, daß sie durch eine Novellierung des ASVG eine Änderung der Situation herbeiführen wollen, dann werden wir diese Veränderung bekommen. Dann wird es möglich sein, daß diejenigen im Parlament oder im Landtag oder in der Landesregierung die Pläne für die ärztliche Versorgung in den Bezirken ausarbeiten, nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis bestimmen und mitbestimmen können. Es liegt also an der Frage der großen politischen Kräfte, ob hier miteinander auf der Ebene des Bundes im Nationalrat eine Änderung herbeigeführt wird oder nicht. Wünschenswert ist sie zweifelsohne für die Versorgung der Bevölkerung, speziell in den ländlichen Räumen. (Beifall bei der ÖVP. - 13.52 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

5. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 348/4, zum Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Grillitsch, Pußwald, Kröll und Kanduth, betreffend die Einstellung des monatlichen Amtstages der Finanzämter in Murau und Liezen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Kröll. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröll (13.53 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Konkret geht es in dieser Vorlage um die Einstellung der Lohnsteuersprechtage des Finanzamtes Judenburg für den Bezirk Murau und des Finanzamtes Liezen in den bisherigen Außenstellen. Auf Grund des Antrages der eben genannten Abgeordneten befaßte die Landesregierung das Bundesministerium für Finanzen mit dieser Frage. Das Ministerium sieht vor allem, wie es sagt, aus personellen Gründen keine Möglichkeit, die monatlichen Lohnsteuersprechtage im Bezirk Murau und im Bezirk Liezen aufrechtzuerhalten.

Der Ausschuß hat dem Bericht zugestimmt, und ich ersuche daher um Annahme. (13.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 533/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schützenhöfer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Kanduth und Pußwald, betreffend Maßnahmen der Bundesregierung zur Verhinderung der Evakuierung und Zerstörung von Tausenden rumänischen Dörfern und damit der Zerschlagung einer tausendjährigen europäischen Kultur und Geschichte.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Hans Steiner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Prof. DDr. Steiner (13.54 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

In dieser sehr traurigen und himmelschreienden Angelegenheit haben sich die genannten Abgeordneten an den Landtag gewandt mit einem Antrag, es möge die Landesregierung vorstellig werden bei der Bundesregierung, um hier Maßnahmen zu ergreifen, daß diesem Treiben in Rumänien Einhalt geboten werden möge. Es ist nun von der Landesregierung auf Grund des Antrages an die Bundesregierung herangetreten worden, und die Bundesregierung hat dazu Stellung genommen beziehungsweise das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Es wird darauf hingewiesen, daß in vielfältiger Form bereits Maßnahmen ergriffen worden sind vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gegenüber Rumänien, sei es bei der KSZE-Konferenz in Wien, sei es, daß der Botschafter von Rumänien zum Außenminister gebeten wurde, der Nationalrat selbst hat einen Entschließungsantrag gefaßt, es möge die Bundesregierung weiterhin vorstellig werden, um dieses Unglück der Zerstörung der Dörfer, über 800 Dörfer, eine Tradition in Rumänien, daß diese nicht zerstört werden. Es sind weiterhin dann Schritte unternommen worden, und es wird fortlaufend berichtet hier vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, was für Maßnahmen immer wieder geschehen sind. Bis zum Europarat ist Österreich vorstellig geworden. Dazu geht es noch um die Aufnahme der sogenannten „Landler“ in Österreich. Das sind diejenigen Leute, die Nachkommen derer, die aus der altösterreichisch-ungarischen Monarchie in das Gebiet des heutigen Rumänien ausgewandert sind. Sie mögen ohne Schwierigkeiten hier aufgenommen werden. Es wird aber vom Innenministerium hingewiesen, daß es nicht dieselbe Lage gibt in Österreich, wie es sie in der Bundesrepublik gibt, wo Leute aus Rumänien, wenn sie Deutsche sind, sofort als eingebürgerte Staatsbürger gelten. Es wird aber zusammenfassend gesagt, daß von seiten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten alle Schritte unternommen werden, auch in Zukunft, um hier dieses Übel, das voll im Gange ist, abzuwenden. Daher stellt die Steiermärkische Landesregierung den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen, den Bericht der Landesregierung, der mit den Inhalten ausgestattet ist von seiten der Bundesregierung, zur Kenntnis zu nehmen, und daß weiterhin die Landesregierung bemüht ist, immer wieder auch im Auswärtigen Amt vorstellig zu werden.

Ich stelle den Antrag um Kenntnisnahme dieser Vorlage. (13.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (13.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Berichterstatter hat es schon angeschnitten: Es handelt sich hier um eines der traurigsten Kapitel der Gegenwartsgeschichte von Europa. Rumänien, und vor allem die Bevölkerung, die davon betroffen ist, befindet sich in einer für uns kaum vorstellbaren Wirtschaftskrise. Wenn man in das Land kommt, fühlt man

sich zurückversetzt in eine Zeit, die mir nur aus Büchern und Filmen bekannt ist. Versorgungsnot, es fehlt selbst an Grundnahrungsmitteln und vor allem an Babynahrung. Für kranke Menschen gibt es überhaupt keine Krankenfürsorge, ebenso fehlt jede medikamentöse Versorgung. Ich habe selbst Fälle kennengelernt, wo man sich geweigert hat, und das paßt heute zum Tagesordnungspunkt 3, alte Menschen zu behandeln. Auch die Arbeitsbedingungen sind für uns nicht vorstellbar. Schichtarbeiter haben folgenden Schichtdienst: von 23.30 Uhr bis 8 Uhr früh, am nächsten Tag von 15 Uhr bis 23.30 Uhr und am Tag darauf von 8 Uhr bis 15 Uhr. Ausgegeben werden Durchhalteparolen, immer mit der Begründung, noch eine gewisse Zeit durchzuhalten, um die Auslandsschulden zu bezahlen. Jetzt bei der letzten Fahrt, als ich in Rumänien war, wann dann von den vernehmenden Sicherheitsbeamten bereits die Parole, weshalb kommt ihr überhaupt zu uns nach Rumänien, ihr Österreicher habt Auslandsschulden. Wir sind das einzige Land der Comecon-Staaten und überhaupt eines der wenigen Länder auf dieser Welt ohne Auslandsschulden. Die Landwirtschaft, die in Rumänien noch einen großen Teil der Wirtschaft einnimmt, ist in der Form organisiert, daß die gesamte Landwirtschaft im Eigentum des Staates ist, das heißt, alles, was angebaut wird, gehört dem Staat und geht fast zur Gänze in den Export. Werden Kleinigkeiten abgezweigt, gibt es Strafen. In Rumänien sind alle Lebensmittel rationiert und haben wirklich äußerst schlechte Qualität. Und hier beginnt nun für mich das Fehlverhalten Österreichs. Leider gehört auch Österreich zu den Importeuren rumänischer Agrarprodukte. Jahr für Jahr importieren wir aus Rumänien um mehr als 500 Millionen Schilling Agrarprodukte. Gemüse und Früchte, und das auf dem Rücken der rumänischen Bevölkerung und oft auch auf dem unserer Bauern. Wir importieren aus Rumänien auch Getreide und Mais in Millionenhöhe jährlich. Hier macht Österreich Geschäfte mit einem menschenverachtenden Regime. Die Folgen sind für die Bevölkerung in Rumänien, ich habe es schon angeschnitten, katastrophal. Denn neben der materiellen Not, die in dem Land herrscht, trifft man vor allem auf Angst und Schrecken. Gespräche kann man in Wirklichkeit nur dann führen, wenn kein Dritter dabeisteht. Die Kinder mißtrauen ihren Eltern und die Eltern den Kindern, wie ich es einige Male bemerkt habe. Diese negative Sonderstellung Rumäniens zeigt sich auch in diesen Tagen bei der Nachfolgekonzferenz der KSZE in London bei einer Tagung, bei der es um Berichterstattungsfreiheiten geht. Hier ist Rumänien im Gegensatz zur Tschechoslowakei und zur DDR, die ja auch sehr anfällig sind, der einzige Staat, der offen die Berichterstattung westlicher Korrespondenten als staatsfeindliche Propaganda ablehnt und sich daher dagegen ausspricht. Diese staatsfeindliche Propaganda ist ein gern gebrachter Vorwurf für Rumänen, aber auch für Österreicher, die hinunterfahren. So hatte ich nach meiner Vernehmung auch ein Protokoll zu unterschreiben, in dem natürlich die Rede von staatsfeindlicher Propaganda war. Wenn man sich diese Fakten vor Augen führt, dann darf man sich eigentlich nicht wundern, daß viele Menschen, und hier in Sonderheit junge und Angehörige der Minderheiten, nur mehr einen Ausweg sehen, nämlich die Flucht. Waren 1930 noch 750.000 Deutsche in Rumänien, waren es 1977

laut rumänischer Volkszählung noch 358.000, und heute sind es nur mehr rund 200.000. Unter diesen sind auch einige tausend, die Schätzungen liegen zwischen 2000 und 6000, deren Vorfahren aus der Steiermark kommen. Steierdorf, das zum Teil schon geschleift wurde, und Franzdorf sind bekanntlich steirische Gründungen; die Vorfahren kommen aus dem Ennstal, aus der Schladminger Region, Herr Abgeordneter Kröll wird heute noch zu diesem Thema sprechen. Den Minderheiten, allen voran den Ungarn, in Rumänien leben 2 Millionen Ungarn, wird das Leben äußerst schwer gemacht.

Das, was ich jetzt für die Deutschen sage, gilt natürlich auch für die anderen Minderheiten. Deutsche Ortsnamen sind verboten, deutsche Lehrer werden rumänischer Schulen zugewiesen und umgekehrt rumänische Lehrer deutschen Schulen. Wenn man in Dörfer kommt, die sehr abgelegen sind, wie Wolfsberg, das heute nur mehr Garina heißen darf, dann trifft man dort zu 100 Prozent noch auf eine Deutsch sprechende Bevölkerung mit einem Brauchtum, das auch bei uns vorherrschend ist. Aber was schickt man ins Dorf? Einen rumänischen Gendarmeriebeamten, damit es ordentlich funktioniert, und einen rumänischen Lehrer. Der letzte Schlag gegen diese Menschen, die noch eine kleine Privatsphäre gehabt haben, nämlich ihr eigenes Haus, ist dieses agroindustrielle Systematisierungsprogramm. Ich habe es selbst gesehen und fotografieren können, und diese Fotos habe ich Gott sei Dank nach Österreich bringen können, wie dort Geräte eingesetzt werden, die in Wirklichkeit völlig ungeeignet zum Abbruch von Häusern sind, um dieses Systematisierungsprogramm voranzutreiben. In letzter Zeit ist es eingeschränkt worden. Wenn man mit Rumänen spricht, so gehen die Begründungen auseinander. Die einen sagen, weil es Probleme mit der Treibstoffversorgung gibt und man die Geräte in der Landwirtschaft beziehungsweise im Bergbau oder anderen Bereichen braucht, die anderen meinen, daß in diesem Bereich tatsächlich der massive Protest aus dem Ausland geholfen hat. Den tatsächlichen Grund weiß ich nicht, Faktum ist, daß die Dorfzerstörungen nicht mehr in der Form vorangehen, wie es der Fall war. In dieser Situation jetzt zu Hause zu bleiben und nichts zu tun, habe ich für mich persönlich für falsch gehalten, und das war auch der Grund, warum ich nach Rumänien gefahren bin. Nicht einmal, sondern mehrmals. Denn es sind Nachrichten bekannt, daß Lebensmittelpakete, die geschickt werden, beschlagnahmt werden und dann gegen billiges Geld eigentlich, aber es sind Devisen, von Rumänien ins Ausland verschleudert werden. Es gibt konkrete Beispiele für solche Warenlieferungen, zum Beispiel nach Nordkorea. Andere Lebensmittelpakete werden bewußt monatelang zurückgehalten, und wenn dann verderbliche Waren in den Paketen sind, dann kann man sich vorstellen, in welchem Zustand die ankommen. Daher habe ich es für das Sinnvollste angesehen, Hilfsfahrten durchzuführen. Man kann natürlich mit solchen Hilfsfahrten nicht sehr viel ausrichten, aber man gibt den Leuten ein Zeichen, daß jenseits ihrer Grenze viele an sie denken und daß sie zumindest einen Hoffnungsschimmer haben. Da – ich habe es schon vorhin erwähnt – ist für mich schon furchtbar, wenn Österreich nach wie vor aus Rumänien Agrarprodukte importiert. Neben dieser caritativen humanitären Arbeit, glaube ich, ist es

aber die Aufgabe, daß wir politisch massiv gegen dieses System auftreten. Das war auch der Grund für den Antrag. Ich bin sehr froh, daß sich Außenminister Alois Mock – ich darf hier als unverdächtige Zeugen den ehemaligen FPÖ-Stadtpolitiker Tremmel erwähnen – große Verdienste erworben hat. Er hat versucht, eine Resolution bei der UNO einzubringen. Leider ist bei den anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen das Interesse an Rumänien nicht so groß, und diese Resolution hatte nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Österreich hat dieses wichtige Anliegen vor der UNO thematisiert, Alois Mock hat als Außenminister dazu auch vor der UNO gesprochen. Ich bin sehr froh, daß meine Ansicht, was diesen Boykott rumänischer Waren betrifft, im Einklang mit dem Alpenländischen Kulturverband ist, der sicherlich die Hilfsorganisation ist, die schon seit Jahren mit Abstand am meisten in der Rumänienhilfe geleistet hat.

Zusammenfassend möchte ich daher sagen, ich bitte alle hier im Landtag vertretenen Parteien, den politischen Protest ernst zu nehmen und fortzusetzen, denn die Menschen in Rumänien können sich selbst nicht helfen. Wenn sie sich selbst helfen wollen, dann büßen sie es mit ihrer Freiheit, und ich möchte hier keine Details sagen, aber das System weiß sich in diesen Fällen zu helfen. Die Rumänen brauchen daher unsere Hilfe. Wir können helfen und sollen es auch tun. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 14.05 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Minder.

Abg. Minder (14.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Aus den vorliegenden Unterlagen und aus den Berichten von Augenzeugen ergibt sich für uns ein Bild über staatliche Vorgänge in Rumänien, das in seiner Dramatik beinahe ans Irreale grenzt. Auf der anderen Seite werden Beschlüsse gefaßt, Memoranden abgegeben, Europarat, Generalversammlung der Vereinten Nationen, Menschenrechtskommission werden auf diese Handlungen aufmerksam gemacht. Jedoch mit Ohnmacht müssen wir zusehen, mit welcher Brutalität diese Diktatur ihre Pläne durchzieht, ohne Rücksicht auf Gefühle der Menschen, die dort betroffen sind, auf das wenige Hab und Gut, das Existenz und Heimat bedeutet. Trotz des geringen oder nicht vorhandenen Erfolges unserer Proteste und Interventionen darf Österreich nicht aufhören zu versuchen, weiter die Welt aufzurütteln. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie Willkür und grobes Unrecht den Menschen in Rumänien widerfährt und wertvolles Kulturgut unwiderruflich verlorengeht. Danke. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 14.06 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Göber.

Abg. Göber (14.07 Uhr): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich doch einige Anmerkungen mache, damit man spürt, was Rumänien war und was Rumänien ist. Rumänien ist eine Volksrepublik im Südosten Europas mit rund 17 Millionen Einwohnern. Es durchziehen Rumänien die Karpaten und umschlie-

Ben das Siebenbürgengebirge. Donau, Karpaten und Siebenbürgen sind uns Begriffe. Sie sind Ackerbauern, Viehzüchter, Waldhändler, sie betreiben Waldzucht. Es gibt viele Künstler, die Teppichwaren aus Rumänien waren berühmt und die Holzschnitzereien auch. Es wären in den letzten Jahren 85,7 Prozent der Bevölkerung Rumänen, 9,1 Prozent Magyaren und 2,2 Prozent Deutsche. Rumänien hat nach dem Zweiten Weltkrieg das planwirtschaftliche System der Sowjetunion übernommen. Bis 1945 war es ein reines Agrarland. Was mir auch sehr aufgefallen ist, als ich über Rumänien gelesen habe, es besteht eine siebenjährige Volksschulpflicht, doch meist ist nur ein vierjähriger Schulbesuch möglich. 1944 drängen die Russen in Rumänien ein, und 1947 mußte König Michael abdanken. Rumänien wurde eine Volksdemokratie.

Verehrte Damen und Herren! Die Dorfzerstörung und die Evakuierung der Rumänen geht uns alle an und geht uns allen sehr nahe. Die Landeshauptleutekonferenz und unser Landtag sind an die Bundesregierung herangetreten, und unser Außenminister hat alles unternommen, was für das Land Österreich notwendig und richtig war.

Die Menschenrechte werden mit Füßen getreten, und die Rechte der Minderheiten werden ignoriert. Wie stehen wir zur Rückführung der „Landler“ in Rumänien? Das ist jener Teil der deutschsprachigen Bevölkerung aus dem Gebiet des heutigen Österreich, die im 18. Jahrhundert ausgewandert sind. Es leben rund 4000 Landler und rund 2000 Banater Schwaben in Rumänien. Die Landler sind mit Österreich geschichtlich, kulturell verbunden. Die Sprache ist landlerisch, das ist eine oberösterreichische Mundart, sie kommen auch aus Bad Goisern, Bad Ischl, Wels, und es kommen auch welche aus der Obersteiermark. Rund in drei Ortschaften leben sie alle beisammen. Unsere Landeshauptmännerkonferenz meint, Hilfestellung sollte an Ort und Stelle passieren für die deutschsprachige Volksgruppe in Rumänien. Die sich aber außerstade fühlen, in Rumänien zu bleiben, sollen unsere großzügige Unterstützung erfahren. Ich möchte Ihnen einen Bericht geben über eine großartige Initiative der Österreichischen Frauenbewegung, federführend von der Frau Landesleiterin, unserer Frau Landesrätin Klasic, die schon vor vielen Jahren mit Hilfsaktionen an Ort und Stelle in Rumänien begonnen hat. Es sind mittlerweile sehr viele Pakete hinuntergeschickt worden, natürlich ausgewählte Pakete, nicht mit verderblichem Inhalt, sondern wirklich mit Inhalt, der sich hält. Die Frauen wußten auch, man muß sich da vorher sehr genau erkundigen, daß man die Pakete nicht unbedingt dorthin schickt, wo es Bahnhaltstellen gibt, deren gibt es nicht so viele, man muß die Pakete dort hinschicken, wo es Posthaltstellen gibt. Die Frauen praktizieren diese Hilfsaktion, wie gesagt, seit vielen Jahren. Was ganz wichtig ist, ist wie beim Helfen immer, die Stille, die Vorsicht, aber stetig.

Wie kommt man zu Adressen? Man kann die Pakete nicht blindlings schicken. Auch das ist eine mühsame Kleinarbeit. Die Österreichische Frauenbewegung hat sich mit dem Alpenländischen Kulturverband am Anfang in Verbindung gesetzt und die Ursprungsadressen von dort bekommen. Nachher sind Frauen hinuntergefahren, wieder in aller Stille, und diese Rumänien-Fahrten sind keine Urlaubsfahrten, sondern

haben ihre Kleidung, Medikamente, Lebensmittel unten abgeliefert, haben Kontaktpersonen gesucht und gefunden und wieder weitere Adressen mit heraufgebracht, und so läuft diese Aktion, wie gesagt, still, stetig und leise. Ich möchte sehr gerne heute auch der Österreichischen Bundesbahn danken, und zwar dem Bahnhof Graz, der den Frauen mit sehr viel Rat und Hilfe zur Seite gestanden ist. Es fehlt in Rumänien an allem. Die Aktionen werden weitergeführt, aber was alle jene Frauen erzählen, die in Rumänien waren, daß das auch ein wichtiger Aspekt ist, einfach der Kontakt mit den Menschen. Sie anhören, ihre Sorgen und Nöte zur Kenntnis nehmen und sie nicht in der Einsamkeit in Rumänien lassen, sondern daß sie spüren, wir sind bei ihnen. Für uns ist es sicher notwendig, in unserer Wohlstandszeit zu wissen, daß viele Kinder keine Milch haben, daß Frauen kein Mehl haben, um für die Familien zu kochen, und daß alte Leute keine Kohle haben, um Wärme zu finden. Eine Frau hat mir erzählt, und ich sage es wortwörtlich, das ehemals so reiche Land ist zu einem Käfig hungernder und friender Sklaven geworden. Die ganze Welt sollte mehr nach Rumänien schauen und sich mehr um Rumänien bemühen. Es ist das ärmste Land von Europa. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 14.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (14.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu dieser Vorlage möchte ich Sie bitten, die Diskussion breiter anzulegen und nicht nur bei der Evakuierung und Zerstörung von rumänischen Dörfern anzusetzen. Ohne daß ich diese Vorwürfe in irgend einer Weise abschwächen möchte! Als sich Rumänien mit Ceausescu an der Spitze Mitte der sechziger Jahre für eine Politik weg von Moskau entschied, geschah dies unter allgemeinem Beifall seitens des Westens. Für die USA war damit Rumänien ein interessantes Wirtschaftsterritorium, und die Großprojekte wurden vom internationalen Währungsfonds und der Weltbank auch großzügig gefördert. Der nach dem Krieg entstandene Modernisierungsbedarf Rumäniens führte zu radikalen Industrialisierungsprogrammen. Ich nenne den Donau-Schwarzmeer-Kanal, ein teures, wirtschaftlich sinnloses Unternehmen, dessen Bau das ganze Donaodelta zerstört hat. Die politische Ideologie in rumänischer Auslegung ist stark auf die Städte orientiert, und Verstädterung gilt in Rumänien als Wert an sich, und ländliche Gebiete gelten als Wohngegenden niederen Ranges. Dörfer sind stadähnlich zu machen, stand damals im Programm. Und diese zentralistische Entwicklungspolitik innerhalb Rumäniens unter Ceausescu hat bereits vor 15 Jahren mit der Auszehrung der Dörfer begonnen. Der groß angelegten Verwaltungsreform von 1968 lag ein Konzept zugrunde, in dem städtische Zentren, Dörfer mit Entwicklungsperspektiven und Dörfer ohne solche Perspektiven ausgewiesen wurden. Parallel dazu wurde das Bevölkerungswachstum durch ein generelles Verbot von Verhütungsmitteln und Abtreibung staatlich gesteuert. Die rumänischen Frauen sind einem Bspitzelungssystem ausgeliefert und werden unter Strafandrohung zu Gebärmaschinen erniedrigt. Und auch hier handelt

es sich seit Jahren um Menschenrechtsverletzungen. Sie sehen also, daß die Repression keine Frage der nationalen Minderheiten ist und daß massive Unterdrückung der Opposition alle Bevölkerungsteile in Rumänien trifft. Wie mir Rumänien-Reisende versichert haben, macht die Armut vor keiner Volksgruppe halt, ist der Ausverkauf der Produktion durch Westexporte bedingt und kann sich vielleicht jetzt etwas ändern, nachdem eine vorzeitige Tilgung der Schulden vor sich gegangen ist. Die Konzentration allein auf die Bedrohung des kulturellen Erbes und die Unterstützung der Nachkommen ehemaliger Österreicher wäre mir zu einseitig. Die Wahrung wertvollen europäischen Kulturerbes sollte uns auch nicht nur im Fall Rumänien bewußt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern, daß auch in der Steiermark seit den fünfziger Jahren für die bäuerliche Wirtschaftsweise als oberstes Kriterium die Rationalisierung der Produktion und des Lebens galt. Dieser Trend geht auch bei uns seit damals in die Richtung Einebnung der lokalen Unterschiede bei Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Aus Zeit- und Raumökonomie wurden auch die bäuerlichen Einrichtungen in der Steiermark in der Landwirtschaft immer zweckmäßiger, und oft mußten auch die alten Bauernhäuser den neuen weichen. Die Anpassung an städtische Normen hat auch unsere Dörfer zerstört. Eine einheitliche Stilform für das gesamte Bundesland wurde im Tätigkeitsbericht der Landeskammer noch 1962 empfohlen. Die Frage, wie denn das neue steirische Bauernhaus auszusehen habe, löste zwischen 1960 und 1970 heftige Debatten aus, und die kritisierte Landwirtschaftskammer vertrat damals die Meinung, daß es die Städter eigentlich nichts angehe, wie sich die Landbevölkerung ihre Häuser und ihre Landschaft einrichten würde. Nachzulesen im zweiten Band über das bäuerliche Leben in der Oststeiermark von den beiden Historikern Univ.-Doz. Stocker und Kaser. (Abg. Pörtl: „Das sind keine Bauern!“) Diesen Querverweis von der Erhaltung der rumänischen Dörfer zu den steirischen Dörfern mußte ich hier vorbringen, weil unsere bäuerliche Kultur auch lange ignoriert wurde. Spitzhacke und Bagger haben in der Steiermark auch unwiederbringlich dörfliche Ensembles zerstört, und es wird auch heute noch im Straßenbau einiges an Bausünden begangen. Ich bitte Sie, Menschenrecht und Kulturbedürfnisse umfassend zu sehen. Ich wünsche mir im großen Bereich der Menschenrechte und der Umweltrechte ein ähnlich kritisches Bewußtsein. Ich erinnere Sie an meinen Antrag von heute, wo es darum geht, die Regenwälder in Brasilien auch zu schützen. Sind Sie auch bereit, diesen Protest kundzutun gegen den Siegeszug der Zivilisation in Brasilien, den mittlerweile nur 20.000 von 10 Millionen Indianern überlebt haben? Als im Jänner der Urwaldschützer Chico Mendes ermordet wurde, weil er den Regenwald im Norden Brasiliens vor dem ehrgeizigen Zugriff der Kahlschläger schützen wollte, gab es zwar ein internationales Rauschen im Blätterwald, aber die Zerstörung des Regenwaldes schreitet weiter erschreckend fort. In Brasilien, im vergangenen Jahr, eine Fläche der Größe der Bundesrepublik, in Afrika in den letzten zehn Jahren 500.000 Quadratkilometer, das ist das Doppelte der BRD, und in Asien bis zum Jahr 2000 420.000 Quadratkilometer. Alles geopfert für die sogenannte Zivilisation. Ich bitte Sie, das in diesem Zusammen-

hang, ohne die Rumänien-Probleme abzuschwächen, auch zu bedenken. Danke. (14.21 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (14.21 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Sie erlauben, daß ich wieder ganz kurz zur Rumänien-Problematik zurückkehre. Wenn ich auch die Meinung teile, daß man Menschenrechtsfragen in großen Zusammenhängen sehen muß, so darf man gerade im Zusammenhang mit dieser Diskussion hier nicht übersehen, daß auch große Bereiche ein Zusammenschluß und eine Summe von vielen kleinen Bereichen sind. Wobei ich, bitte, diese Problematik in Rumänien als kleinen Bereich gar nicht sehen möchte. Den Querverweis zu den steirischen Bauernhäusern habe ich schwer verstanden, zugegebenermaßen, weil es hier wohl einen wesentlichen Unterschied gibt. Wir sind ein demokratisches Land mit demokratischen gesellschaftspolitischen Entwicklungen, in denen jeder seine Meinung äußern und auch jeder die Entwicklung mitentscheiden kann. Bei uns gibt es jedenfalls keine wahnsinnigen Diktatoren, die mit Schubraupen, nur weil es ihrem persönlichen Weltbild entspricht, große kulturelle Bereiche niederwälzen wollen.

Meine verehrten Damen und Herren! Es gab in diesem Zusammenhang im Landtag noch keine Diskussion, und das ist gut so, weil ich genau das teile, was die Frau Kollegin Göber sagt: Das Wesentliche im Helfen ist, daß es stetig, aber still stattfindet. Gerade dieser Bereich darf nicht mit Trommelwirbel stattfinden, denn so deutlich und dramatisch die Diskussion nach dem Mißgeschick, das dem Kollegen Dr. Lopatka passiert ist und gegen das wir ja Gott sei Dank einstimmig protestieren werden, wie ich gehört habe, und ich bin froh, daß dieser Vorschlag im Ausschuß von mir aufgenommen worden ist, aber auch dieses Mißgeschick hat zum Beispiel dazu geführt, daß mir etwa der Obmann des Alpenländischen Kulturverbandes mitteilen hat müssen, daß er das vergangene Wochenende nicht hinunterfahren konnte, weil es im Augenblick durch diese Emotionen, die es im Augenblick gibt, auch keinen Sinn hat, so daß es zumindest kurzfristig eine Irritation gegeben hat und diese Stille möglicherweise wieder abgewartet werden muß, bevor verschiedene Hilfsmaßnahmen wieder getätigt werden können. Dieser Bereich hat daher wirklich mit Vorsicht und ohne Trommelwirbel stattzufinden. Wo aber Trommelwirbel wesentlich ist, ist in den internationalen öffentlichen Erklärungen, um klarzustellen, daß die freie Welt dieses Unrecht, das dort geschieht, registriert und dagegen protestiert. Ich habe daher durchaus mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß man auch hier seitens des Außenministeriums einige Schritte versucht hat, und in diesem Bereich sollten auch alle politischen Organisationen immer wiederkehrend öffentlich aufmerksam machen, sollten allerdings nicht die konkreten, kleinen Hilfsmaßnahmen, die es in allen Bereichen gibt, vergessen – und ich halte es auch für falsch, sich herzustellen und zu sagen, bitte, ich weiß noch jemanden, und wir sind auch mitbeteiligt. Vergessen wir das, alle arbeiten daran,

das ist gut so, und keiner soll sich öffentlich besonders damit brüsten.

Meine Damen und Herren! Teilen wir also die einen Bereiche: Aufgreifen von Menschenrechtsverletzungen, Aufgreifen Demokratiegefährdeter, Aufgreifen von gesellschaftlichen Entwicklungen, die abzulehnen sind, und den zweiten Bereich der kleinen, persönlichen, stillen und stetigen Hilfe, für die auch wir seitens der Landesregierung Geld zur Verfügung stellen wollen. Es gibt einen diesbezüglichen Antrag im Haus, wie Sie wissen, seit einigen Wochen, und ich hoffe, daß die Landesregierung in aller Stille diese Geldmittel auch zur Verfügung stellen wird. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröll.

Abg. Kröll (14.25 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich glaube, wir alle sind betroffen von den authentischen Berichten und Erlebnissen und von dem, was wir aus den Medien wissen und aus dem Schriftverkehr, was sich in Rumänien abspielt. Ceausescu und sein Regime haben mit den Beschlüssen, Tausende rumänische Dörfer zu schleifen, Empörung und Ablehnung hervorgerufen. Damit wurde eine tausendjährige europäische Kultur und Geschichte zerschlagen und vielen Tausenden Mitbürgern und Familien sowie deren Nachkommen österreichischer, deutscher oder ungarischer Herkunft die Heimat genommen. Menschenrechte, und das wurde mehrmals heute schon ausgesprochen, und Minderheitenrechte wurden und werden wahrlich mit Füßen getreten. Aus der Vorlage geht hervor, daß sich in Österreich mit dieser Problematik das Parlament, die Bundesregierung, der Außenminister, die KSZE-Konferenz, die Landeshauptleutekonferenz, heute auch der Landtag hier in der Steiermark befaßt haben und befassen, um gegen diese Maßnahmen des kommunistischen Regimes zu protestieren und den Betroffenen zu helfen. Neben diesen öffentlichen Erklärungen des Protestes und mancher Hilfsaktionen haben sich besonders viele private Personen, Firmen und Institutionen sowie steirische Frauen unter der Initiative von Frau Landesrat Klasnic, religiöse Einrichtungen und zuletzt auch eine wichtige Jugendgruppe unter der Leitung von Dr. Reinhold Lopatka auf den Weg gemacht, vor Ort zu helfen. Nicht nur das, was man mitbringt, sondern auch das Beispiel zu geben, daß man Anteil nimmt, man lindert auch den Schmerz und die Not und das Leid, indem man mitträgt und Anteil nimmt. Persönlich bin ich stolz, daß der Rotaryklub Schladming aus Anlaß seines zehnjährigen Bestandes 1988 nicht weniger als 130.000 Schilling an Spenden zur Verfügung stellen konnte und für die Paketaktion der steirischen Frauen der Frau Landesrat Klasnic einen namhaften Betrag übergeben konnte. Ich hoffe, daß viele der Hauptbetroffenen solche Weihnachtspakete erhalten haben. Ich selbst habe erst jetzt vor wenigen Tagen eine Antwort auf ein Paket bekommen. Auf das zweite fehlt diesmal jede Reaktion. Ich fürchte, es ist nicht angekommen. Bei uns in Schladming haben wir 1983 gemeinsam mit der Heimatgemeinschaft der Banater Berglanddeutschen und dem Alpenländischen Kulturverein, der sich so sehr auch um diese Kontakte bemüht, eine große Zusammen-

kunft gehabt, und es war dort sehr stark spürbar, wie sie froh waren, auch wieder einmal hier zu sein, und auch umgekehrt, wie sehr sich alle geschworen haben, es unseren alten Landsleuten dort etwas leichter zu machen, indem man hilft. Bekanntlich ist unter Maria Theresia zwischen 1720 und 1793 eine sehr starke Umsiedelung gerade aus dem oberen Ennstal, aus dem Raum Schladming, aus dem steirischen Salzkammergut, aus dem Ausseer Land und auch noch aus dem Admonter Raum in die Erzgebirge des Banater Berglandes erfolgt. Es waren gerade Zimmerleute, Bergleute, Bergleute im besonderen, und handwerklich Ausgebildete, die dort eben im Sinne der Kaiserin Maria Theresia ihre handwerkliche Kunst und ihr Können zum Einsatz brachten. Mit ihrem Volkstum verpflanzten sie auch die Tradition und auch den Glauben. Es gibt dort sehr katholische und sehr protestantische Dorfansiedlungen, je nachdem, welche Gruppen aus welchen Dörfern des Ennstales, des Salzkammergutes, aus unserer steirischen Heimat in das Donautal der Karpaten gekommen ist. Besonders in Steierdorf ist unsere steirische Kultur stark ausgeprägt. Leider müssen wir hören und auch zur Kenntnis nehmen, leider, aber protestierend zur Kenntnis nehmen, daß Teile von Steierdorf schon geschleift sind. Die Leute sind trotz ihrer Verfolgung noch immer stolz darauf, daß sie steirisches oder auch oberösterreichisches Blut in ihren Adern haben, und die Nachkommen pflegen das im kulturellen Bereich, im religiösen Bereich, bei Familienfesten und dergleichen, soweit sie das tun konnten und nicht Gefahr liefen, da weiter verfolgt zu werden. Namen, meine Damen und Herren, wie Stocker und Walcher oder Schrempf waren und sind dort keine Seltenheit. Auch heute finden wir sie noch. Und es gibt heute noch in Steierdorf die Stockersiedlung, das ist einer jener damaligen Übersiedelten aus dem Raum Schladming, von dem und seiner Nachfolgeschaft diese ganze Siedlung den Namen trägt.

Hohes Haus, wir dürfen unsere alten Landsleute nicht vergessen. Wir haben aber heute auch eine gemeinsame Verpflichtung hier im Hohen Haus. Ich freue mich, daß ich, aus Schladming kommend, wo viele unserer Landsleute dort unten leben, die Ehre habe, als Schlußredner den Entschließungsantrag aller Abgeordneten des Hauses wegen der Vorkommnisse, die Dr. Reinhold Lopatka und seiner Reisegruppe zugestoßen sind, hier einbringen darf. Ich darf von der namentlichen Verlesung der Abgeordneten mit Ihrem Einverständnis Abstand nehmen, indem ich sage alle.

Bei einer Studien- und Informationsreise einer achtköpfigen Jugendgruppe unter der Leitung von Landtagsabgeordnetem Dr. Reinhold Lopatka wurde diese ohne Angabe von Gründen am 18. April 1989 festgenommen sowie die Reisepässe, Autopapiere und die Fotoausrüstung den Delegationsmitgliedern abgenommen. Die Delegation wurde stundenlang festgehalten und erst nach einem vierstündigen Einzelverhör von Dr. Lopatka unter der Bedingung freigelassen, die geplante Reiseroute zu ändern, keine Gespräche mit Einheimischen zu führen sowie sofort Rumänien zu verlassen. Die Wiederausfolgung des Fotomaterials wurde ebenso verweigert wie eine Kontaktaufnahme mit dem österreichischen Botschafter. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschlie-

Ben: Gegen die Vorgangsweise der Behinderung einer achtköpfigen Jugendgruppe unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Dr. Reinhold Lopatka am 18. April 1989 durch rumänische Behörden (Festnahme ohne Angabe von Gründen) sowie Abnahme von Reisepässen, Autopapieren und der Fotoausrüstung der Delegationsmitglieder, die im krassen Widerspruch zur Schlußakte von Helsinki und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht, zu protestieren. Nachfolgend alle eigenhändigen Unterschriften des Hohen Hauses. Ich darf um Annahme bitten und dem Herrn Präsidenten den Entschließungsantrag überreichen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 14.33 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pörtl.

Abg. Pörtl (14.33 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur einige Sätze: Es berührt einen doch, trotzdem daß man eine Nachbarin hat und das sehr begrenzt ist, wenn man die Ausführungen vergleicht, die sie hier deponiert hat, daß man Entwicklungen im oststeirischen Raum im Rahmen der Rumänien-Diskussion in den Raum stellt. Ich möchte wirklich in Erinnerung rufen, auch die positiven Dinge einer Modernisierung in das Blickfeld zu richten. Seit über einem Jahrzehnt wird für landschaftsgerechtes Bauen von dieser sogenannten Landwirtschaftskammer ein Preis jährlich verliehen. Wir erleben die Stadtfucht, und nicht die Landflucht, liebe Kollegin! (Abg. Mag. Rader: „War das verräterisch?“) Ist nicht verräterisch! Das ist ein Beweis, daß es in den ländlichen Gebieten und in den Dörfern ein pulsierendes Leben gibt. Nur das Büchschreiben ist wesentlich leichter aus der Perspektive, als einen positiven Beitrag zu einer Dorferneuerung und Dorfentwicklung zu betreiben. Wir haben eine Landkampagne, wo wir Stadt und Land zusammenführen, meine Damen und Herren.

Ich möchte nur abschließend sagen, es kann nicht wahr sein, wenn man überall hört, die Basis für den Fremdenverkehr, für die wirtschaftliche Entwicklung ist eine gesunde und lebendige Landwirtschaft, und auf der anderen Seite stellt man in den Raum, als hätten wir nur reine Unkultur in unseren Dörfern. Ich möchte das deponieren, daß wir nicht eine Schlagseite bekommen in den Dörfern. (Abg. Kammlander: „Das habe ich in dieser Ausschließlichkeit nicht behauptet!“) Wir diskutieren das privat weiter. Ich behaupte, das stimmt nicht! (Beifall bei der ÖVP. – 14.35 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich lasse zuerst über den Antrag des Berichterstatters abstimmen und sodann über den Beschlußantrag, der von allen Abgeordneten des Hohen Hauses unterzeichnet wurde.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den gemeinsamen Beschlußantrag aller Fraktionen gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag wurde somit einstimmig angenommen.

7. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Konsumentenschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 474/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Maitz und Dr. Hirschmann, betreffend die Errichtung eines Jugendgerichtshofes in Graz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz (14.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Das gegenständliche Stück befaßt sich mit der Errichtung eines Jugendgerichtshofes in Graz. Die Landesregierung hat sich an das Bundesministerium für Justiz gewandt. Die Antwort des Bundesministeriums zeigt, daß innerhalb der parlamentarischen Beratungen über die Regierungsvorlage eines Jugendgerichtsgesetzes 1988 die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung des Jugendgerichtes Graz geprüft wurde. Der Justiz-Ausschuß nahm Abstand von einer Reduzierung des Jugendgerichtes Graz auf eine Sonderzuständigkeit eines Grazer Bezirksgerichtes, hat jedoch keine Notwendigkeit gefunden, einen eigenen Jugendgerichtshof in Graz einzuführen. Diese Vorlage wurde im Ausschuß diskutiert, zur Kenntnis genommen. Ich stelle daher im Namen des Ausschusses für Jugend, Familie und Konsumentenschutz den Antrag, der Landtag wolle beschließen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. (14.37 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 717/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 785, KG. 66139 Leitring, Gerichtsbezirk Leibnitz, Dorfstraße 8.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tramusch. Er ist nicht hier, das macht der Dr. Ficzko.

Abg. Dr. Ficzko (14.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich hier den Bericht zu dieser Vorlage abgeben. Die Steiermärkische Landesregierung hat über den Abverkauf einer Liegenschaft in Leitring im Gerichtsbezirk Leibnitz, in dem Michael Pachernig junior wohnhaft ist, folgende Stellungnahme abgegeben: Im Jahre 1973 wurde im Rahmen der Wohnraumbeschaffung für besonders kinderreiche Familien die Liegenschaft gemeinsam mit dem Sozialhilfeverband Deutschlandsberg im Verhältnis drei Viertel Land Steiermark zu einem Viertel Sozialhilfeverband Deutschlandsberg von 3,125.000 Schilling angekauft. Derzeit wird von der Familie

Pachernig dafür ein monatlicher Mietzins von 1000 Schilling bezahlt. Der älteste Sohn der Familie von insgesamt sechs Mitgliedern stellt nunmehr den Antrag, dieses Objekt käuflich erwerben zu können. Von der Baubezirksleitung Leibnitz wurde eine Liegenschaftsbewertung durchgeführt. Die ergab einen Verkehrswert von 665.000 Schilling. Michael Pachernig junior erklärte sich bereit, diese Liegenschaft zu einem Kaufpreis von 670.000 Schilling zu erwerben, und außerdem erklärt er sich bereit, das Wohnrecht der Eltern auf Lebenszeit beziehungsweise den minderjährigen Geschwistern mindestens bis zu ihrer Großjährigkeit einzuräumen.

Ich darf deshalb hier namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Den Verkauf von drei Viertel Anteilen des Landes Steiermark an der Liegenschaft EZ. 785, KG. 66139 Leitring, Gerichtsbezirk Leibnitz, um den Betrag von 502.500 Schilling an Herrn Michael Pachernig junior zu genehmigen. (14.39 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 718/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Alois und Maria Putz, je einhalb, 8250 Reinberg 41, für das Bauvorhaben „Beigütl-Rohrbach“ der L 405, Vorauer Straße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel (14.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf namens des Finanz-Ausschusses zu dieser Grundstücks- und Objektseinelösung berichten, daß von seiten des gerichtlich beeideten Sachverständigen eine Entschädigung von 1,256.393 Schilling als angemessen und vertretbar erachtet wird. Weiter heißt es in der Vorlage, daß die Bedeckung dieses Erfordernisses im Landesvoranschlag 1989 gegeben ist. Da hierfür eine Entschädigung über das Limit von einer Million im Einzelfall zu leisten ist, ist die Genehmigung des Landtages erforderlich. Ich ersuche daher um die Zustimmung. (14.41 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11. Da bei diesen Tagesordnungspunkten ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben ist, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 67/10, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Dr. Dorfer, Purr, Göber, Kröll, Schrammel und Kollmann, betreffend Maßnahmen gegen Großmarktvorhaben in der Steiermark,

erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Ing. Hans Stoisser, das Wort.

Abg. Ing. Stoisser (14.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat über den Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Dr. Dorfer, Purr, Göber, Kröll, Schrammel und Kollmann folgenden Bericht erstattet: Durch Verordnung können Entwicklungsprogramme für Sachbereiche aufgestellt werden. Auf Grund der auch im gegenständlichen Antrag dargestellten aktuellen Probleme bei der Errichtung von Einkaufszentren in der Steiermark sowie zur Sicherung einer landesweiten Versorgungsinfrastruktur hat die Landesregierung über Antrag der Rechtsabteilung 3 in ihrer Sitzung vom 26. Mai 1986 die Erstellung eines Entwicklungsplanes zur Versorgungsinfrastruktur beschlossen, erarbeiten lassen und nach einer breiten Arbeit in der Öffentlichkeit mit den verschiedenen Gemeinden nach dem Raumordnungsgesetz eine Überarbeitung des Entwurfes durchgeführt. Über Empfehlung des Raumordnungsbeirates vom 19. Mai 1988 wurde sodann von der Landesregierung in ihrer Sitzung vom 6. Juni 1988 der Beschluß gefaßt, das Entwicklungsprogramm zur Versorgungsinfrastruktur, bestehend aus einer Verordnung und einer zeichnerischen Darstellung, zu erlassen. Die Verlautbarung erfolgte im Landesgesetzblatt Nr. 35/1988.

Seit Rechtswirksamwerden dieses Entwicklungsprogrammes werden durch die betroffene Rechtsabteilung und Fachabteilung sämtliche Großmarktvorhaben eingehend auf ihre Zulässigkeit überprüft und die Ausweisung von Kern-, Büro- und Geschäftsgebieten sowie Einkaufszentren I oder II an diesen Bestimmungen gemessen.

Die Steiermärkische Landesregierung und ich stellen im Namen des Ausschusses folgenden Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Dr. Dorfer, Purr, Göber, Kröll, Schrammel und Kollmann, betreffend Maßnahmen gegen Großmarktvorhaben in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (14.44 Uhr.)

Präsident: Zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 625/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Rupp, Purr, Prof. Dr. Eichinger und Schwab, betreffend Liberalisierungsmaßnahmen (Deregulierung) in der Wirtschaft,

erteile ich der Frau Abgeordneten Emmy Göber das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Göber (14.44 Uhr): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

In der Wirtschaft wird die individuelle Verhandlungs- und Vertragsfreiheit von Unternehmern, Arbeitnehmern und Konsumenten durch staatliche Eingriffe beschränkt. Diese Eingriffe beziehen sich in erster Linie auf die Funktion des Marktes, wobei sowohl ruinöse Konkurrenz als auch Monopolbildung verhindert werden sollen.

Bei diesen Regulierungsmaßnahmen soll der Staat jedoch nur die wünschenswerten Ziele in Form von Rahmenbestimmungen, nicht jedoch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte im einzelnen vorschreiben. Wie diese Zielsetzungen optimal erfüllt werden können, soll soweit wie möglich dem Wettbewerb überlassen bleiben.

Die allzu engen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes verhindern jegliche wirtschaftliche Bewegungsfreiheit. Sie sind so gefaßt, daß praktisch über jeden Unternehmer das Damoklesschwert empfindlicher Verwaltungsstrafen droht, auch dann, wenn er seine Mitarbeiter gut entlohnt und mit ihnen über die Arbeitszeit einig ist.

Da in einer dynamischen Wirtschaft immer neue Arbeitsaufgaben auftreten, wird der Spielraum für wirtschaftliches Handeln darauf eingeengt, was das Gesetz beziehungsweise die Verordnung erlaubt.

Derzeit dürften Lehrlinge im Fremdenverkehr nur an jedem zweiten Wochenende arbeiten. Dies ist bei Saisonbetrieben unsinnig, weil in der saisonfreien Zeit ohnehin keine Gäste kommen.

Änderungsbedürftig sind auch viele Arbeitsverbote für Lehrlinge.

Die Lockerung von Regulierungsmaßnahmen beziehungsweise ihre Änderung ist aus zwei Blickrichtungen zu sehen: Einerseits sollen positive Wirtschaftsimpulse die Folge sein, andererseits wären wirtschaftliche Nachteile für den Fall eines EG-Arrangements zu vermeiden.

Gleichzeitig sollen Leistungen und Dienstleistungen nur dann von öffentlichen Behörden erbracht werden, wenn deren öffentliche Bereitstellung kostengünstiger erfolgen kann als durch private Anbieter.

Deregulierung soll nicht bloß zu mehr sinnvollem wirtschaftlichem Wachstum, sondern auch zu einem gesellschaftlichen Aufbruch führen. Die Steiermärkische Landesregierung ist an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten, entsprechende Maßnahmen zur Vereinfachung der Bestimmungen im Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht zu veranlassen.

Namens des Wirtschafts-Ausschusses ersuche ich um Annahme. (14.45 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (14.45 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte keinen Ausdruck aus der Medizin strapazieren, aber die gemeinsame Diskussion der beiden Vorlagen zeigt zumindest auf den gewaltigen Widerspruch, den es gibt. Im ersten Falle verlangen wir aus

dem berechtigten oder unberechtigten Interesse eine Regulierung insbesondere bei den Großmärkten, weil die Versorgungsinfrastruktur in unserem Lande und auch zum Teil in unserer Republik, wie es dargestellt wird, geregelt gehört. Im zweiten Falle geht es darum, daß wir eine Vorlage behandeln sollen, die Liberalisierungsmaßnahmen, Maßnahmen der Deregulierung von uns fordert.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Man muß sich tatsächlich den Wortlaut dieser Vorlage vor Augen führen, um zu erkennen, welche Tendenz hinter diesen beiden Anträgen steht und wie widersprüchlich sie sind. Wenn es sich herausstellt, daß man nur die Rahmenbedingungen zu schaffen hat, damit die sogenannten Wirtschaftssubjekte die Möglichkeit erhalten, frei nach den Gesetzen des Marktes tätig zu werden, dann ist das die Philosophie, von der wir geglaubt haben, daß sie längst überholt sei. Die Philosophie des Manchester Liberalismus oder aber, weil es doch weiter weg liegt, es ist die Philosophie des Thatcherismus in Großbritannien, und wir wissen, mit welchen Entwicklungen dort zu rechnen war und was bis heute bereits eingetreten ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gleich an die Spitze stellen, wir als Sozialdemokraten, Hohes Haus, meine Damen und Herren, und insbesondere die Gewerkschaften, die Arbeiterkammern, der Arbeiterkammertag, wir haben uns grundsätzlich seit 1945 dazu bekannt, daß wir den Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung tragen, daß wir Vereinbarungen mit der Wirtschaft suchen, daß wir gemeinsam auch Maßnahmen der Veränderung, von mir aus auch der Regulierung oder der Deregulierung beschließen können, wenn es den Intentionen auch der Arbeitnehmerseite entspricht. Hier aber muß man feststellen, daß Forderungen erhoben werden, die eindeutig eine Zeitströmung ausnützen, und es ist wirklich ein billiger Vorwand, der hier mitstrapaziert wird, das Gesetz haben ja nicht wir verbrochen oder verschuldet, auch nicht veranlaßt, der Kurvenradius einer Gurke in Millimetern zum Anlaß genommen wird, in Wahrheit von etwas ganz anderem zu reden. In Wahrheit das Arbeitszeitgesetz herauszustellen, und man sagt sehr klar und präzise, wo einem diese Bestimmungen nicht passen, nämlich in der Beschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsmöglichkeit, der Bewegungsfreiheit, und wenig glaubwürdig, zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen, meine Damen und Herren, in der Form, daß man etwa sinngemäß erklärt, nun ja, dieses Gesetz verhindert, daß Unternehmungen und der Unternehmer als Wirtschaftsobjekt, wie man so darstellen darf, die Möglichkeit hat, mit dem Arbeitnehmer freie Vereinbarungen zu treffen über die Regelung der Arbeitszeit, weil wenn er das tut oder wenn er seine Erfordernisse tatsächlich befriedigt, in einer freien Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, dann stößt er an die Grenzen des Arbeitszeitgesetzes, und dann schwebt über ihm dieses Damoklesschwert der kumulativen Verwaltungsstrafe.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, wir glauben als Arbeitnehmervertreter, daß die Grenze der Vereinbarung dort zu liegen hat, wo heute im Arbeitszeitgesetz die rechtlichen Grenzen liegen, und wir glauben ganz besonders, daß es jene Freiheit des Marktes, nämlich des Arbeitsmarktes, und der Vereinbarung

dadurch in keinster Weise geben kann, wenn wir gegenwärtig immer noch eine Arbeitslosenrate von 5 Prozent haben und in der Steiermark um fast 2 Prozentpunkte mehr. Da gibt es keine Wahlmöglichkeit für den Arbeitnehmer, sondern er hat zu akzeptieren die Bedingung, die vorgegeben wird. Vielleicht kann man auch herausstellen, wo die Grenzen sonst noch liegen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, wir haben heute dankbar zur Kenntnis genommen, daß der Landtag selber, daß der zuständige Referent, der Herr Dr. Strenitz, dargestellt hat, daß man bei den Ärzten Überlegungen anstellt und überhaupt beim medizinischen Personal, Zusätzliches zu schaffen, damit diese bedrängende Situation und die belastende für das Personal minimiert werden kann. Ich erinnere an die Berichterstattung der letzten Tage und Wochen im Zusammenhang mit der Krankenanstalten-Ges. m. b. H., wo ein Arzt 16 Stunden und mehr durchgehend tätig ist. Ich wage zu behaupten, Hohes Haus, meine Damen und Herren, daß dieser Arzt nicht nur für die Patienten, sondern für sich selber bereits eine Gefahr wird und daß das ja nicht im Sinne des Gesetzes sein kann, wenn solche Arbeitszeiten möglich sind und verlangt werden. Wie immer die Ablaufsituation ist, und es kann überhaupt keine Unterscheidung geben zwischen einem Privatspital, zwischen einer Krankenanstalt, die irgendwo noch in den Händen einer Gebietskörperschaft ist, zumindest von dieser noch gelenkt wird, und in keinem anderen Bereich der Wirtschaft sollte es das geben, also auch nicht zum Beispiel im Bereich der verstaatlichten Industrie, wo wir ähnliche Feststellungen zu treffen hatten, wo Anzeigen in der Obersteiermark erfolgt sind, weil auch Arbeitszeiten weit über das Zulässige und über die Höchstgrenzen des Arbeitszeitgesetzes hinaus gefordert und auch umgesetzt wurden, und die Anzeigen gekommen sind in der Stahl-Ges. m. b. H. zum Beispiel, und man beklagt hat in der Öffentlichkeit, daß hier hohe Strafen entgehen könnten, und jetzt hier in dieser Vorlage verlangt wird, damit so etwas nicht eintritt, sollte man dazu übergehen, das Verwaltungsstrafrecht, wahrscheinlich nur in dieser einen Passage, zu verändern, damit diese Kumulierung von Strafen und diese Strafen in Größenordnungen, die weit über 100.000 liegen können, nicht mehr zum Tragen kommen.

Ich glaube, Hohes Haus, meine Damen und Herren, so kann eine Rechtsänderung und so kann auch eine Liberalisierung nicht aussehen, weil sie tatsächlich eine enorme Gefährdung für die Arbeitnehmerschaft, für die unselbständig Erwerbstätigen darstellen würde. Dann werden weitere Lockerungen etwa im Sinne flexiblerer Durchrechnungszeiten verlangt. Darf ich das Hohe Haus daran erinnern, daß es ja heute bereits neben den normativen Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes kollektivvertragliche Normen zumindest in den größten unserer privaten Wirtschaft und in der Verstaatlichten gibt, wo wir auf Grund der seinerzeitigen Vereinbarungen hinsichtlich einer kürzeren Arbeitszeit nicht sehr weitgehende Flexibilisierungen abgeschlossen haben. Und falls Sie es nicht mehr wissen sollten, darf ich auf den Industriekollektivvertrag verweisen, wo wir die Schichtarbeit vereinbart haben. Wir haben zum Beispiel, um es herauszustellen,

auch im Bereich der Bauindustrie sogenannte Breitbandmodelle eingeführt, damit über Durchrechnungszeiträume auch Arbeitszeiten verfahren werden können, die den Erfordernissen dieser Branche sehr wohl Rechnung tragen und Durchrechnungszeiträume von 26 Wochen, also einem halben Jahr, oder einem Jahr heute bereits möglich machen. Ich frage mich daher, was soll eine zusätzliche weitere Forderung, selbst wenn wir dazu kommen? Ich gehe davon aus, daß das der Fall sein wird, daß im Zuge dieser Kollektivvertragsrunde wieder eine Arbeitszeitverkürzung verhandelt werden wird, es wird keine nennenswerte Ausweitung mehr geben können, weil heute bereits durch diese Flexibilisierungsmaßnahmen und für den Bereich der Angestellten durch die Gleitzeitmodelle Arbeitszeiten verfahren werden, die nicht akzeptabel erscheinen. Dazu kommt, wir haben in vielen Bereichen festzustellen, daß völlig unfreiwillig teilzeitverfahren wird, Hohes Haus, meine Damen und Herren, Teilzeit, die sich nicht der Arbeitnehmer wünscht, sondern die ihm oktroyiert wird, weil er sonst keinen Dienstvertrag bekommt. Kapovazmodelle, Jobsharing sind heute gängige Arbeitszeitmodelle. Wir haben davor gewarnt, und wir müssen feststellen, daß unter dem Druck der Arbeitsmarktsituation alles das, Hohes Haus, meine Damen und Herren, bereits entstanden ist. Es ist also in diesem Zusammenhang bereits davon die Rede, daß man heute darüber spricht, es gibt eine Krise der Normalarbeitszeitverhältnisse. Ich glaube tatsächlich, wenn ich an den Handel denke, daß es so etwas gibt. Dort werden ganz bewußt Frauen mit einer niedrigeren Arbeitszeit eingestellt, als sie normativ verlangt werden kann, nach dem Kollektivvertrag, weil wir auch seit dem 1. Jänner eine Arbeitszeitverkürzung haben, noch darunter, um das Spiel der Kostenminimierung ausnützen zu können, nämlich die Mehrleistung dann nicht honorieren zu müssen. Das sind keine vernünftigen Regelungen, und wir glauben nicht, daß die in der nächsten Zeit ausgeweitet werden sollen. Oder aber, und das ist es meiner Meinung nach, was versucht wird, man unternimmt die Flucht aus dem Arbeitsrecht, man unternimmt Versuche, aus normativen Rahmenbedingungen herauszukommen und den Gewinn womöglich in den Unternehmungen zu maximieren. Dasselbe gilt auch für die Forderung, daß die Verordnung zum Arbeitsruhegesetz nach Möglichkeit ausgedehnt werden soll. Wir wissen, daß es heute für alle relevanten Bereiche, wo es Erfordernisse gibt, die nachgewiesen werden konnten, bereits Ausnahmeregelungen gibt, und zwar zufriedenstellende für die Wirtschaft. Ich glaube auch, Hohes Haus, meine Damen und Herren, daß die Möglichkeit besteht, daß darüber hinaus sehr wohl noch Vereinbarungen dort möglich sind und zulässig werden, wo das ganz spezifische Erfordernis einer Branche oder eines Betriebes, eines Unternehmens nachgewiesen werden kann. Da gibt es einen Verfahrensgang, daß man dazu kommt. Aber darüber hinaus meine ich nicht, daß es Regelungen geben muß, außer man will folgendes: Wir werden uns daran erinnern, hier in diesem Haus gibt es sicher eine Fülle von Mandatären, die das wissen, daß in der Bundesrepublik gegenwärtig eine Diskussion im Gange ist, daß es dieses sogenannte freie Wochenende, also wie wir es gewohnt sind, die Fünf-Tage-Woche, nicht mehr geben sollte, sondern daß man tatsächlich zu einer Arbeitszeitregelung kommen will,

wo man den Schichtbetrieb, vor allem aber den Maschineneinsatz so optimal nützt, daß man praktisch sieben Tage rund um die Uhr durchfahren kann, wo also, klassischerweise, Hohes Haus, meine Damen und Herren, der Mensch der Maschine angepaßt wird. Wir glauben nicht, daß das eine vernünftige Lösung sein sollte. Auch keine Lösung, die zu einer dynamischen Entwicklung der Wirtschaft beitragen wird, weil wir Bereiche heute kennen, wo das genau kontraproduktiv wirkt, wenn ich an den Dienstleistungsbereich, an das Hotel- und Gastgewerbe denke, der nächste Bereich, über den ich kurz noch einiges sagen möchte.

Da wird gefordert, daß jene Bestimmungen, die die maßgeblichsten für jugendliche Arbeitnehmer sind, das Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz, die Paragraphen 17 und 18, daß die abgeändert werden. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft in der Ausbildung sollten jetzt, weil es halt nicht ausreicht, im Hotel-Gastgewerbe oder, wie es die Frau Berichterstatterin dargestellt hat, wenn man 26 freie Wochenenden hat auf Grund der Eigenartigkeit in einer Branche, sollte das beseitigt werden, und man sollte darüber hinaus wenigstens bis 23 Uhr arbeiten dürfen. Der Schutz der jungen Menschen und der Arbeitnehmer in der Ausbildung muß das verbieten, und wir können nicht akzeptieren, daß das tatsächlich Rechtsinhalt unserer normativen Regelungen werden sollte, und ich darf daran erinnern, daß die Gewerkschaft Hotel-Gastgewerbe einen Streik angedroht hat, weil man einen Lohnabschluß damit verbinden wollte, weil man nicht bereit war zu akzeptieren, daß diese Forderung nicht umgesetzt wird. Ich hoffe, daß diese Frage bereinigt sein wird, weil ich nicht glaube, daß das Hotel-Gastgewerbe darauf angewiesen ist, tatsächlich die Schwächsten in unserer Gesellschaft so ausnützen zu müssen. Ich glaube auch nicht, daß es einen Handlungsbedarf in diesem Umfang gibt bei der Veränderung von Schutzvorschriften, beim Einsatz und bei der Ausbildung von Lehrlingen. Das ist das Lieblingsthema des Herrn Dr. Dorfer. Ich gebe zu, Herr Doktor, daß tatsächlich einiges da überholt sein mag, bei Tischlern, Schlossern, Elektrikern, auf Grund der vorhandenen Technologien, zufolge des Maschineneinsatzes, wie wir ihn heute in der Ausbildung haben, daß hier Vorschriften, die in den Betrieben existieren, nicht mehr mit der Ausbildung konform gehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Darum geht es ja!“) Daß man hier Anpassungen vornimmt, darüber wird man reden können, aber das Argument ist nicht zugkräftig, das hier angeführt wird, wenn der als Hobbybastler in seiner Freizeit mit einer hohtourigen Maschine arbeitet, so kann man nicht bündig daraus schließen, er wird automatisch dann bei einem Acht- oder Zehnstundenausbildungstag auch immer ohne Risiko für sich selbst dieses Gerät bedienen können. Daher glaube ich, daß diese Schutzvorschriften, die hier bestehen, mit äußerster Vorsicht zu verändern sind. Sie dort verändert werden müssen, wo sie tatsächlich die Ausbildung behindern, aber so nicht verändert werden sollten, wie es hier in der Vorlage gefordert wird. Wie überhaupt festzustellen ist, daß wir in den letzten Jahren auch unter der gegebenen wirtschaftlichen Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen hatten, daß man wieder weniger Bedacht nimmt auf Arbeitnehmerschutzvorschriften, daß man steigende Zahlen bei Arbeitsunfällen registrieren muß und daß leider auch die Berufsunfähigkeitspensionen

aus diesem Titel heraus ständig ansteigend sind. Ich glaube, Hohes Haus, meine Damen und Herren, der Preis, den wir dafür zahlen müssen, ist ein zu hoher für den einzelnen Arbeitnehmer, aber auch für die Gesellschaft. Man sollte hier nicht so leichtfertig fordern, daß diese Abänderungen, wie sie hier vorgeschlagen werden, tatsächlich letztlich in rechtliche Normen umgesetzt werden sollten. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Verbindung, dargestellt in mehreren Blickrichtungen, daß hier, wenn man das alles täte, was gefordert wird, positive wirtschaftliche Impulse zu erwarten sind. Mag unbestritten so sein, wird auch so sein, aber es wird sicher nicht dazu beitragen, daß wir bei der Integration in den europäischen Markt hier so große Startvorteile hätten, daß man unbedingt einen derartigen Weg womöglich noch zu Lasten der Schwächsten gehen sollte. Das glaube ich nicht. Ich bin auch nicht überzeugt, daß das der richtige Weg sein sollte. Aber um den Preis sozialer Errungenschaften, um den Preis von Sozialleistungen kann es in keinem Fall gehen, und ich darf vor allem die Vertreter der Wirtschaft hier in diesem Hohen Haus daran erinnern, daß wir als Sozial- und Wirtschaftspartner der Bundesregierung ein gemeinsames Papier überreicht haben, wie wir uns eine Teilnahme und Verhandlungen vorstellen und unter welchen Bedingungen diese nur erfolgen können. Da ist ausdrücklich und von uns beiden übereinstimmend festgelegt worden, nicht um den Preis der Verminderung von Sozialleistungen und daher auch nicht um den Preis des Abbaues von Schutzvorschriften, und ich glaube, daß wir das auch beachten sollten. Hochinteressant ist in dieser Vorlage, daß man es geschickt verstanden hat, die Privatisierung zu umschreiben und zu verstecken in einem sehr kleinen Absatz, wenn man weiß, wie sehr Sie der Privatisierung das Wort reden, nämlich in der Form, daß man diese Dienstleistungen, die wahrscheinlich primär die Gemeinden erbringen, diese billiger erbringen könnte von öffentlichen Bereichen, aber nicht sagt, was man wirklich will. Man will die Privatisierung in jenen Bereichen, wo man sich für den Unternehmer, für den einzelnen wirtschaftliche Vorteile erwartet.

Zwei Beispiele dazu: Wir haben eine heute noch zu erwartende und eine öffentliche Diskussion um die Müllentsorgung. Wir haben ein Modell in der Steiermark, und ich glaube nicht, daß bei der gegebenen Rechtssituation, bei der Sensibilität unserer Bürger der Private es einfacher hätte, hier zum Beispiel einzusteigen und Aufgaben zu übernehmen, die selbst die Gebietskörperschaften nicht mehr leisten können. Ein zweiter Bereich, um den wir wahrscheinlich hier in diesem Haus ohnehin eine Diskussion haben werden. Ich hoffe, in einer späteren Zeit, und ich hoffe, in einer anderen Form. Bei den Elektroversorgungsunternehmen, ganz konkret das Beispiel der STEWEAG. Ich persönlich glaube nicht, daß die Privatisierung in diesem Bereich sinnvoll für den Konsumenten ist. Ich glaube auch nicht, daß es sinnvoll für die Arbeitnehmer dort ist, auch nicht sinnvoll für die Wirtschaft, sondern ich glaube eher, daß damit folgendes eintreten wird, daß die heute bereits ohnehin hervorragende Versorgung und der Kontrahierungszwang ja optimal erfüllt wird, es aber dazu führen wird im Wege der Privatisierung, daß wir mehr für diese Leistung, nämlich der Zurverfügungstellung von Strom, bezahlen werden müssen. Das wird das Ergebnis sein. Daher

glaube ich nicht, anhand dieser beiden Beispiele, daß Privatisierung dieses Lösungsmittel sein kann, das man sich hier erwartet und vorstellt, und ich meine nicht, daß man dieser Form das Wort reden sollte. Richtig philosophisch ist ja dann der letzte Absatz, wo die Deregulierung herausgestellt wird, daß sie automatisch zu einem sinnvollen wirtschaftlichen Wachstum führt, mehr Beschäftigungschancen bringt, bessere, billigere Produkte erzeugt und zu einem neuen gesellschaftlichen Aufbruch führt. Ich glaube vielmehr, das ist ein Vehikel zu einer Philosophie, die der klassische Vertreter des Marktes, der Nationalökonom Friedrich Haiek, vertritt. Aber wir wissen, wie das wirkt. In Großbritannien zum Beispiel haben wir diese Philosophie umgesetzt des freien Marktes um jeden Preis. Wir haben eine Zweidrittelgesellschaft, und es ist beschämend für die freie westliche Welt, Herr Präsident, daß es eine so hohe Armut in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt. Das sind zwei Beispiele dafür, und ich glaube nicht, daß wir uns in Europa und schon gar nicht in Österreich nach dieser Richtung hin entwickeln sollten.

Auch der nächste Bereich ist ein sehr sensibler, nämlich die Anlagenerrichtung, die Anlagenerweiterung. Ich verstehe, daß hier die Wirtschaft fordert und wir auch als Arbeitnehmer oft gleicher Meinung sind, wenn es um die Arbeitsplätze geht, daß hier vereinfachende Vorschriften, Richtlinien mitunter am Platze wären, aber man abzuwägen hat das Umweltinteresse der Bürger. Das steht vielfach dem entgegen, was wir wollen. Ich glaube, man muß hier sehr vorsichtig sein und in der Anpassung nicht unter Umständen das Falsche erreichen. Aber was die Fragen, die im letzten Satz angehängt sind, die Veränderung, die Vereinfachung beim Arbeitsrecht, beim Steuer- und Sozialversicherungsrecht damit zu tun haben, weiß ich nicht. Vielleicht sollten sie nur versteckt werden, nicht so zum Tragen kommen optisch, und man sollte nicht erkennen, was in Wahrheit beabsichtigt ist, nämlich jene Philosophie, weil es dem Zeitgeist entspricht, daß der gesamte soziale Besitzstand, den die unselbständig Erwerbstätigen in unserer Republik haben, abgebaut wird. Anders kann es nicht sein, ich hoffe, daß aufgeklärt wird, daß das wirklich anders zu verstehen ist. Das ist abzulehnen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wo steht das?“) Herr Dr. Dorfer, niemand von uns könnte akzeptieren, daß hier so weitgehende Veränderungen im Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht, wie sie angesprochen werden, tatsächlich eintreten werden. Jetzt kann man einwerfen: Es gibt ja bereits ein positives Beispiel. Das haben wir konsumiert, das kann sich politisch niemand mehr als Federl auf den Hut stecken. Faktum ist, daß wir es gemeinsam geschaffen haben, daß nicht alle den gleichen Vorteil davon hatten, aber ich glaube auch nicht, daß es die Möglichkeiten eines Staates zulassen, daß wir eine derartige Entwicklung fortsetzen. Aber wir wollen nicht in anderen Bereichen dafür zahlen und ganz besonders nicht im Sozialversicherungsrecht und ganz besonders nicht im Arbeitsrecht. Das muß in aller Deutlichkeit herausgestellt werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Landesregierung auch diesen Beschluß gefaßt hat, das an den Bundeskanzler weiterreicht und er das weitergegeben hat an die zuständigen Stellen. Das mag schon sein, wir sollten das zur Kenntnis nehmen, wir sollten uns damit allenfalls beschäftigen, aber mehr

auch nicht. Ich glaube persönlich, daß das ausreichend war und ausreichend ist, und ich glaube, daß jede derartige Änderung im Interesse von uns unselbständig Erwerbstätigen, im Interesse der Arbeitnehmer, eine unerwünschte ist, weil wir uns ohnehin dort, wo wir Handlungsbedarf haben, wiederum einigen werden, auch bei den Kollektivvertragsrunden und bei anderen Rechtsänderungen, und daher nicht in einem Zuge alle rechtlichen Normen in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen der unselbständig Erwerbstätigen abgeändert werden sollten. In diesem Sinne lehnen wir diese Vorlage ab. (Beifall bei der SPÖ. – 15.10 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (15.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu dieser Vorlage, das erste genannte Beispiel der Kurvenradien von Gurken kann durchaus akzeptiert werden. Bezeichnenderweise wird aber dann nicht in Sachen Landwirtschaft fortgefahren, obwohl es in diesem Bereich eine Unzahl von Möglichkeiten gäbe, überholte Beschränkungen im Sinne des vorliegenden Antrages zu beseitigen. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Liberalisierung etwa des Ab-Hof-Verkaufes beziehungsweise an die Behinderungen der Vermarktung von Produkten von Käsereien. Das ist auch meine Kritik am vorliegenden Papier, mit Ausnahme der Gurkenkrümmung gehen alle genannten Beispiele in die gleiche Richtung. Sie behandeln gar nicht die Herstellung von Marktverhältnissen, das heißt die Möglichkeit einer freien Konkurrenz von Unternehmern untereinander, sondern sie sind schlicht und einfach klassenkämpferisch im wahrsten Sinn des Wortes, sie sind nämlich sämtliche Beispiele, die in Richtung Abbau von Sozialerrungenschaften zielen. Es hat sicherlich nichts mit Einschränkung unternehmerischer Freiheit durch Willkür von Behörden zu tun, wenn konkrete Regelungen der Arbeitszeit geschaffen wurden. Vielmehr hat die Regelung der Arbeitszeit einen konkreten Hintergrund, nämlich den Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern, insbesondere von Frauen und Jugendlichen, gehabt. Daß auf diesem Gebiet einiges zur Entkriminalisierung, wie im Antrag zu lesen ist, getan werden muß, ist richtig. Es ist nämlich in der Tat kriminell, das Ansinnen der Antragsteller durchzuführen, nämlich die Lehrlinge in der Saison, während des Winters oder des Sommers, voll arbeiten zu lassen, an Wochenenden und in den Nachtstunden, um ihnen dann den guten Rat zu geben, in der Zwischensaison, in den Übergangszeiten im Herbst und im Frühjahr, sich von der Arbeit auszurufen. Es ist tatsächlich kriminell! (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist reinrassige Polemik, was Sie da erzählen! So steht es nicht drinnen!“) Sie können das gerne richtigstellen in Ihrem Sinne, Herr Kollege Dr. Dorfer! Ich warte darauf, ich werde dann meine Zwischenrufe starten. Es ist tatsächlich kriminell und abwegig, auch in der verstaatlichten Industrie, wie wir in jüngster Zeit gehört haben, bestehende Mißachtungen dieser sozialpolitischen und gesundheitlichen Notwendigkeiten auch noch als Argument für die Abschaffung dieser

Regelungen heranzuziehen. Dann heben wir jegliche Geschwindigkeitsbeschränkungen auf im Sinne einer Deregulierung und verweisen auf die Unzumutbarkeit beziehungsweise das häufige Übertreten dieser Bestimmungen, dann heben wir die Bestimmungen auf über die 0,8-Promille-Grenze am Steuer mit dem Argument, daß sie sowieso sehr oft übertreten werden und sehr viele bemitleidenswerte Staatsbürger wegen dieser Bürokratien bestraft werden. Das aus Konkurrenzgründen einzige genannte Motiv, nämlich der Fall eines EG-Arrangements, überrascht in diesem Zusammenhang nicht; das ist genau jenes Argument, das wir im Zuge der EG-Diskussion befürchtet haben, nämlich die EG als permanente Ausrede für den Sozialabbau.

Die dynamischen Bedürfnisse der Wirtschaft sollen mit Deregulierungen befriedigt werden, dafür wird in der Vorlage versprochen, billigere und bessere Produkte, mehr Wahlmöglichkeiten und so fort. Befürchtet wird die Konkurrenz des EG-Binnenmarktes, bis 1992 soll eben dieses Europa ein Kontinent sein, ich zitiere, „der auf dem Lohnniveau Portugals produziert, aber die Kaufkraft Nordamerikas besitzt und in moderner Spitzentechnologie die Welt hinter sich läßt – ein Kontinent, in dem Ladenschutzgesetze wie im Duty-free-Shop internationaler Flughäfen gelten“, nämlich keine, „in dem die Lohnnebenkosten so gering sind wie in Griechenland, in dem Anti-Streik-Gesetze wie im England Maggie Thatchers einen Arbeitsfrieden wie in Liechtenstein gewährleisten, in dem die Arbeiter mit deutscher Pünktlichkeit und türkischem Urlaubsanspruch Tag-, Nacht- und Wochenendproduktion verrichten wie in den italienischen Stahlwerken“. Die EG-Kommission berichtet jetzt schon mit Stolz, was auf dem Gebiet der Deregulierung in den Mitgliedsländern verhandelt wurde, und ich zitiere weiters, die Aufhebung von gesetzlichen Schranken für Nacht- und Wochenendarbeit, Flexibilisierung, Abbau von Kündigungsschutz und so weiter. Auf jeden Fall hat sich die EG-Kommission in dieser Richtung schon gebrüstet. Unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung droht im Beschäftigungsbereich die Aufhebung von Rechtsvorschriften und Verwaltungsmaßnahmen, sofern der Schutzgedanke, der ihnen ursprünglich zugrunde lag, nicht mehr zutrifft. Während es bisher keine verbindliche Auslegung dieser Formulierung gibt, besteht doch kein Zweifel, daß vor allem Bestimmungen, wie das Nachtarbeitsverbot für Frauen, aufgehoben und das Pensionsalter erhöht werden sollen.

Hinter den Schlüsselwörtern „Modernisierung“ und „Flexibilisierung“ verstecken sich neue Formen der geschlechtsspezifischen Ausbeutung. In der BRD sind 8 Prozent aller Arbeitnehmerinnen inzwischen befristet beschäftigt. Es gibt 7 Millionen weibliche Arbeitslose. Zeitverträge umgehen tarifrechtliche Regelungen, wie Mutterschutz, Pflegeurlaub und so weiter. (Abg. Dr. Dorfer: „Eine Menge sozialistisch regierter Länder sind dabei: Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland!“) Es sind insgesamt 44 Millionen Menschen, die in der EG an der Armutsgrenze leben, und es gibt 7 Millionen weibliche Arbeitslose. In der EG, habe ich gesagt, das sind zwölf Länder, wie Sie wissen. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber nicht in der BRD!“) Ich habe gesagt in der EG, und nicht in der BRD! Ich habe von 8 Prozent Arbeitnehmerinnen, die in der BRD befristet

beschäftigt sind, gesprochen, und von 7 Millionen arbeitslosen Frauen in der Zwölferegemeinschaft, wenn Sie das jetzt befriedigt. Zeitverträge umgehen diese tarifrechtlichen Regelungen, wie Mutterschutz, Pflegeurlaub, Sozial- und Krankenversicherung, Mitbestimmung und gesundheitlichen Arbeitsschutz.

Es ist zu befürchten, daß europaweit die Systeme der sozialen Sicherheit auf das unterste Niveau angeglichen werden sollen. (Abg. Purr: „Das haben Sie sich mühselig erarbeitet!“) Mühselig erarbeitet! Ich kann mir das schon vorstellen. Erzählen Sie das den Leuten dort, aber mir können Sie das nicht erzählen, was da mühselig erarbeitet worden ist an Negativerrungenschaften. Trotzdem schwelgte unser Außenminister Alois Mock in seiner Rede zum 1. Mai in „Europhorie“ und verspricht den Österreichern und Österreicherinnen mehr und bessere Arbeitsplätze in der EG. (Abg. Dr. Dorfer: „Da ist er sich mit dem Bundeskanzler einig!“) Daneben hörte sich die Rede des Sozialministers Geppert weitaus differenzierter an. Auch im Entwurf des Sozial-Hirtenbriefes der österreichischen Bischöfe „Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben“ werden die Probleme innerhalb der Arbeitsverhältnisse aufgezeigt und die Gefahren einer Zweidrittelgesellschaft, weil Sie vorher gemeint haben, dieser Begriff sei nur ein Schlagwort – (Abg. Ing. Stoisser: „Welche Fassung haben Sie da gelesen?“) – auch die österreichischen Bischöfe nennen das Wort „Zweidrittelgesellschaft“ beim Namen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir hatten noch nie so viele Beschäftigte wie jetzt!“) Sie wollen es nicht gerne hören, das merke ich richtig, und ich freue mich, daß endlich einmal heute eine Reaktion passiert. Wenn ich rede, war vorher ohnehin immer Totenstille, jetzt passiert wenigstens etwas! (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist längst überholt, das Märchen von der Zweidrittelgesellschaft!“) Im Europa der neunziger Jahre müssen wir alle verstärkt auf die Tendenzen des „Sozial-Dumping“ achten. In der bisherigen Planung dieses EG-Binnenmarktes sind keinerlei verbindliche soziale Komponenten vorgesehen.

Nächster Punkt: Auch unter den kleinen Unternehmen wächst die Angst vor der kommenden verstärkten Konkurrenz in Europa, im Europa der Konzerne und Monopole. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie müssen nach Albanien auswandern, dort sind die Grenzen dicht!“) Okay, Herr Kollege Dr. Dorfer! Dieser Teil ist besonders auf Sie zugeschnitten. Ich habe daran gedacht, wie Sie reagieren werden, wenn ich das vorlese. Erstaunlicherweise tauchen neuerdings im Wirtschaftsteil diverser österreichischer Zeitungen Fachartikel über Wirtschaftsethik auf. Ich zitiere den „Kurier“ vom 30. April 1989, dort schreibt Erwin Fasl: „Die Qualität von Produkten beziehungsweise Dienstleistungen wird für unternehmerischen Erfolg in Zukunft allein nicht mehr genügen. Waren und Dienstleistungen werden verstärkt nach ihrer sozialen Akzeptanz gekauft. So zeigen Untersuchungen in den USA, daß sich bereits bis zu 10 Prozent der Kaufentscheidungen am Wohlverhalten von Unternehmen, etwa im Bereich des Umweltschutzes, orientieren. (Abg. Dr. Dorfer: „Sehr richtig, auch das regelt der Markt!“) Soziale Akzeptanz, Glaubwürdigkeit im öffentlichen Auftreten von Unternehmern und Managern wird zu in Geld meßbarer kaufmännischer Eigenschaft.“ Nächstes Zitat, auch wieder „Kurier“ an anderer Stelle: „Immaterielle

Werte und materieller Erfolg, Ethik im wirtschaftlichen Handeln wird nicht mehr als Störfaktor angesehen.“ Wir freuen uns. „Ethik ist im Zeitalter der Umweltverschmutzung, der Probleme der Dritten Welt und der Chancen und Risiken durch die Entwicklungen in den Hochtechnologien zu einem Impuls für wirtschaftliches Handeln geworden.“ (Abg. Dr. Dorfer: „Waren Sie anderer Meinung?“) Professoren, Studenten und Unternehmer in der BRD und auch in Österreich diskutieren inzwischen über Ethik, Solidarität und Marktwirtschaft. Das würde ich mir für die Steiermark auch wünschen! Bis ins 18. Jahrhundert blieb die Philosophie des Aristoteles gültig: – sinngemäß – „Ökonomisches Handeln ohne ethische Rechtfertigung ist ein Verstoß gegen die gesellschaftliche Moral.“ (Abg. Dr. Dorfer: „Wer ist eigentlich dagegen?“) Ihr Protest von vorhin hat schon sehr danach geklungen, Herr Kollege! (Abg. Kollmann: „Es kommt immer darauf an, wie man es filtert!“) Bei Ihnen weiß ich es ja immer, wie Sie es filtern, Herr Kollege Kollmann, das ist mir schon bekannt. Sie sind wirklich in den meisten Fällen überhaupt nicht dagegen, aber eigentlich dann doch wieder. (Abg. Trampusch: „Es gibt ja umweltfreundliche und parteifreundliche Filter!“) Effekthascherei, Herr Kollege, kommt heute noch im vorletzten Tagesordnungspunkt! Sie bekommen das noch einmal als Retourkutsche zurück! (Abg. Kollmann: „Ich bin gegen die Effekthascherei!“) Gerade bei Ihren Effekten bin ich ja auch immer sehr überzeugt. Sie sind ja nicht gegen Vertuschung, ich weiß!

Darf ich fortsetzen, damit die Debatte nicht noch länger wird, wir haben ja noch den Müll vor uns.

Übertragen auf unsere heutige Situation bedeutet das, um bessere Arbeitsbedingungen, um besseren Umweltschutz zu erreichen, müssen wir die Mindeststandards unserer Arbeits- und Lebensbedingungen für Österreich als Teil eines sozialen Europas sehen. Wir müßten vorrangig darüber diskutieren, und konkret heißt das entgegen dem Vorlagetext: Es dürfen unter dem Sachzwang Wettbewerbsfähigkeit weder soziale Rechte noch verfahrensrechtliche Auflagen minimiert werden. Von den politischen Entscheidungsträgern müssen wir Frauen ganz besonders mehr Distanz gegenüber neuen Abhängigkeiten im Europa der Konzerne und der Kasernen verlangen. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie sind sehr wortschöpferisch!“) Ich bin noch nicht fertig. Ich kann Sie leider nicht verschonen. Konkret wieder zurück zur Steiermark. Was die Vereinfachung des Betriebsanlagenrechtes anbelangt, zweierlei: Einerseits existiert hier die Deregulierung in ihrer extremsten Ausformung ohnehin. Es gibt zahlreiche Betriebe, zum Beispiel sämtliche Schotterabbaugebiete beziehungsweise -gruben südlich von Graz, die zumindest einen Teil ihrer Auflagen nicht einhalten, ganz zu schweigen von Betrieben, wie etwa DOGRO-Zumtobel – das muß Ihnen ja vertraut sein, meine Herren von der Handelskammer –, der bis heute nicht eine einzige gültige Genehmigung sein Eigen nennt. Die Frage scheint also hier eher zu sein, warum die totale Deregulierung für die einen und die Härte der Bürokratie für die unerwünschten Konkurrenten gelten sollen: Auffällig an diesem Antrag ist auch etwas, das für die Politik in diesem Land zum ständigen Inventar gehört, nämlich das Hinweisen auf

Mißstände oder scheinbare Mißstände, die von Wien beziehungsweise von der Bundesregierung zu lösen sind.

Im folgenden einige Ansätze auf der Ebene der Landespolitik. Für uns Grün-Alternative bedeutet Deregulierung die Herstellung von Konkurrenzverhältnissen, Marktverhältnissen, insbesondere auch die Anwendung des Verursacherprinzips. In diesem Sinne gibt es einige Punkte, wo gegen dieses Prinzip der Deregulierung, also des Abbaus von wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen, in der Steiermark bis jetzt schon massiv verstoßen wurde. Zum Beispiel beim Straßenbau. Das System Straße ist, wie zahlreiche Studien – ich verweise hier auf die Arbeiten von Prof. Tichy – bewiesen haben, massiv defizitär. Hier muß unverteilt werden beziehungsweise werden soziale Kosten des Systems unverteilt. Herr Präsident, darf ich um etwas Ruhe bitten, es ist so laut. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Wir wären sehr froh, wenn die Proponenten der vorliegenden Initiative für mehr Marktwirtschaft ihren politischen Einfluß nicht dazu mißbrauchen würden, um auf Kosten der Steuerzahler und der Allgemeinheit für ihre Klientel, sprich insbesondere die Lkw- und Frächter-Lobby, die Steuertöpfe zu plündern und die Umwelt zu schädigen.

Nächstes Beispiel Energie. Auch von Abgeordneten der steirischen ÖVP wurde die Energieabgabe offiziell gefordert beziehungsweise wurde eine Umstellung unseres Steuersystems im Hinblick auf ökosoziale Verträglichkeit offen begrüßt.

Wir haben eine Energieabgabe insofern, als jetzt schon Beträge in der Höhe von Milliarden Schilling zugunsten der Elektroheizung unverteilt werden, das heißt auf Kosten der Tarifabnehmer, insbesondere der kleinen Kunden, denen die Elektroheizung subventioniert wird.

Würde man im Sinne des Antrages Subventionen beziehungsweise Verzerrungen des Marktes abschaffen und für die Elektroheizung kostendeckende Tarife verlangen, dann könnten wir das nur begrüßen.

Daß hier aber daran niemand denkt, ist offensichtlich. Im Gegenteil: Wir haben den Eindruck, als ob auf Kosten der Strombezieher jetzt noch in der Steiermark Müllverbrennungsanlagen im großen Stil errichtet werden sollten. Ich erinnere an den Herrn Minister Schüssel bei der „Pressestunde“ vom Sonntag.

Beispiel 3: Zellstoff. Die Zellstoffindustrie Österreichs bezieht zirka 10 Prozent des Förderungsvolumens bei einem Beitrag zum Bruttosozialprodukt von 2 Prozent. Eine eigene traurige Rolle dabei spielt die Steiermark, die sich sogar direkt an Zellstoffprojekten beteiligt hat. Wir hätten uns sehr gewünscht, wenn man in diesem Bereich der Marktwirtschaft ihren Lauf gelassen hätte. Auf freier marktwirtschaftlicher Basis hätten diese Werke niemals errichtet werden können. Umso abwegiger ist es übrigens jetzt, daß nach Milliarden Förderungen, auch mit steirischen Steuergeldern, Pöls privatisiert wird, die Kosten werden sozialisiert und die Gewinne anschließend privatisiert.

Als letzten Punkt: Die Nahversorgung: Wir bekennen uns zur Raumordnung, und wir bekennen uns anhand dieses Bereichs ausdrücklich auch zur Sicherung der Nahversorgung, das heißt aber zur Ablehnung von Shopping-Citys außerhalb von Kerngebiete-

ten. Das heißt genau genommen, keine Shopping-Citys auf der grünen Wiese. Wir können nicht auf der einen Seite, so wie dies im vergangenen Winter erfolgt ist, lautstark klagen, daß die Pendler und der übermäßig zunehmende Autoverkehr die Gesundheit der Grazer Bevölkerung endgültig zerstören, und auf der anderen Seite die Menschen in das Auto zwingen beziehungsweise wir schauen zu, wie sie dazu gezwungen werden, weil sie ihre Güter nur mehr mit dem Auto beschaffen können. Ob dies allerdings vom Land Steiermark auch so gesehen wird, müssen wir bezweifeln, wenn wir uns das konkrete Beispiel Zumtobel anschauen, wo ganz offensichtlich gegen den Sinn des Raumordnungsgesetzes verstoßen wurde – ich hoffe, ich höre jetzt keinen Protestruf von meinen Kollegen –, als dort von seiten des Landes gegen eine Widmung für ein Einkaufszentrum in einer ausgebeuteten Schottergrube abseits jeglicher Infrastruktur kein Einspruch erhoben wurde. Der unvermeidliche Hinweis auf die Europäische Gemeinschaft ist in diesem Zusammenhang überflüssig. Auch in der EG bestehen auf der Ebene einzelner Länder inzwischen schon durchaus Bestimmungen zum Schutz der Nahversorgung. Ich verweise auf Südtirol und auf einzelne Länder in der BRD, wo die Kaufleute zuerst bereits verdrängt wurden, aber man nachträglich mühsam versucht, die negativen Folgen wieder einzudämmen. In diesem Zusammenhang möchte ich hier auch ausdrücklich die Frage stellen, inwieweit von seiten des Landes in die bestehende Verordnung, betreffend die Errichtung von Einkaufszentren, Vertrauen gesetzt werden kann. Es wird von verschiedener Seite anhand konkreter Anlässe, ich meine damit die Shopping-City in Liebenau und das Projekt von Ikea in Straßgang, offen damit spekuliert, daß diese Projekte entsprechend den Intentionen ihrer Errichter ausgeführt werden. Diese Intentionen widersprechen aber, und das wissen Sie auch alle, ganz eindeutig der Verordnung betreffend Einkaufszentren. Ich stelle die Frage, inwieweit das Land Vertrauen in seine eigene Verordnung setzt oder ob es stillschweigend in Kauf nimmt, daß anhand von ganz bestimmten juristischen Schwachstellen in dieser Verordnung die Projektbetreiber ohnehin ihre ursprünglichen Absichten voll realisieren können. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf die Möglichkeiten, auf die Nutzung eines Einkaufszentrums Einfluß zu nehmen, ganz konkret das Projekt Zumtobel, das, entgegen der ursprünglichen Ankündigung, nur an Wiederverkäufer Waren abzugeben, nunmehr ein Endverbrauchermarkt geworden ist. Damit meine ich auch die offene Ankündigung von Ikea, in seinem Objekt auch kleine Fachgeschäfte unterzubringen und dort Waren zu verkaufen, welche nicht durch die bestehende Widmung beziehungsweise Verordnung gedeckt sind. Das heißt Waren, die außerhalb der Möbelbranche liegen, und ich beziehe mich schließlich auf die Frage, wie weit überhaupt die Kategorie Sonderform von Einkaufszentren II nach Paragraph 4 Absatz 4 litera b in der Verordnung durch das Raumordnungsgesetz gedeckt ist und der nur zwischen Einkaufszentren I mit Lebensmitteln und Einkaufszentren II, ohne Lebensmittel, unterscheidet und innerhalb der Einkaufszentren II keine weitere Differenzierung durchführt. Ich hoffe, ich bekomme heute eine Antwort dazu.

Abschließend stelle ich fest, daß wir den Eindruck haben, daß die ganze Deregulierungs- und Privatisie-

rungsdebatte weniger der Ausdruck ernster Bemühungen um Arbeitsplätze oder Entlastung der Unternehmen von diversen Organisationen und Bürokratien ist, sondern vielmehr der Ausdruck von Ratlosigkeit angesichts der ungelösten Fragen unserer Wirtschaftsordnung.

Ein Vorschlag am Schluß: als ersten Schritt zur Deregulierung: Fangen Sie damit an, indem Sie die Handelskammer der Marktwirtschaft aussetzen, deregulieren Sie die Zwangsmitgliedschaft bei Ihrer eigenen Organisation. Danke! (15.34 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (15.34 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Daß die Frau Kollegin Kammlander schon mit meinen Schmähs hausieren geht, das ist etwas, was mir schön langsam gefällt, ich gebe schon zu, ich habe erst am Schluß aufmerksam zugehört, ich habe zwischen durch ein bißchen geschwätzt, wie alle an sich hier, weil es doch ein bißchen länger gedauert hat. Ich habe nur eines verstanden, wir gehen jetzt nicht in die EG, sondern wir gehen in ein Land, das nennt sich Utopio Kammerlanderis, das ist ein Land, in dem es keine Regelungen mehr gibt, in dem die Personalkosten niedrig sind und die Erlöse hoch. Ich würde sagen, da würde ich gerne hingehen, sofort! (Abg. Kammlander: „Da haben Sie mir nicht zugehört!“) Wenn wir ein Land finden, in dem die Regulierungen durch Vernunft ersetzt werden, dann sind wir eigentlich eh schon im Paradies, aber das ist das, was der Kollege Dr. Rupp eigentlich mit seinem Antrag ausdrücken wollte. (Abg. Kammlander: „Ich habe der Deregulierung nicht das Wort geredet!“) Das hat auch nicht so geklungen! (Abg. Trampusch: „Du müßtest das jetzt von Kärnten behaupten!“) In Kärnten wird jetzt sowieso das Paradies ausbrechen. Gebt uns nur fünf Jahre Zeit, dann bricht es aus!

Gebt uns fünf Jahre Zeit, dann wird das Paradies dort ausgebrochen sein, dann verspreche ich, wenn euch das beruhigt, gehe ich wieder zurück nach Kärnten, aber vorher nicht, erst wenn das Paradies dort ausgebrochen ist. (Abg. Trampusch: „Es geht ihm wie Adam und Eva!“) Ich habe das Paradies verlassen, solange es noch kein Paradies war. Der sogenannte umgekehrte Adam-und-Eva-Effekt. Der Herr Kollege Rainer hat völlig richtig festgestellt, daß wir eigentlich jetzt eine wunderbare Doppelconference halten, wir haben nämlich zwei Stücke auf der Tagesordnung, die sich wirklich diametral widersprechen. Auf der einen Seite wird reguliert, und auf der anderen Seite wird dereguliert. Das Stück eins dient eigentlich zur Verhinderung von Großmärkten, und zwar ist das eine dirigistische Maßnahme, wie wir bekanntlich in der Zwischenzeit wissen, und Vertreter der liberalen Marktwirtschaft, lieber Kollege Dr. Dorfer, müssen eigentlich immer ganz genau prüfen, bevor sie irgendeiner dirigistischen Maßnahme zustimmen, wenn überhaupt das Wort reden. Ich muß dir offen gestehen, damit wir nicht lange herumreden, dein Antrag zur Deregulierung, könnte ich der Zwillingbruder vom Dr. Benno Rupp sein, dann unterschreibe ich sofort. Nur damit sich der Kollege Rainer nicht irrt, der Kollege Dr. Rupp ist ein

Konservativer, und die Thatcher auch, und wovon du geredet hast, ist etwas Liberales. Das sind zwei grundverschiedene Paar Schuhe. Ich bin auch sicher, daß auch in Kärnten die Unterschiede noch deutlich herausgearbeitet werden, auch wenn die beiden zusammenarbeiten. Ich muß nur sagen, das kann niemand absprechen, der Markt regelt die Bedürfnisse auf jeden Fall gerechter als der Landtag. Da brauchen wir überhaupt nicht darüber zu reden, oder auch das Parlament. Der Markt regelt überhaupt viel gerechter, als alle Gerechtigkeitsfanatiker dies jemals könnten, weil nämlich jeder eigene, zum Teil auch persönliche Interessen, zum Teil solche einer Gruppe, verfolgt. Meine Damen und Herren, in Wahrheit bewirkt ja eine Regelung nichts, wenn sie nicht auf ein Mindestgrundverständnis beim Betroffenen stößt. Und da gebe ich der Kollegin Kammlander schon völlig recht, wenn man eine-schnurgerade Straße hat und in der Mitte plötzlich 100 Meter eine Dreißigerbeschränkung, dann können wir die wegräumen, weil kein Mensch wird sich daran halten, wenn er nicht versteht, worum es überhaupt geht und wozu das gut sein soll. Was aber wesentlich ist, meine Damen und Herren, ist die Ehrlichkeit des Anliegens, sowohl bei der Regulierung als bei der Deregulierung. Was man überhaupt nicht darf, ist Wasser zu predigen und Wein zu trinken! (Abg. Kammlander: „Wer bestimmt, was ehrlich ist, Herr Kollege?“) Ich darf einen Gedanken von Ihnen gleich anschließend aufgreifen, ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, sonst vergesse ich das, und dann kann ich Sie nicht loben, und man darf daher auch nicht für die Marktwirtschaft sein und gegen die Marktwirtschaft handeln und umgekehrt, bitte, nicht gegen die Marktwirtschaft tätig sein, aber so tun, als ob man für die Marktwirtschaft sei.

Lieber Kollege Rainer, es ist ja wirklich eine Ironie des Schicksals, daß wir diese beiden Stücke eigentlich auf Grund ihres, wie die Geschäftsordnung so richtig sagt, inneren Zusammenhanges gemeinsam diskutieren. Die Vorlage gegen die Großmarktvorhaben preist einen sogenannten weisen Eingriff des Landes gegen den Markt, natürlich gegen den Markt, Großmärkte gäbe es nämlich logischerweise nicht, wenn es sich nicht auszahlen würde, welche zu betreiben, und wenn es daher nicht marktwirtschaftlich interessant wäre, daß es Großmärkte gibt. Sie zu verhindern, haben wir schon festgestellt, ist daher eine Regulierung des Marktes, übrigens entgegen den Auffassungen des Kollegen Dr. Rupp, der ja für eine Deregulierung eintritt. Schrecklich wird es erst, wenn die politische Utilität über die Grundsätze zu bestimmen beginnt.

Jetzt komme ich zur Kollegin Kammlander. Der Zumtobel-Markt ist wirklich eines jener Musterbeispiele, wo die politische Utilität gegen die Grundsätze gewonnen hat. Vorgeschichte: Eine ausgebaute Schottergrube kann den wirtschaftlichen Ruin eines Unternehmers abwenden, wenn sie verwertbar ist. Soweit, so gut, unterschreibe ich, soll verwertet werden. Sie wird dann verkauft. Der Bürgermeister ist hochinteressiert, es besteht aber kein Flächenwidmungsplan. Es tritt in Kraft jene Maßnahme, die damals im Raumordnungsgesetz vorgesehen war, der Gemeinderat beschließt eine Sonderregelung für diesen Großmarkt. Das Land genehmigt. Antragsteller, weil er damals noch wirklich politische Kompetenzen in diesem Haus

ausgeübt hat, war der Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. Alles war gelaufen. Die Genehmigung wurde beantragt. Dann wachten plötzlich logischerweise die Kleinhandelskaufleute auf und schlossen sich zu einer Initiative zusammen, die dagegen Sturm lief. Jetzt kommt im Drehbuch die Stunde der Wahrheit. Ich war bei allen Versammlungen, die diese Initiative gemacht hat in der Zwischenzeit. Es waren große, es waren gut besuchte, es waren stark emotionalisierte, es waren solche mit Anliegen, wo sich etwas abgespielt hat, da muß ich schon sagen, du warst damals in der Beginnphase nicht Präsident, Präsident Ing. Stoisser, sondern das war noch dein Vorgänger, damals hat die Handelskammer das Unternehmen „Tarnen und Täuschen“ ausgerufen. Nachdem das alles genehmigt war, ist aufgestanden worden, und man hat gesagt, wir werden kämpfen, damit das ja nicht kommen kann, mit allen Möglichkeiten, die wir haben. Nur haben sie in der Zwischenzeit keine mehr gehabt, weil die Landesregierung das raumordnungsmäßig eigentlich bereits genehmigt hat. Ich habe das damals für mich immer als den Kampf des Davids gegen den selbstgezeugten Goliath genannt, aber im Gegensatz zur Geschichte hat nicht der David gewonnen, sondern der Goliath, weil es vorher schon geregelt war. Die Handelskammer hat versprochen, alles zu tun, um zu verhindern. Eigentlich ist es mir so vorgekommen, wie wenn jemand, ich bitte jetzt die Anhänger der konservativen Lehre in der Kirche wegzuhören, wenn jemand verspricht, alles für die Verhütung zu tun, nachdem das Kind bereits geboren wurde. Es ist nämlich völlig sinnlos, denn dann ist es schon auf der Welt, und so war es auch bei diesem DOGRO-Großmarkt. In Wahrheit, meine Damen und Herren, und da können wir nicht darüber hinwegdiskutieren, und ich sage das auch gar nicht böse, sind Hunderte von kleinen Kaufleuten jahrelang an der Nase herumgeführt worden mit allen möglichen Schwenkern und Tricks, Trick 17, zum Beispiel den Trick mit der Bedarfsprüfung. Ich kann mich erinnern, wir haben das Jahr 1985 geschrieben, und da hatten wir das Glück – oder Pech, wie immer –, zufällig einen Handelsminister zu haben, der einmal ausnahmsweise nicht der ÖVP angehört hat, sondern unserer – ich habe das Schriftstück, weil es ein wirkliches Dokument ist, mir aufbewahren, gefunden, daß das unbedingt nicht über die Raumordnung geregelt werden kann, weil da haben sie schon alles genehmigt gehabt, sondern über die Gewerbeordnung. Die Handelskammer hat ein irrsinniges Schriftstück ausgearbeitet, daß die Gewerbeordnung geändert werden muß, und wenn nur dieser Handelsminister Steger das endlich machen würde, dann wäre alles erledigt. Die kleine Koalition ging dahin, die große kam, arbeitet nun schon beinahe länger, als die kleine gearbeitet hat, und was geschieht? – Nichts! Bei der nächsten Versammlung dieser Kaufleuteinitiative ist der Kollege Dr. Dorfer mit wirklich großer Überzeugung aufgetreten und hat gesagt, das mit der Gewerbeordnung und Bedarfsprüfung können wir leider nicht machen, weil sonst kommen wir nicht in die EG, und daher funktioniert das leider nicht. Faktum war, geben wir es doch offen zu, man hat versucht, dem anderen den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben. Es hat nur nicht funktioniert.

Habt ihr das in der Zwischenzeit gemacht mit der Gewerbeordnung? (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die halbe

Wahrheit!“) Es ist deshalb die halbe Wahrheit, denn wenn ich dir die ganze Wahrheit sagen würde, lieber Kollege Dr. Dorfer, wie das wirklich gelaufen ist, kriegst du die Schamröte im Gesicht. Ich will dir das ersparen, sage also nur die freundlicheren Dinge.

Zum Beispiel, wie war es denn mit unserem gemeinsamen Antrag, den wir nicht zustandegebracht haben? Da sind wir bei den Kaufleuten gewesen, und ich habe gesagt, wir haben ohnehin in elf Tagen Landtagssitzung, dann beantragen wir doch dort gemeinsam, nachdem ohnehin alle dafür sind, daß das gestoppt wird, daß die Landesregierung diesen Flächenwidmungsplan, der ja dann dort unten von dieser Marktgemeinde gerade im Genehmigungsverfahren gelegen ist, wirklich behandelt und sagt nein, da wird die Widmung nicht erteilt. Haben wir gemacht. Ich habe mir die Arbeit gemacht und das sehr konkret ausgearbeitet, was getan werden kann, habe es euch geschickt, du erinnerst dich. Ich habe von allen Briefe zurückbekommen, ich kann diesen Antrag leider nicht unterschreiben, weil wir machen ja eine eigene Initiative, die ja viel gescheiter ist als die deinige. Nur, diese eigene Initiative, die dann im Haus auch eingebracht worden ist und dort den Weg alles Irdischen gegangen ist, nämlich den Weg in die Rundablage, hat gelaute: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu tun, um diesen Großmarkt zu verhindern. Nur, die Steiermärkische Landesregierung hat nach der üblichen Methode gesagt, ich kann leider nichts mehr tun, das geht leider nicht. Oder das Beispiel Genehmigungen. Ich habe mir erlaubt, mehrfach in dem Haus Anfragen zu richten an den zuständigen Referenten für Raumordnung. Das war ursprünglich Ihr neuer Bundesparteiobmann Dipl.-Ing. Riegler. Der hat überhaupt gleich verkündet, daß sowieso keine rechtskräftigen Bewilligungen am 5. März 1985 vorliegen und daß er es sich überhaupt nicht vorstellen könne, daß dort jemals etwas stattfinden kann und zudem noch möglicherweise die rechtliche Deckung fände. Dann, bitte schön, nachdem die Zeiten darübergegangen sind und eigentlich, das muß ich frapperierend feststellen, genau das eingetreten ist, was die Kaufleute am ersten Tag unten schon gesagt haben, laßt euch nicht Sand in die Augen streuen, es wird da unten in Wahrheit keine Rede davon sein, daß es einen Großhandel gibt, daß das niemandem schädigen wird, da wird aus- und eingegangen, und zwar, wer auch immer möchte, wird dort einkaufen können. Das ist in Wahrheit eingetreten. De facto ist eigentlich dort unten ein rechtliches Nullum. Da ist eigentlich zugesperrt, das ist nie rechtlich aufgesperrt worden, weil dort darf überhaupt nichts geschehen. Faktum ist allerdings, daß seit über einem Jahr offen ist, und jetzt kommt die Frohbotschaft für die kleinen Kaufleute: Hurra, das Ministerium hat gesagt, das ist eingeschränkt auf Großhandel. Machen wir uns bitte nicht lächerlich. Ich sage ganz ehrlich, ich bin am 24. April mit meiner Frau zum DOGRO-Markt gefahren. Bin provokativ hineingegangen und habe mir gedacht, ich muß einmal schauen, was dort geschieht. Nichts ist geschehen! Ich bin hineingegangen und habe großmächtig kreuz und quer alles mögliche eingekauft: Limonaden, Obst, Fette, Wurst, Fleisch, Milch, Elektrogeräte, Kekse, Hygieneartikel, was weiß ich, Bonbons, Körperspray (Abg. Kammlander: „Aber hoffentlich ohne Treibgas!“), Mehlprodukte – ohne Treibgas natürlich –

Papier, Bücher, alles mögliche. Summe 1400 Schilling. Kein Hund hat mich gefragt, ob ich ein Wiederverkäufer oder sonst noch was bin oder überhaupt nichts. Ich war dort Kunde wie hundert andere auch, die gleichzeitig mit den Wagerln durchgegangen sind, wie beim Coop-Markt Liebenau. Dort gehe ich auch immer hin, weil dort ist meine Frau Mitglied. Dort fragt dich kein Mensch, ob du Großhändler bist oder nicht. Meine Damen und Herren! Das ist das Beispiel, wo sich die staatliche Autorität lächerlich macht und wo dann kein Mensch mehr glaubt, wenn die großen Verkündigungen stattfinden seitens der Kammern oder sonstiger, daß das alles nicht sein kann, weil dort hat man alles fest im Griff. Gar nichts haben sie. Jetzt werde ich Ihnen etwas sagen, weil Sie so laut gegen diese Bemerkung des Verteidigungsministers über die normative Kraft des Faktischen geschimpft haben, und das ist so etwas Grausliches. Wissen Sie, was der wesentliche Unterschied ist? Am Thalerhof findet die normative Kraft des Faktischen nicht statt, denn weil das Faktische keine Normen schafft, er ist nämlich sowieso im Recht, wenn er dort unten fliegt. Nur da draußen beim Zumtobel tritt die normative Kraft des Faktischen in Kraft, da gibt es nämlich keine Genehmigung, und der tut so, als ob sich überhaupt nichts rühren würde, und alle stehen, ob freiwillig oder unfreiwillig, das vermag ich jetzt höflicherweise nicht zu beurteilen, mit den Händen im Hosensack daneben und schauen zu und tun so, als ob nichts wäre. Augen ganz fest zu, und seit neuestem, habe ich jetzt gehört, fährt der Wirtschaftsbund ganz großräumige Umfahrungen, damit er ja nicht dort vorbeifährt und sieht, daß im DOGRO-Markt die Leute aus- und einfahren und einkaufen wie in jedem anderen Großmarkt auch. Das ist auch eine Frage der, wenn Sie es so wollen, praktischen Deregulierung. Wir haben zwar Regeln, aber wir wenden sie nicht an. Meine Damen und Herren, ich hätte es für ehrlicher empfunden, und das habe ich auch bei den Versammlungen unten gesagt, wenn Sie gleich hingegangen wären, jawohl, machen wir kein Theater, dieser DOGRO-Markt ist gelaufen. Das hätten Sie vor vier Jahren schon sagen sollen, und dann hätten sich die armen kleinen Kaufleute wenigstens nicht angestrengt und wären herumgelaufen, um etwas zu erreichen, was in Wahrheit nie erreichbar war.

Meine Damen und Herren, aber jetzt zum Antrag. Noch einmal, ich würde ihn sofort unterschreiben, so wie er da steht, und ich verstehe überhaupt nicht die Aufregung, die da jetzt im Bereich des Kollegen Rainer ausbricht, außer wenn ich berücksichtige, daß Arbeiterkammerwahl ist und daß er seine Existenzberechtigung in diesem Bereich nachweisen muß. Nur, sind wir doch ehrlich, wir sind ja heute in Wahrheit soweit, und da war der Kollege Dr. Rupp in seiner Antragsformulierung ja noch höflich und zurückhaltend, wir sind in Wahrheit soweit, daß der Schutz der Arbeitnehmer schon beinahe arbeitsplatzfressend und kontraproduktiv geworden ist. Wir haben heute früh über ein Stück diskutiert in dieser Frage. Die Lohnnebenkosten verhindern ja in der Zwischenzeit einen Personaleinsatz. Die Lohnnebenkosten, die wir haben, schaffen in Wahrheit Arbeitslose. Das ist die nüchterne Realität. Wir hätten in den Pflegeheimen ganz sicher mehr Menschen, wenn wir nicht derart hohe Personalkosten hätten, daß die einzige wirkliche Chance, einzusparen, das Einsparen beim Personal ist. Das ist die Situation.